

Proletarische Revolution

im 138. Jahr
der Pariser Kommune
9. Jahrgang



revolutionär kommunistische Zeitung in Österreich
Maerz 2008 2,- Euro



ProletarierInnen aller Laender vereinigt euch!

**Heraus ihr Frauen in Stadt und Land
Nehmt euer Geschick in die eigene Hand!**

Inhalt Editorial



Frauenbefreiung und politische Strömungen in der Frauenbewegung 3

90 Jahre Oktoberrevolution

Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das 20. Jahrhundert 5

Gemeinsame Erklärung der ICMLPO: Die heutige Bedeutung der Oktoberrevolution 8

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Revolutionär-kommunistische Vorbilder 10

Österreich

März 1938: Die Herrschenden haben Unabhängigkeit und Souveränität über Bord geworfen 12

Jännerstreik 1918 14

Kosovo: Imperialisten runter vom Balkan! 16

Tod dem Chauvinismus / Smrt Sovinismu! 18

Tschad: Stoppt die imperialistische Militärintervention! 19

Pakistan: Politische Krise und Hintergründe 24

Iran: Stoppt die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran! (Diskussionsbeiträge) 29

Humanitäre Hilfsaktionen: Hilfe oder Knebelung 35

Philippinen: Volkskrieg 38

Nepal: 12 turbulente Jahre... 40

Erfahrungen aus dem revolutionär-kommunistischen Parteaufbau in Österreich 2002-07 46

RKJV-Gründungskonferenz 56

Hacks: Kunst und Revolution 58

In der Mitte

Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung in türkischer Sprache Teil IX 23

Während die Regierung einen gut inszenierten Koalitionsstreit aufführt, um die Volksmassen mit unwichtigen Fragen abzulenken, verteidigt das Bundesheer nicht nur in Bosnien und im Kosovo die Interessen des österreichischen Imperialismus. Seit Februar sind österreichische Truppen auch im Tschad aktiv und seit März Spezialeinheiten in Westafrika. Wir bringen Hintergrundberichte zum Tschad-Einsatz und zur angeblichen Unabhängigkeit des Kosovo unter imperialistischer Schirmherrschaft. Außerdem ein Flugblatt der Partija Rada, das wir übersetzt und zweisprachig unter jugoslawischen Migrant/innen verbreitet haben.

Aus Anlass des Kampftags der werktätigen Frauen am 8. März steht an der Spitze dieser Nummer 31 der Proletarischen Revolution ein Beitrag, der unsere Positionen zu unterschiedlichen Strömungen in der Frauenbewegung anhand einiger unserer programmatischen „Thesen zur Frauenbefreiung“ umreißt. Das Titelbild stammt von John Heartfield, der aus Protest gegen den deutschen Chauvinismus im ersten Weltkrieg seinen deutschen Namen angliert hat.

Zum Abschluss unseres vorjährigen Schwerpunkts „Oktoberrevolution“, zu der wir auch eine Sondernummer der PR (29a) herausgegeben haben, ein Artikel über die Auswirkungen dieses herausragenden Ereignisses auf das gesamte letzte Jahrhundert, sowie eine Internationale Erklärung zur heutigen Bedeutung der Oktoberrevolution.

Einen Widerhall der Oktoberrevolution in Österreich stellte der Jännerstreik 1918 dar, zu dem wir unser Flugblatt abdrucken. Auch die Gründung der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 war in bestimmter Hinsicht ein Ergebnis der Oktoberrevolution – dazu unser Flugblatt für die Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demo in Berlin. Anlässlich des 70. Jahrestags des Einmarsches nazi-deutscher Truppen in Österreich dokumentieren wir unser Flugblatt, in dem die Verantwortung und Interessen der Herrschenden Klasse in Österreich an der Machtergreifung des Faschismus beleuchtet werden.

Auf den Philippinen finden seit Mitte Februar wöchentlich riesige Demos mit derzeit bis zu 75.000 Teilnehmer/innen statt. Ziel ist der Sturz des korrupten Arroyo-Regimes, wobei der Einfluss der revolutionären Volksorganisationen ständig zunimmt. Wir bringen Auszüge aus „Ang Bayan“, der Zeitschrift der KP Philippinen über die politische Situation.

In Nepal hat die KP Nepals (Maoistisch) deutlich erklärt, dass ihr Manifest für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im April gleichzeitig ihr Kampfprogramm für die Umwandlung der halbfeudalen nepalesischen Gesellschaft ist. Sollten die reaktionären Parteien die nächsten Schritte zur Durchsetzung der bereits im Dezember ausgerufenen Demokratischen Föderativen Republik stören, muss die republikanisch-demokratische Umwandlung wieder auf dem Weg des bewaffneten Kampfs am Land und der Volksaufstände in den Städten vorangebracht werden. Dazu in dieser Nummer mehrere Auszüge aus Beiträgen führender Genossen der CPNM in der Zeitung „Red Star“.

Zur Vorgeschichte der jüngsten Entwicklung in Pakistan bringen wir eine Zusammenstellung des „Rats zur Verteidigung des Kampf der Iranischen Völker“. Zur Kriegsgefahr im Iran drucken wir Beiträge aus einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema im Dezember 2007 ab.

Zur Kritik der angeblich humanitären Hilfsaktionen drucken wir einen Beitrag aus der Salzburger Migrant/innen-Zeitung „Talk Together“ nach.

Karl Marx ist vor 125 Jahren gestorben. Ein anderer Klassiker, der Dichter Peter Hacks, wäre diesen März 80 geworden. Aus diesem Anlass bringen wir von ihm einen Text über Kunst und Revolution.

In der Zeitungsmittte findet sich wie immer die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung auf Türkisch in Fortsetzungen zum Herausnehmen.

Zu den Erfahrungen unserer revolutionär kommunistischen Parteaufbau-Arbeit in den letzten Jahren findet ihr einen längeren Text, der im Auftrag unserer 7. Konferenz (2007) erstellt wurde. Darin gehen wir auf bestimmte Fragen des Parteaufbaus in einem imperialistischen Land näher ein, die vermutlich über die konkrete und jüngste Entwicklung in unserer Organisation hinaus von allgemeinerem Interesse für die revolutionäre Öffentlichkeit sind.

Gleichzeitig freuen wir uns, die Gründungserklärung des Revolutionär-Kommunistischen Jugendverbandes veröffentlichen zu können, mit dem uns eine enge Kampfgemeinschaft verbindet.

Zum Abschluss möchten wir nochmal drauf hinweisen, dass wir seit 2008 unsere Flugblätter nicht mehr gratis im Abo versenden. Wir drucken sie aber regelmäßig in der PR ab und ersuchen um Bezahlung eines Beitrags, der zumindest die Versandkosten der PR deckt (Inland € 10,-, Ausland € 20,-).

Schickt uns Beiträge, Anregungen und Kritiken.

Eure PR-Redaktion

Frauenbefreiung und politische Strömungen in der Frauenbewegung

Im Mai 2004 haben wir 42 „Thesen zur Frauenbefreiung“ beschlossen, in denen unsere Positionen zu Patriarchat, Sexismus und Kampf für Frauenbefreiung festgehalten. Im Folgenden seien einige davon herausgegriffen und kurz erläutert.

Als revolutionäre Kommunistinnen gehen wir davon aus, dass die Stellung der Menschen in der Gesellschaft von den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen abhängt. Marx, als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hat nachgewiesen, dass in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit die wirtschaftliche Entwicklung und die jeweilige Wirtschaftsordnung die Basis, die grundlegende Struktur in der Gesellschaft ist.

Es gibt biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen, aber entscheidend ist seit vielen Jahrhunderten die wirtschaftlich und politisch unterdrückte Stellung der großen Mehrheit der Frauen. Das war so in der Sklavenhalter-Gesellschaft, im Feudalismus und ist so im heutigen Kapitalismus.

Die gesellschaftspolitische Unterdrückung der Mehrheit der Frauen hängt eng mit ihrer Klassenunterdrückung zusammen. Wenn wir im heutigen Österreich die bestehenden Klassen analysieren, sehen wir, dass sich 2 Hauptklassen gegenüberstehen: Die Kapitalistenklasse und die Arbeiter/innenklasse - die einen besitzen die Produktionsmittel (die Industrie, die Banken, die Transportmittel, den Grund und Boden), die anderen arbeiten damit und werden ausgebeutet.

Zwischen den beiden Hauptklassen gibt es noch die Produzent/innen, die in sehr kleinem Ausmaß Produktionsmittel besitzen, mit denen sie vor allem selber arbeiten. Sie haben z.B. eine kleine Werkstatt, ein kleines Geschäft, ein Büro mit Computer usw. – das ist das Kleinbürgertum, das zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat politisch hin und her schwankt.

Auch in der Frauenbewegung gibt es unterschiedliche Strömungen, die im Wesentlichen diesen Klassen entsprechen: bürgerliche, kleinbürgerliche und proletarische,

jede davon mit jeweils wieder unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ausrichtungen.

Zunächst zwei Thesen zur bürgerlichen Frauenbewegung (in Europa):

„Die Frauenbewegung ist als eigene Strömung zusammen mit dem politischen Kampf der Bourgeoisie um Menschenrechte und den bürgerlichen Revolutionen im 18. Jahrhundert entstanden. Die Hauptforderung der bürgerlichen Frauenbewegung ist die Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Schon in der französischen Revolution gab es aber auch erste Ansätze zu einer eigenen Strömung der werktätigen Frauen, die mit radikaleren Forderungen auftraten. Sie stellten das Jahrtausendealte Patriarchat, die gesellschaftliche Vormachtstellung der Männer, und zwar nicht nur der Adeligen, in Frage.“ (These 7)

„Die Hauptforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung sind heute in Europa weitgehend durchgesetzt. Die formale Gleichberechtigung der Frauen ist gesetzlich vorgeschrieben und in Österreich einklagbar, oft aber schwer durchsetzbar. In der gesellschaftlichen Realität sieht es aber außerdem so aus, dass Frauen diese Rechte aufgrund der patriarchalen und ökonomischen Unterdrückungsstrukturen nicht genügend einfordern und sie ihnen daher vorzuenthalten werden.“ (These 9)

Die Frauen aus der herrschenden Klasse sind zwar auch mit der männlichen Gewalt und patriarchalen Zwängen in bestimmter Hinsicht konfrontiert, aber ganz anders als die Arbeiterin und mit anderen Auswirkungen: Die Bourgeois-Frau hat auch die „Verantwortung für den Haushalt“, aber sie schafft der Küchenhilfe, der Putzfrau und dem Kindermädl an, was sie tun sollen. Sie wird kaum – mitunter eher aus steuertechnischen Gründen - einen Firmenanteil überschrieben bekommen (weniger als 10% des Kapitals sind in weiblichem Besitz), aber sie kann sich notfalls mit Hilfe eines Rechtsanwalts einen luxuriösen Lebensunterhalt sichern, ohne je erwerbstätig gewesen zu sein. Bourgeois-Frauen haben was davon, wenn Löhne, Sozialbudget und Kapitalsteuern gesenkt wer-

den, sie haben was davon, wenn Ausbeutung, Unterdrückung und Profite erhöht werden.

Der größte Teil der bürgerlichen Frauenbewegung wurde seit den 1980er-Jahren von staatlichen Stellen integriert. Gender Mainstreaming, und Genderberatung für Konzern-Vorstände sind heute Teil des kapitalistischen Unterdrückungsapparats. Wenn du bei Siemens gekündigt wirst, weil du als Frau meist als erste dran bist, wird der Personalchef eine geschlechtsneutrale Erklärung finden, warum du nicht mehr gebraucht wirst. Unter dem Motto: „Schwarz, stark, weiblich“ hat die ÖVP seinerzeit eine ganze Reihe von reaktionären weiblichen Ministerinnen in den Vordergrund geschoben, die alle das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem mitverschlechterten. Damit gingen sie als Regierungsmitglieder direkt gegen die Interessen der weiblichen Arbeiter/innen vor - denn bekanntlich sind werktätige Frauen von Sozialabbau wesentlich stärker betroffen als männliche.

Zum Verhältnis zwischen proletarischer und kleinbürgerlicher Frauenbewegung lautet unsere These 8:

„Die frühe, stark männlich dominierte, Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts (1. Internationale) hat der proletarischen Frauenbewegung einen schweren Stand bereitet. Gegen tief verankerte patriarchale, männerchauvinistische Haltungen innerhalb der Arbeiter/innenbewegung musste ein harter Kampf geführt werden (z.B. für die Anerkennung des Rechts auf Erwerbsarbeit, für die Zulassung von Frauen als Delegierte auf Kongresse). Diese „Kinderkrankheiten“ hat die Arbeiter/innenbewegung bis heute nicht vollständig überwunden.“ (These 8)

Am Beginn des 20. Jahrhunderts hat die proletarische Frauenbewegung einen großen Aufschwung genommen. Sie war bis in die 1930er Jahre ein wichtiger Teil der revolutionären Bewegung der Arbeiter/innenklasse. Erst der Faschismus hat der proletarischen Frauenbewegung und ihrem revolutionär-kommunistischen Flügel den Schwung genommen. Zusammen mit der antifaschis-

tisch-demokratischen Orientierung der Arbeiter/innenbewegung ist auch die revolutionäre proletarische Frauenbewegung weitgehend zugrunde gegangen.

Wenn wir heute feststellen müssen, dass die proletarische Frauenbewegung in Österreich sehr schwach (und ihr revolutionärer Teil kaum sichtbar) ist, steht das in direktem Zusammenhang mit der extremen Schwäche der radikalen Arbeiter/innenbewegung überhaupt. Aus diesem Grund gewinnt die kleinbürgerliche Frauenbewegung verhältnismäßig größeren Einfluss.

Die kleinbürgerliche Frauenbewegung erkennt, dass die bürgerliche Frauenbewegung seit längerem keine vorwärtstreibende, keine gesellschaftsverändernde Kraft mehr darstellt. Gleichzeitig sieht sie, dass die Arbeiter/innenbewegung bei uns heute unter Führung prokapitalistischer, systemerhaltender Arbeiteraristokraten steht, und dass von der SPÖ und dem ÖGB keine Kampf-schritte zur Frauenbefreiung erhofft werden können.

Aus diesen beiden Tatsachen zieht die kleinbürgerliche Frauenbewegung den Schluss, dass nur eine völlig eigenständige, von Bourgeoisie und Proletariat getrennte Frauenbewegung Aussicht auf Erfolg haben könnte. In der Praxis, beim Kampf um Reformen, wenden sich viele Frauengruppen aber immer wieder als Bittstellerinnen entweder an die Bourgeoisie oder an die mit ihnen verbandelte Arbeiteraristokratie. Sie sehen in der Mehrheit keine andere Möglichkeit, ihre Reformwünsche umzusetzen, als das bürgerliche Parlament oder andere Institutionen der HERRschenden Klasse. Ein Beispiel war vor gut 10 Jahren das Frauenvolksbegehren, das von vielen nicht nur als gute propagandistische Aktion, sondern als reale Möglichkeit eingeschätzt wurde, die Lage der werktätigen Frauen in Österreich zu verbessern.

Wir gehen als Kommunist/innen davon aus, dass weder das Kleinbürgertum insgesamt, noch das weibliche Kleinbürgertum irgendeine realistische gesellschaftliche Perspektive hat, die über den Monopolkapitalismus hinausweist. Solange die Herrschaft des Kapitals nicht gestürzt wird, können zwar einzelne

Reformen erkämpft werden, aber die wirtschaftlich-gesellschaftliche Grundlage, der Kapitalismus, bleibt bestehen – und mit ihm die Vorherrschaft der männlichen Besitzer an Produktionsmitteln.

Die proletarische Frauenbewegung setzt direkt an den wirtschaftlichen Wurzeln der Frauenunterdrückung in unserer bestehenden Gesellschaft an. Das sind die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten ist die Grundlage für die besondere, doppelte und mehrfache Unterdrückung der weiblichen Angehörigen der Arbeiter/innenklasse – und darüber hinaus auch die Grundlage für die Unterdrückung der Frauen aus anderen Klassen und Schichten, insbesondere des Kleinbürgertums. In unseren Thesen haben wir das so formuliert:

„Die proletarische Frauenbewegung geht im Unterschied zur bürgerlichen davon aus, dass die Gesellschaft in soziale Klassen gespalten ist und die ökonomischen Verhältnisse den gesamten gesellschaftlichen Überbau hervorbringen und reproduzieren.“

„Die proletarische Frauenbewegung geht davon aus, dass die herrschende Klasse aus den bestehenden Verhältnissen (einschließlich Patriarchat) Nutzen zieht und daher in der proletarischen Revolution gestürzt werden muss.“ (Thesen 30+33)

„Mit der Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter/innenklasse durch Flexibilisierung, Lohnsenkungen und Sozialabbau nimmt die notwendige Hausarbeit wieder zu und wird zunehmend wieder den Frauen aufgezungen. Die Bourgeoisie ist auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen daran interessiert, Frauen je nach Konjunkturlage in die Produktion einzubeziehen oder „zurück an den Herd“ zu schicken, sie sind ein wichtiger und ständiger Teil der industriellen Reservearmee.“ (These 14)

Und als Aufgabenstellung an uns selbst sagen wir:

„Die proletarische Frauenbewegung soll Forderungen von werktätigen Frauen aufgreifen, die auf Verbesserungen innerhalb des Systems abzielen. Sie soll an vorderster Front für die wirkliche Umsetzung von gesetzlichen Bestimmungen für

die Gleichstellung der Frauen auftreten. Die Kommunist/innen haben dabei die Aufgabe, diese Forderungen und Reformen mit der Perspektive des Sozialismus zu verbinden, indem sie die beschränkte Möglichkeit der Umsetzung im Kapitalismus aufzeigen.“ (These 35)

„Wir fördern die eigenständige Organisation von Frauen, andererseits ist uns bewusst, dass der Kampf gegen die besondere Unterdrückung und für Frauenbefreiung eine Aufgabe der Gesamtorganisation sein muss.“ (These 42)

Die Klassengesellschaft ist die Grundlage des Patriarchats, das Kapital ist hauptsächlich männlich. Heute sind die Produktivkräfte so weit entwickelt, dass sie in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen geraten sind. Der Kapitalismus hemmt die gesellschaftlich nützliche Weiterentwicklung der Wirtschaft. Die kapitalistische Ausbeuterordnung macht auch die Überwindung des Patriarchats, des Systems der Frauenunterdrückung unmöglich. Es gibt keine andere Begründung für die unterschiedliche Stellung von Mann und Frau in Österreich – außer die Interessen des Kapitals und der herrschenden Klasse.

40% weniger Lohn als die Männer; zwei Drittel aller jugendlichen Arbeitslosen; spezielle Niedriglohnbranchen, spezielle Niedriglohngruppen in fast allen Wirtschaftsbereichen; weniger oder keine Arbeitslosenunterstützung, Notstands- oder Sozialhilfe; extrem hoher Anteil an sogenannter „flexibler“ Lohnarbeit und besonders ungesicherter Arbeitsverhältnisse; sexuelle Ausbeutung; sehr hohe Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und Abschiebung; extrem niedrige Pension und hohe Armutsgefährdung usw. – alle diese schreienden Missstände nutzen nur der Kapitalistenklasse.

Nur durch den Sturz dieser Ausbeuterklasse in der proletarischen Revolution können gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, wo schrittweise eine wirkliche und dauerhafte Beseitigung der Frauenunterdrückung und aller patriarchalen Strukturen erkämpft werden kann.

Nur im Sozialismus ist eine wirkliche Frauenbefreiung möglich!

Auswirkungen der russischen Oktoberrevolution auf das 20. Jahrhundert

Als das Revolutionskomitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats Anfang November 1917 die international anerkannte bürgerlich-demokratische Regierung Russlands für abgesetzt erklärte, hätte kaum wer geglaubt, dass daraus derartige globale Veränderungen folgen würden.

Das ganze 20. Jahrhundert war geprägt von der russischen Oktoberrevolution, und mit einiger Berechtigung hat der britische Historiker Hobsbawm vom „kurzen 20. Jahrhundert“ gesprochen, das von 1917 bis 1991 gedauert hat (im Gegensatz zum langen 19. Jahrhundert von 1789 bis 1917).

Auch wenn wir unmissverständlich klarstellen, dass die Sowjetunion seit der Mitte der 1950er Jahre sicher kein sozialistisches Land, sondern eine bürokratisch-kapitalistische und sozialimperialistische Macht war, so waren es doch die Nachwirkungen der Oktoberrevolution in Russland, die bis in die 1990er Jahre hinein die Klassenkampfsituation weltweit beeinflussten. Zeitweilig lebte sogar die Mehrheit der Weltbevölkerung in Ländern mit sozialistischem Anspruch.

Das wichtigste Ergebnis der Oktoberrevolution war die Umsetzung des Sozialismus von einer Utopie und einer Anleitung zum Kampf zu einem praktischen Beispiel, wie begonnen werden kann, eine wirklich bessere Gesellschaft aufzubauen. Die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion sind der praktische und historische Beweis, dass die Ideologen der herrschenden Klassen unrecht haben:

Der Beweis, dass die politische Macht der Arbeiter/innen jahre- und jahrzehntelang möglich ist, sogar in einem Land wo die Arbeiter/innen nur ein Zehntel der Bevölkerung ausmachen.

Der Beweis, dass sich das Volk selbst regieren kann und keine herrschende Ausbeuterklasse über sich braucht, um die Geschichte des Landes zu lenken.

Der Beweis, dass eine sozialistische Planwirtschaft zur Befriedigung der ständig steigenden Bedürfnisse der Volksmassen erfolgreich organisiert werden kann, und dass eine Gesellschaft ohne Ausbeutung möglich ist.

Der Beweis, dass ein solidarischer Völkerbund der gegenseitigen Hilfe und ohne Unterdrückung nationaler Minderheiten möglich ist.

Der Beweis, dass der Sozialismus notfalls auch in einem Land möglich ist, sogar in einem mit sehr rückständigen ökonomischen Bedingungen und in einer Situation wiederholter imperialistischer Angriffe.

Der Beweis, dass die Arbeiter/innenklasse eine revolutionäre kommunistische Kampfpartei braucht, um nicht nur die Macht zu ergreifen und zu sichern, sondern auch tatsächlich die ganze Gesellschaft umzugestalten.

Eine unmittelbare Auswirkung der Oktoberrevolution

war die Bildung neuer revolutionärer, kommunistischer Parteien, die getrennt von den Arbeiteraristokraten und reformistischen Sozialdemokraten einen einflussreichen internationalen Zusammenschluss bildeten, die Komintern. Diese war zutiefst dem Proletarischen Internationalismus verbunden und unterstützte im Unterschied zur 2. Internationale den Aufbau Kommunistischer Parteien auch in den Kolonien und Halbkolonien, wo die Mehrheit der Menschen lebt.

Kein Wunder, dass die Oktoberrevolution nicht nur großen Einfluss auf die Arbeiter/innenbewegung der kapitalistischen Länder, sondern insbesondere auch auf die Arbeiter/innen und Volksmassen der Kolonien und Neokolonien ausübte.

Was die „Säuberung der sozialen Verhältnisse ... des Landes vom Mittelalterlichen, von der Leibeigenschaft, vom Feudalismus“ betrifft, hat Sowjetrussland schon kurz nach der Machtergreifung der Arbeiter/innenklasse unter Führung der Bolschewiki Unglaubliches geleistet im Kampf gegen



„*Monarchie, Ständewesen, Grundbesitz und Bodennutzung, Lage der Frau, Religion, Unterdrückung der Nationalitäten*“. Nachdem Lenin die ersten Schritte der Sowjetmacht mit den Errungenschaften von 125 oder 250 Jahren bürgerlicher Herrschaft in Frankreich und England verglichen hatte, stellte er fest: „*In nur 10 Wochen, angefangen mit dem 7. November 1917 und bis zur Auseinanderjagung der Konstituante (5. Jänner 1918) haben wir auf diesem Gebiet tausendmal mehr geleistet, als die bürgerlichen Demokraten ... in 8 Monaten.*“ (Lenin, Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution)

Die antikolonialen und anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen sind durch das Beispiel und die Hilfe erst der Sowjetunion und dann anderer sozialistischer Länder gestärkt worden. So entstanden in Asien und Afrika eine ganze Reihe von Volksrepubliken, die den Weg zum Sozialismus einschlugen oder zumindest eine vom direkten Einfluss der Imperialisten relativ unabhängige gesellschaftliche Entwicklung einleiteten.

Die beschleunigte industrielle und kulturelle Entwicklung weiter Teile Asiens, nämlich in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken und in der VR China, wo Anfang des 20. Jahrhunderts noch vorfeudale bzw. feudale Verhältnisse vorherrschten, war ein Vorbild für weitere Volksrepubliken in Asien und Afrika und für radikale Reformen in einzelnen Ländern Lateinamerikas.

Unbestreitbar hat Oktoberrevolution in den kapitalistischen Ländern West- und Mitteleuropas, sowie Nordamerikas nicht die von den Kommunist/innen erhofften Auswirkungen gehabt. Gerade in den wirtschaftlich am höchsten entwickelten Ländern, für die die klassische marxistische Theorie des 19. Jahrhunderts die proletarische Revolution als erstes erwartet

hatte, kam es zur politischen Katastrophe. Unter dem Einfluss der Arbeiteraristokratie und der reformistischen Parteien wurde die sozialistische Revolution verhindert und der friedliche, parlamentarische Weg zum Sozialismus versucht, der bekanntlich im Faschismus endete.

Ein Auslöser für die Oktoberrevolution 1917 war die massenhafte revolutionäre Erkenntnis, dass im imperialistischen Krieg der Hauptfeind der Arbeiter/innenklasse und Werktätigen im eigenen Land steht.

„*Zum erstenmal in Jahrhunderten und Jahrtausenden ist das Versprechen, den Krieg zwischen den Sklavenhaltern mit der Revolution der Sklaven gegen samt und sonders alle Sklavenhalter zu ‚beantworten‘ restlos erfüllt worden.*“ (Lenin, Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution)

Das spornte die Arbeiter/innenklasse in vielen Ländern an, den Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf für tiefgreifende soziale Umwälzungen zu verbinden. (Die IA.RKP sieht allerdings durchaus das Problem der revisionistischen Desorientierung einer Reihe von KPs Ende der 1930er Jahre nach der Niederlage der deutschen Arbeiter/innenklasse gegen den Hitler-Faschismus.)

Die sozialistische Sowjetunion leistete in den 1930er und 40er Jahren Unterstützung für antifaschistische Bewegungen und Kämpfe, von Spanien bis Griechenland, von Italien bis Finnland, die schließlich in den meisten europäischen Ländern zum Sturz des Faschismus führten. Als Ergebnis der großen Leistungen der Sowjetvölker im Kampf gegen den deutschen und japanischen Imperialismus entstanden zu Ende des 2. Weltkriegs an den Grenzen der Sowjetunion neue Volksrepubliken, die zeitweilig den Weg zum Sozialismus ein-

schlugen. Damit war ein gewaltiges sozialistisches Lager entstanden, dessen direkter Einfluss sich auf mehr als die Hälfte des Erdballs erstreckte. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte in Osteuropa und großen Teilen Asiens übten einen gewaltigen Druck auf das Monopolkapital und die Regierungen der imperialistischen Staaten aus.

Das zwang sie, wesentliche Zugeständnisse an die Arbeiter/innenklasse ihrer kapitalistischen Länder zu machen, um hier einen steigenden Einfluss des revolutionären Kommunismus und sozialistische Revolutionen zu verhindern.

Gleichzeitig schuf das anfangs mächtige sozialistische Lager internationale Verhältnisse, die die Existenz von Nationalstaaten unter antiimperialistisch-nationalbürgerlichen Regierungen in Asien, Afrika und Lateinamerika begünstigten. Auch wenn dort die Arbeiter/innenklasse wenig direkten Einfluss auf die Regierungspolitik hatte, so konnten doch fortschrittliche Veränderungen durchgesetzt werden, die in einem Land unter direktem Einfluss des Imperialismus nicht möglich gewesen wären.

Als in der Sowjetunion in den 1950er Jahren eine neue Bourgeoisie aus Partei- und Wirtschaftsbözen die ganze Macht an sich riss und eine versteckte, bürokratische Form von Staatskapitalismus einführten, war das Ende des internationalen Einflusses der Oktoberrevolution noch nicht sofort absehbar. Doch als 20 Jahre später dieselbe Entwicklung auch in China stattfand, zeigten sich bald deutlichere Auswirkungen.

Die Vorbildwirkung des einstigen sozialistischen Lagers auf die Arbeiter/innenklasse und Völker der kapitalistisch-imperialistischen Welt verblasste rasch. Gleichzeitig mit der schwindenden Unterstützung der Arbeiter/innenklasse Osteuropas für ihre „eigenen“ revisionistischen Regimes ließ

auch der Druck auf die Regierungen in Westeuropa nach, der eigenen Arbeiter/innenklasse eine vergleichbar gute Sozialversorgung und vergleichbar günstige Arbeitsbedingungen wie in den revisionistischen Staaten zu bieten. Nicht erst 1989-91 (Ende der DDR und der SU), sondern z.B. in Österreich schon ab 1985 ging das Monopolkapital in die Offensive und startete einen lange nicht da gewesenen Raubzug gegen die Arbeiter/innenklasse: Massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Löhne im Zusammenhang mit der Privatisierungswelle, Sozialabbau und Aushöhlung der Demokratie auf allen Ebenen. Da in den 1970er und 1980er Jahren einerseits aus den (im-

mer noch formal bestehenden) Volksrepubliken keinerlei gesellschaftliche Fortschritte mehr zu spüren waren, andererseits die Arbeiter/innenklasse in den „westlichen“ kapitalistischen Ländern sich wie Schafe um den sozialdemokratischen Hirtenstab gesammelt hatten, überwand die Ausbeuter nach 60 Jahren langsam den Schock, den ihnen die erfolgreiche russische Oktoberrevolution von 1917 versetzt hatte. Jetzt, mehrere Jahrzehnte nach dem Ende des Sozialismus, zeigen sich die negativen Auswirkungen auch bei uns immer krasser und in der Arbeiter/innenklasse wächst langsam wieder das Interesse an den Erfahrungen aus diesem ersten großen Versuch.

Vorwärts im Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei!

Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution!

Zum Weiterlesen:

Wir empfehlen allen PR-Leser/innen die „Rote Fahne“ Nr.260/1997 der MLPÖ mit dem Titel „80 Jahre Oktoberrevolution“. Dort sind auch die Texte von Lenin „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“ (LW33, S.31ff.) und von Stalin „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution – Zum zehnten Jahrestag des Oktobers“ (SW 10, S.207ff.) nachgedruckt.

Lest und diskutiert:

PR29a Sondernummer zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution

Inhalt u.a.:

- Der bolschewistische Weg zum Roten Oktober
- Oktoberrevolution heute
- Biographien führender Bolschewiki
- Wichtige Texte zur Oktoberrevolution



Die heutige Bedeutung der Oktoberrevolution

ICMLPO
International Conference
of Marxist Leninist Parties
and Organisations.

www.icmlpo.de
int.co@t-online.de

Die sozialistische Revolution vom Oktober 1917 war ein Ereignis von weltweiter Bedeutung für alle Proletarier und Unterdrückten der Erde, denn das revolutionäre russische Proletariat hatte unter Führung der Kommunistischen Partei Lenins die Staatsmacht erobert, indem es die bürokratisch-militärische Maschinerie zerstörte und eine der überholtesten und am meisten unterdrückerischen Monarchien stürzte: den Zarismus.

Am 16. Oktober 1917 wurde auf Vorschlag Lenins die Resolution verabschiedet, die den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzte. Der Aufstand siegt am 25. Oktober 1917 (7. November 1917 der heutigen Zeitrechnung) mit dem Aufruf "An die Bürger Russlands!". In dieser Nacht fällt das Winterpalais des Zaren.

"Möge die Bourgeoisie vor der kommunistischen Revolution zittern", sagte Marx. Und so zitterte die Bourgeoisie Russlands und der restlichen Welt, die niemals glaubten, dass die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten sich je würde halten können. Die Praxis bewies ihnen das Gegenteil. Aber ganz anders dachten und fühlten die Arbeiter, Bauern, Halbproletarier in der Stadt und auf dem Land, die Intellektuellen des Volkes, Frauen und Männer, ebenso wie die von dem Imperialismus unterdrückten Nationen und die Arbeiter und Werktätigen der kapitalistischen Länder: Für sie war die Oktoberrevolution nicht nur möglich, sondern notwendig. Sie war ein frischer Wind mitten im Gestank der kapitalistischen und feudalen Ausbeutung und Unterdrückung, sie war ein Hoffnungsstrahl inmitten der Verzweiflung, ein wahr gemachter Traum.

Die Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die mit der Zerschlagung des Kapitalismus be-

gann und die zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit den Sozialismus aufbaute, enteignete die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, übergab die Ländereien den Bauern, stellte die Kontrolle über die Produktion her und baute den neuen Staat auf.

Die weltweite Konterrevolution tobte wütend gegen die entstehende Sowjetmacht: Drei Jahre Bürgerkrieg, in dem die Konterrevolution im Innern von 14 imperialistischen Mächten unterstützt wurde, aber es waren die anonymen Helden, Arbeiter, Bauern, Soldaten und sogar Intellektuelle, die sich zur Verteidigung der entstehenden Macht "das Lebenslicht auslöschen" ließen und in diesem Zeitraum ihre Streitkräfte aufbauten, die rote Armee, welche die weiße Armee in einer Vielzahl von Schlachten besiegte.

Danach standen die sowjetischen Völker vor der schweren Aufgabe des Wiederaufbaus eines in Trümmern liegenden Landes, mit einem hungern und im Elend lebenden Volk, und es gelang ihnen, wieder auf die Beine zu kommen. Diese Heldentat vollbrachten sie in den 1930er Jahren, als ihnen die Schaffung von Kooperativen gelang, die Kollektivierung, die Industrialisierung und tiefe Umwälzungen auf kulturellem Gebiet.

Unter großen Opfern, im Kampf gegen das Erbe der zaristischen Misswirtschaft und unter der Kriegsdrohung des faschistischen deutschen Reiches schafft es die Diktatur des Proletariats, dem Volk Brot, Arbeit, Wohnraum, Bildung, Gesundheit, Land und soziale Sicherheit für alle Arbeiterinnen und Arbeiter und Werktätige zu geben. Die neue Macht beendete die Arbeitslosigkeit und das Analphabetentum, setzte den 8-Stunden- und sogar den 5-Stunden-Arbeitstag durch und dass Millionen Frauen in

die vergesellschaftete Produktion einbezogen wurden. Fortschritte, die es in einer kapitalistischen Gesellschaft niemals gegeben hatte.

Die proletarische Demokratie bewies ihre Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Demokratie. Die breite ausgebeutete, unterdrückte und ignorierte Mehrheit, die direkten Produzenten, die in Wirklichkeit den Reichtum schafften, diese großen Massen standen auf. Diejenigen, die auf die Entscheidungen der bürgerlichen Regierungen keinen Einfluss hatten, begannen die politischen, militärischen, kulturellen und ökonomischen Angelegenheiten in ihre Hände zu nehmen. Sie begannen zu regieren. Das war ein revolutionärer Umbruch in der Geschichte der Menschheit.

Weder die 14 imperialistischen Armeen, die im Bürgerkrieg Russland überfielen, um die Revolution rückgängig zu machen, noch die faschistischen Armeen Deutschlands und halb Europas konnten die sozialistische Sowjetunion besiegen. Der Sozialismus wurde von Innen, zerstört, als mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 die entartete Bürokratie mit dem Parteibuch in der Tasche die Macht ergriff und den Kapitalismus restaurierte.

Die Niederlage des Proletariats und seines sozialistischen Staates in der UdSSR infolge des XX. Parteitages der KPdSU und die Restauration des Kapitalismus ließen Mao Tsetung tiefgehend über die Ursachen nachdenken, die die kapitalistische Restauration im ersten sozialistischen Land möglich machten. Er kam zu dem Schluss, dass in der sozialistischen Gesellschaft weiterhin Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe existieren, die sich verschärfen oder abschwächen können, und dass der Strudel dieses Klassenkampfes innerhalb der kommunistischen Partei liegt,

weil der Klassenkampf in der Gesellschaft dort seinen Ausdruck in Linienkämpfen findet. Wenn diese Partei infolge der Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie entartet und verbürokratisiert verbindet sich diese neue Bourgeoisie mit dem Parteibuch in der Tasche mit den reaktionären Bereichen innerhalb und außerhalb des Staates. Deswegen äußert sich dieser Kampf als Kampf zwischen zwei Wegen: dem sozialistischen und dem kapitalistischen, und demjenigen zwischen Marxismus und Revisionismus. Die Methode, mit der Mao Tsetung die UdSSR analysiert hatte, wandte er auf China an, um die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, was mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution zwischen 1966 und 1976 über zehn Jahre gelang.

1991 brach die UdSSR zusammen. Das offenbarte den vollständigen Bankrott des modernen Revisionismus. Die Bourgeoisie versuchte in aller Welt, dies als die Zerstörung des Sozialismus zu verkaufen. Die imperialistischen Aggressionen, mit dem US-Imperialismus und seinen Alliierten an der Spitze erzeugen eine dramatische Lage im Irak und Afghanistan, mit ihren Präventivkriegen und faschistischen Gesetzen, die sie unter dem Vorwand des sogenannten Kampfes gegen den "Terrorismus" erlassen. Die unersättliche Gier, mit der sie die Arbeiterklasse, die unterdrückten Völker und Nationen ausbeuten und ausplündern und Millionen in Armut stürzen, lässt die Notwendigkeit der Revolution und des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus immer klarer erscheinen. Verteidigen wir das Koalitionsrecht für marxistisch-leninistische, kommunistische Parteien,

treten wir für den revolutionären Befreiungskampf und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen Imperialismus und Neokolonialismus ein!

Lasst uns gemeinsam den Tag der Oktoberrevolution feiern – entfachen wir gemeinsam eine Offensive des echten Sozialismus gegen die imperialistischen Geschichtsverdreher.

Heute findet international ein verstärkter Kampf der Arbeiter und der Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung statt, zunehmend in engem Schulterschluss mit den marxistisch-leninistischen Parteien. Die Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus ist weltweit unübersehbar. Daher entfachen die Imperialisten mit Wut, Hass und Lügen eine Kampagne des Antikommunismus. Die Millionen Opfer, die der zweimalige Einmarsch imperialistischer Armeen in Russland gefordert hat, werden wider besseres Wissen in dieser schmutzigen Kampagne als Opfer des Kommunismus hingestellt. Ebenso die Hungertoten, die diese Einmärsche und das Erbe des Zarismus forderten. Ihr Ziel ist, das Ansehen des Sozialismus zu zerstören und den Menschen ihre Zukunft zu rauben.

Wenn wir heute, 90 Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution, den Prozess des revolutionären Aufbaus betrachten, sind wir zur Auswertung und zum Nachdenken über das Geschehene verpflichtet, um Schlussfolgerungen für einen neuen Aufschwung des Kampfs um den echten Sozialismus zu ziehen. Diese Feier dient dazu, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus deutlich zu machen, sich seine fortschrittlichen Lehren zu eignen zu machen und die Fehler zu berichtigen, damit das weltweite Proletariat gemeinsam mit allen von den reakti-

onären Kapitalisten und Imperialisten ausgebeuteten und unterdrückten Massen den Imperialismus stürzt und auf der ganzen Welt den Sozialismus errichtet und die Menschen eines Tages sagen können, dass "die Erde das schönste Paradies der Menschheit ist".

Unterzeichnende Parteien und Organisationen (Stand 30.12.2007)

- Revolutionäre Kommunistische Partei Argentiniens, PCRA
- Kommunistische Partei Kolumbiens-Maoisten, PCC-M
- Revolutionäre Organisation Kongo, R.O. C.
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland, MLPD
- Arbeiterpartei (Ranjbaran), Iran
- Partei der Komitees zur Unterstützung des Widerstandes für den Kommunismus (C.A.R.C.), Italien
- (Neue) Kommunistische Partei Italien, (n) KPI
- Kommunistische Organisation Luxemburg, KOL
- Gruppe Marxisten Leninisten/Rode Morgen, Niederlande
- Dem Volke dienen! - Marxisten-Leninisten aus Norwegen
- Kommunistische Partei Philippinen, CPP
- Partei der Arbeit/Partija Rada, Serbien
- KSC-CSSP (Kommunistische Partei Tschechoslowakei – Tschechoslowakische Arbeiter Partei (KPT-KAP)
- Bolschevistische Partei (Nord Kurdistan-Turkei), BP (NK-T)
- Revolutionäres Proletariat, Türkei
- Revolutionäre Kommunistische Partei, PCR Uruguay
- Ray O. Light Gruppe, USA (mit Einschränkungen und Kommentar)

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht:

Revolutionär-kommunistische Vorbilder für das 21. Jahrhundert!

„Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrim mit wütendstem Hass begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Felde zogen. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu zur ‚Tröstung‘ und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert.“ (Lenin 1917: Staat und Revolution; LW Bd. 25, S. 397)

Dieses ursprünglich auf Karl Marx gemünzte Zitat trifft ganz gewiss sowohl auf Rosa Luxemburg als auch auf Antonio Gramsci oder Che Guevara zu, der im öffentlichen Bewusstsein ja vor allem als Ikone vorkommt. Dass Rosa Luxemburg angeblich einen „Dritten Weg“ zwischen systemkonformen Reformismus und revolutionärem Kommunismus bolschewistischer Prägung propagiert hätte, ist eine infame Verleumdung. Nein, sie hat weder mit kleinbürgerlichem Demokratismus oder Pazifismus noch mit Feminismus sympathisiert! Der gemeinsame Nenner, der Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wladimir Illitsch Lenin, Mao Zedong, Che Guevara und andere vorbildliche Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts verbindet ist der Revolutionäre Kommunismus. Es lohnt sich das Leben und Werk solcher umwälzender Persönlichkeiten zu studieren um für das hier und heute zu lernen.

Rosa Luxemburg wurde 1871 im polnischen Zamosc geboren. 1887 trat sie in Warschau einem illegalen sozialistischen

Zirkel bei. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, floh sie 1889 in die Schweiz, wo sie weiterhin für die Sozialdemokratie Polens aktiv war. 1897 übersiedelte Luxemburg nach Deutschland, wo sie sich der damals noch revolutionären SPD anschloss. 1898/99 veröffentlichte sie die wichtige Aufsatzreihe „Sozialreform oder Revolution?“ Darin charakterisierte sie den Revisionismus Bernsteins als politisch-ideologischen Ausdruck des Opportunismus und wies den bürgerlichen Charakter seiner ökonomischen und politischen Anschauungen nach. Sie forderte deshalb einen entschiedenen Kampf gegen die Bernsteinschen Angriffe auf den Marxismus und die revolutionäre Kampfpraxis der deutschen Sozialdemokratie sowie den Ausschluss Eduard Bernsteins aus der Partei. Auf den Parteitag in Stuttgart 1898 und Hannover 1899 verteidigte sie an der Seite August Bebel und anderer revolutionärer Sozialdemokrat/innen das Erfurter Parteiprogramm und die Selbstständigkeit der Sozialdemokratie als politische Klassenorganisation des Proletariats. Auf dem Mainzer Parteitag 1900 forderte sie von der Partei die Schaffung einer Volksbewegung gegen die imperialistische Intervention in China. Im Rahmen der Internationale trat sie vor allem mit Initiativen gegen Imperialismus, Militarismus und Kolonialpolitik hervor. Stets mit der polnischen und russischen Arbeiter/innen-Bewegung verbunden fuhr Luxemburg im Dezember 1905 illegal nach Warschau um führend am Kampf der polnischen Arbeiter/innen gegen den Zarismus teilzunehmen. Nach einer Haftstrafe veröffentlichte sie die Arbeit „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“. Ausgehend von den Erfahrungen der 1905er Revolution in Russland legte sie die

politischen Kampfaufgaben der Arbeiter/innen-Klasse dar und forderte von den deutschen Arbeiter/innen-Führern aus den revolutionären Kämpfen in Russland zu lernen.

In den Auseinandersetzungen um die Strategie und Taktik in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution entwickelte sich aus den Reihen der revolutionären Sozialdemokrat/innen die politisch-ideologische Strömung der deutschen Linken. Rosa Luxemburg wurde eine international anerkannte Führerin dieser Strömung, die in vielem mit dem revolutionär-kommunistischen Flügel der russischen Sozialdemokratie um Lenin übereinstimmte. In diesem Sinn nahm sie im August 1907 zusammen mit Karl Liebknecht am Kongress der II. Internationale in Stuttgart teil. Zusammen mit Lenin kämpften sie gegen opportunistische Auffassungen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die sozialistisch verbrämte Kolonialpolitik der Sozialdemokratie. Ab 1910 forcierte die inzwischen an der Parteihochschule der SPD in Berlin tätige Luxemburg die Kritik am Opportunismus Kautskys, der damals noch weithin unumstritten als Papst in Sachen Marxauslegung galt. Diese Auseinandersetzung führte rasch zum offenen Bruch zwischen Luxemburg und Kautsky. 1913 veröffentlichte Luxemburg ihr Buch „Die Akkumulation des Kapitals“, worin sie versuchte, das ökonomisch gesetzmäßige des Imperialismus zu erfassen. Neben richtigen Ergebnissen kam Luxemburg auch zu dem falschen Schluss, dass der Kapitalismus zusammenbrechen würde, sobald er die ganze Welt durchdrungen habe.

Am 20. Feber 1914 wurde Luxemburg in Frankfurt/Main zu einjähriger Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie die deutschen

Arbeiter aufgefordert hatte, nicht auf die französischen Klassengeschwister zu schießen.

Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie begannen sich nach der Entfesselung des ersten Weltkrieges um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg enger zusammenzuschließen und führten einen entschiedenen Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Sozialchauvinismus in der deutschen Sozialdemokratie. Zugleich nahm die Repression gegen die revolutionäre Arbeiter/innen-Bewegung und ihre Führer/innen im Verlauf des Weltkrieges noch weiter zu.

Die revolutionären Arbeiter/innen erzwangen am 9. November 1918 die Freilassung der politischen Gefangenen, darunter auch Rosa Luxemburgs. Von nun an nahm Luxemburg als führende Genossin der Spartakus-Gruppe an der Novemberrevolution teil. Sie war zusammen mit Karl Liebknecht führend an Redaktion und Herausgabe der revolutionär-kommunistischen Zeitung „Rote Fahne“ beteiligt. Als Mitglied der Zentrale des Spartakus-Bundes hatte sie zusammen mit Karl Liebknecht maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Gründungsparteitags der KPD Ende Dezember 1918.

Karl Liebknecht wurde 1871 in Leipzig als Sohn des Arbeiter/innen-Führers Wilhelm Liebknecht geboren. Nach dem Studium von Rechtswissenschaften und Nationalökonomie trat Liebknecht in die SPD ein. Von Beginn an gab er sich als unversöhnlicher Gegner des sozialdemokratischen Reformismus und Opportunismus zu erkennen. Seine scharfen Anklagen gegen den Militarismus und den Preußischen Staat in öffentlichen Versammlungen führten immer wieder zum Abbruch der Veranstaltungen durch die Polizei. Als Rechtsanwalt verteidigte Liebknecht

zahlreiche Opfer politischer Verfolgung durch den bürgerlichen Staat vor Gericht. Gegen die ignorante Haltung der SPD setzte sich Karl Liebknecht für die Unterstützung der russischen Revolution von 1905 ein. 1907 wurde Liebknecht wegen der Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ der Prozess gemacht. Liebknecht gestaltete den Prozess zu einer Anklage gegen den deutschen Militarismus, weshalb er wegen „hochverräterischer Tätigkeit“ zu einhalb Jahren Festungshaft verurteilt wurde.

1911 traten Liebknecht und Luxemburg vielfach gegen die Marokko-Aggression des deutschen Imperialismus hervor, wobei sie insbesondere den Chauvinismus deutscher sozialdemokratischer Führer anprangerten. Im Mai 1914 griff Liebknecht im Reichstag die Kriegsvorbereitung der deutschen imperialistischen Bourgeoisie an. Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter im deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite. Im Mai 1915 schrieb Liebknecht im Auftrag der Gruppe „Internationale“ das wichtige Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“. Im Jänner 1918 prangerte Liebknecht im Reichstag die Ausrottung der Armenier/innen durch das mit dem deutschen und dem österreichischen Imperialismus verbündete Regime in der Türkei an. Liebknecht wurde wegen seiner prinzipienfesten Haltung aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Dann wurde Liebknecht wegen seines Aufrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ bei der Kundgebung der Spartakus-Gruppe am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz in Berlin verhaftet und zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt. Am 23. Oktober 1918 wurde

seine Amnestierung von den revolutionären Arbeiter/innen erzwungen. Liebknecht war einer der ersten in Deutschland, der die epochale Bedeutung der russischen Oktoberrevolution verstand. Am 9. November 1918 proklamierte Karl Liebknecht vor tausenden von revolutionären Arbeiter/innen und Soldaten in Berlin die sozialistische Republik und rief zum Kampf für ihre Verwirklichung auf. Während der revolutionären Kämpfe gegen die konterrevolutionären Noske-Truppen in Berlin war Karl Liebknecht im Aktions-Ausschuss der revolutionären Arbeiter der Vertreter der KPD.

Am 15. 01. 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von den Truppen der konterrevolutionären sozialdemokratischen Regierung verhaftet und ermordet.

Aus Leben und Werk von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ergeben sich vor allem folgende hochaktuelle Lehren:

Kampf dem Imperialismus, vor allem dem Imperialismus der jeweils „eigenen“ Bourgeoisie!

Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der „eigenen“ Bourgeoisie!

Für die Revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus!

Für die Revolutionär Kommunistische Partei des Proletariats!

Für den unversöhnlichen Kampf gegen Reformismus, Revisionismus und jeglichen Opportunismus in der Arbeiter/innen-Bewegung!

Für den Proletarischen Internationalismus und gegen den nationalen Chauvinismus!

Vor 70 Jahren haben die Herrschenden das Banner der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität über Bord geworfen!

Über Österreich und weite Teile Europas zog 1918/1919 eine revolutionäre Gewitterfront hinweg. Das Bürgertum vermochte nicht, seine Herrschaft mit den alten Mitteln aufrecht zu erhalten. Die Beherrschten, vor allem die Arbeiter/innen und die Teilnehmer des ersten Weltkriegs, waren nicht gewillt, das Joch der kapitalistischen Diktatur weiter zu ertragen. Nur der „Verrat“ an den Zielen der Arbeiter/innen-Bewegung durch die austro-„marxistischen“ SP-Führer, die in Wirklichkeit allesamt lammfromme und staatsreue Lasalleaner (und gerade keine Marxisten) waren, ermöglichte der alten herrschenden Klasse, das Staatsruder wieder fest unter Kontrolle zu bringen.

In Österreich bestehen seit dem 19. Jahrhundert durch alle gesellschaftlichen Umbrüche hindurch drei politische Lager: ein klerikales, ein sozialdemokratisches und ein deutschnationales. Als die Republik Österreich 1918 aus der Konkursmasse des Habsburger-Völkerkerkers hervorging, war die Übereinstimmung lagerüberschreitend, dass Österreich in seinen nunmehrigen Grenzen angeblich nicht lebensfähig sei. Über Parteigrenzen hinweg wurde der Anschluss an Deutschland propagiert und angestrebt. Am überzeugendsten waren in dieser Hinsicht die Deutschnationalen, die folgerichtig in der deutsch-faschistischen Hitler-Partei aufgingen.

Die SP-Führer hatten bald ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen. Das klerikale Lager, die Vorläufer der heutigen VP putschten gegen die bürgerliche Demokratie, um ein faschistisches Regime nach dem Vorbild von Mussolinis Italien zu errichten. Die fortgeschrittensten Arbeiter/innen Österreichs sind im Februar 1934 gegen die vaterländisch-katholischen Putschisten und Henker der Demokratie in Österreich mit ihrem Republikanischen Schutzbund bewaffnet aufgestanden. Die Abschaffung der Demokratie in Österreich geht gerade nicht auf das Konto

der politischen Ahnen der Herren Haider (BZÖ) und Strache (FPÖ) sondern auf das der politischen Ahnen der Herren Schüssel, Bartenstein und Molterer (alle ÖVP). Dass die Haider, Mölzer, Strache und Co immer wieder gerne pauschal auf die „Tugendhaftigkeit“ sämtlicher NS-Großväter/Täter verweisen, ist bekannt. Genauso wie ihre ideologischen Vorläufer die Einpeitscher der größten Verbrechen des deutschen Imperialismus im 20. Jahrhundert waren, so befinden sie sich heute in der Warteschleife, um im Bedarfsfall jedes erdenkliche Verbrechen des EU-Imperialismus zu verherrlichen. Trotzdem ist der Vergleich, oder gar die Gleichsetzung des „Anschluss“ Österreichs an Deutschland 1938, mit dem Beitritt Österreichs zur EU grober Unfug. Der EU Beitritt ist zwar zweifelsfrei im Interesse der imperialistischen Bourgeoisie erfolgt, aber das ist noch einmal ganz etwas anderes als eine offenen faschistische Herrschaft.

Auch den österreichischen Faschisten war auf ihrem Weg zur Macht buchstäblich jedes Mittel recht, das ihnen geeignet schien, sie ihrem Ziel, der Inbesitznahme der Staatsmacht, näher zu bringen. Z.B. waren sie schon damals „tüchtig“ darin, Angst und Schrecken unter den Volksmassen zu verbreiten. Nazi-Terrorismus richtete sich beständig gegen die Unterdrückten und nicht gegen die Eliten im bürgerlich-kapitalistischen System und kostete vielen, vor allem Arbeiter/innen, schon vor 1938, das Leben. In den vier Jahren bis zum März 1938 wurden von den Nazis mindestens 50 Leute ermordet. Und zwar außerhalb akuter Bürgerkriegsphasen wie z.B. dem NS-Putschversuch im Juli 1934. Dieser Terror wird, wie jeder rechte Terror, bis heute bagatellisiert, weil er in letzter Konsequenz für das System von Staat und Kapital Partei ergreift, weshalb ihm die bürgerliche Klassenjustiz häufig wohlwollend entgegenkommt. Die Lüge, der Naziterror der Ersten Republik hätte sich auf die Sprengung von ein paar Telefon-

hütteln beschränkt, ist genauso dreist wie die Behauptung, heutige rassistische Übergriffe, egal ob durch Staatsdiener oder Zivilisten ausgeführt, wären nicht ideologisch motiviert.

Die Wirtschaftspolitik der Schwarzen (hier: umgangssprachliche Lagerbezeichnung für die VP-Richtung) drückte die Lebenslage der Arbeiter/innen und Werkstätigen dramatisch, zehntausende waren ausgesteuert (Lohnerwerbs-Arbeitslose ohne Unterstützung)! Österreich wurde für den noch brutaleren Hitlerfaschismus sturmreif gemacht. Bereits ab 1936, lange vor dem deutschen Einmarsch, der am 12. März 1938 begann, hat die österreichische Bourgeoisie die Regierungsgewalt in die Hände von Gewährsmännern des NS-Faschismus gelegt. Am Tag des Einmarsches war bereits eine Nazi-Regierung an der Macht. Das ist ein übergroßer, immerwährender Schandfleck auf der nicht gerade weißen Weste der österreichischen Bourgeoisie, der oft vertuscht und verschwiegen wird! Es ging damals um nichts weniger als um die Frage nach der führenden Rolle in der Gesellschaft, aber die österreichische Bourgeoisie hat den Führungsanspruch in den Rinnstein geworfen, um sich samt und sonders dem deutschen Imperialismus anzudienen. Während sie 1934 alles aufboten was da war, um die Arbeiterschaft mit Artillerie und Infanterie niederzuwerfen, waren sie 1938 nicht bereit, auch nur einen Finger zur Abwehr des deutschfaschistischen Furor zu rühren.

In einem jähren Anflug von Kühnheit trat das austrofaschistische Regime sogar mit Vertreter/innen der illegalen Arbeiter/innen-Bewegung über die Bewaffnung der Arbeiter/innen-Klasse zur Verteidigung von Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs in Verhandlung. Das sollte allerdings eine Episode am Rande bleiben, denn aus der Sicht der Bourgeoisie ist eine klassenbewusste Arbeiterschaft stets der Hauptfeind.

Das völlige Unterbleiben einer österreichischen Militäraktion gegen den Einmarsch begründet die Komplizenschaft der herrschenden Klasse Österreichs an sämtlichen Verbrechen, die der deutsche Imperialismus bis zu seiner bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 zu verantworten hat. Das gilt ganz unabhängig davon, wie gering die Aussichten auch immer gewesen sein mögen, die Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs durch die Mobilisierung und den Einsatz des Bundesheeres zu wahren.

Es stimmt schon, das alles ist bereits 70 Jahre her. Blöd nur, dass diejenige Klasse, die damals Österreich und seine Bevölkerung verraten und verkauft hat, nämlich die Bourgeoisie als Klasse wieder bzw. noch immer die Staatsmacht innehat und (derzeit) parlamentarisch verbrämt die Alleinherrschaft ausübt.

Auch die SP-Führer haben sich 1938 nicht eben mit Ruhm bekleckert, zum Beispiel der viel gerühmte Pate sowohl der Ersten als auch der Zweiten Republik Österreich: Karl Renner. Um das Wohlwollen der neuen Herrschaft zu erwerben, hat er nicht nur den „Anschluss Österreichs“ freudig begrüßt und für Hitlers Volksabstimmungsschwindel geworben, er hat darüber hinaus auch noch den Anspruch des deutschen Imperialismus auf Teile der tschechoslowakischen Republik in einer pseudowissenschaftlichen Abhandlung begründet. Das war noch vor dem Überfall Hitlers auf die Tschechoslowakei. Einen organisierten sozialdemokratischen Widerstand gegen den NS-Faschismus an der Macht in Österreich hat es nicht gegeben, was die SP zwar nicht gerade für eine führende Rolle nach der Befreiung Österreichs qualifizieren sollte, aber aus der Sicht des britischen, französischen und US-Imperialismus (den Westalliierten) gerade kein Hindernis war, sondern eine Empfehlung. Als echte Freundin Österreichs

erwies sich 1938 die damals noch sozialistische Sowjetunion. Was sie in mehreren dutzend Sprachen und in etlichen Millionen von Kopien weltweit verbreitete, wurde erst von den Handlangern der Neuen Bourgeoisie und den verkappten Feinden des Sozialismus mit Chruschtschow und Breschnew an der Spitze seit 1956 konsequent aus dem Verkehr gezogen, bekämpft und verleumdet. *Die Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang* von 1938 nimmt klipp und klar zur österreichischen Frage Stellung und macht den gravierenden Unterschied zwischen dem ersten Land des Sozialismus und den bürgerlich demokratisch maskierten Imperialisten, die der Leidensweg der österreichischen Arbeiter/innenklasse und des Volkes in Wirklichkeit nicht kümmerte, auch in diesem Punkt deutlich:

„Was die Annexion Österreichs betrifft, so war diese in keiner Weise mehr in den Rahmen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag zu zwängen, in den Rahmen eines Schutzes der ‚nationalen‘ Interessen Deutschlands und seiner Bemühungen, die im ersten imperialistischen Kriege verlorenen Gebiete zurückzuerlangen. Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege zu Deutschland. Der gewaltsame Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums. Er enthüllt zweifellos das Bestreben des faschistischen Deutschland, auf dem westeuropäischen Festland die herrschende Stellung einzunehmen.“

Weltweit stand die Sowjetunion damals an der Spitze jener Kräfte, die für Frieden, sozialen Fortschritt, Volksherrschaft und darum auch für Österreichs Unabhängigkeit kämpften. Für dieselben Ziele, für die die sozialistische Sowjetunion in der Weltarena focht, stand damals in Österreich die unter den Bedingungen strengster Illegalität wirkende KPÖ. Mehr als zweitausend österreichische Kommunist/

innen ließen in diesem Kampf, in dem sie die Rechtmäßigkeit des Führungsanspruchs der Arbeiter/innenklasse in Österreich bewiesen, ihr Leben. Demgegenüber hat Bruno Kreisky, der als Lichtgestalt der österreichischen Sozialdemokratie gilt und der mehrere ehemalige NSDAP Mitglieder mit Regierungsämtern rehabilitierte, in den 1970er Jahren gehöhnt, es sei gescheitert, für eine Idee zu leben als zu sterben. Das war der Spott über das Versagen der österreichischen Kommunist/innen, den Sieg der Arbeiter/innen und Völker von 1945 in Österreich durch eine wirkliche und dauerhafte Arbeiter/innen-Offensive abzusichern. So herausragend der Kampf der KPÖ gegen den Faschismus an der Macht war, so wenig wurde die Partei nach 1945 dem maßgeblichen revolutionär-kommunistischen Anspruch von Marx und Lenin gerecht. Aus der Geschichte lernen heißt auch: den Aufbau der Revolutionär Kommunistischen Partei voranbringen!

Zur konsequenten Überwindung des Faschismus gehört die Beseitigung seiner ökonomischen Basis. Gerade das ist aber in den Jahrzehnten seit 1945 nicht geschehen. Stattdessen wurde in Österreich, gestützt auf ein arbeiter/innen-feindliches institutionalisiertes System der Sozialpartnerschaft, ein eigenständiger Imperialismus errichtet.

- **Der sicherste Schutz vor dem Faschismus wird durch den Sturz seiner politischen und wirtschaftlichen Grundlagen hergestellt!**
- **Tod dem österreichischen Imperialismus!**
- **Zerschlagt die EU!**
- **Für den Sozialismus kämpfen!**

Wien, am 55. Todestag von Josef Stalin, dem Oberbefehlshaber der Sowjetarmee, die Österreich aus der NS-Tyrannie befreit hat.

Generalstreik gegen Krieg, für soziale Umwälzung

Von ökonomischen Streiks zum politischen Generalstreik 1918

In vielen Ländern EUropas und z.T. mehr noch in halbkolonialen Ländern (wie z.B. Indien oder Argentinien) gehören Streiks zum Alltag. Meist geht

es um Forderungen nach Beseitigung von schreienden Missständen bei den Arbeitsbedingungen, um Lohnerhöhungen oder Kündigungsschutz.

die ganzen Produktionsmittel, Banken und Transportmittel besitzt und die wirkliche Macht im Staat hat.

In Österreich werden solche systemimmanenten Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit auf Betriebsebene meist „vom Betriebsrat“, und auf Branchen- oder Bundesebene „von der Gewerkschaft geregelt“. Und wenn die nicht mehr herausholen konnten, dann war halt „nicht mehr drinnen“ – das ist die von den ÖGB-Bonzen seit Jahrzehnten verbreitete Meinung.

Es ist wahr, dass es uns Arbeiter/innen und kleinen Angestellten auch ohne wilde Arbeiter/innenkämpfe so gut geht, wie in anderen EU-Ländern. Es ist aber auch wahr, dass die heutige österreichische Arbeiter/innenklasse politisch besonders unerfahren ist, dass das blindgläubige Vertrauen in plumpe Sozialdemagogie – sei es von der SPÖ, der ÖVP oder von der FPÖ – ungeheuer weit verbreitet ist. So gibt es in der österreichischen Arbeiter/innenbewegung weder eine einflussreiche radikalreformistische Linke noch eine gefestigte revolutionäre Strömung.

Statistisch belegbare Tatsache ist, dass die Lohn-Einkommen im (fast) „streikfreien“ Österreich nicht deutlich niedriger liegen als in vergleichbaren imperialistischen Ländern mit häufigen Streiks. Dafür gibt es verschiedene Ursachen, die wesentlich mit den Extraprofiten aus neokolonial abhängigen Ländern und der Rolle der Arbeiteraristokratie zusammenhängen.

Bevor den österreichischen Arbeiter/innen das Klassenbewusstsein vernebelt wurde – zuerst mit den Parolen vom faschistischen „Ständestaat“ und der faschistischen „deutschen Volksgemeinschaft“, dann vom sozialdemokratischen „gemeinsamen Wiederaufbau“ und der „Sozialpartnerschaft“ – wussten Österreichs Arbeiter/innen und kleinen Angestellten noch, dass sie einer gesellschaftlichen Klasse angehören, dass sie vom Kapital ausgebeutet werden und vielen war klar, dass nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems und die politische Machtergreifung der Arbeiter/innenklasse ein wirklicher Durchbruch erreicht werden kann.

Jedenfalls hat das Fehlen von Streiks verheerende Auswirkungen aufs politische Selbstbewusstsein der Arbeiter/innenklasse, und in Österreich ist das proletarische Klassenbewusstsein deutlich niedriger als in vielen anderen EU-Ländern. Wer nie zusammen mit seinen Betriebs- und Branchenkolleg/innen und seinen Klassengenoss/innen gemeinsam auftritt, gemeinsam kämpft – und gemeinsam Siege und Niederlagen erlebt – kann nur schwer ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, geschweige denn ein (ökonomisches) Klassenbewusstsein.

Heute vor 90 Jahren, mitten im ersten imperialistischen Weltkrieg und als Auswirkung der russischen Oktoberrevolution, traten im Großraum Wien und südlichen Niederösterreich hunderttausende Industriearbeiter/innen trotz brutaler staatlicher Unterdrückung in den Streik und forderten die sofortige Beendigung des Krieges. Es war der 16. Jän-

Generalstreik 2003 für Klassenzusammenarbeit

Streiks sind in Österreich selten. Sicher nicht, weil die österreichische Arbeiter/innenklasse im Vergleich zu Deutschland, Frankreich, Italien in so großem Wohlstand lebt. Aber der Monopolverband namens Österreichischer Gewerkschaftsbund unternimmt seit 1945 alles, um Streiks möglichst zu verhindern – und hat dafür das historisch gewachsene Recht und den staatlichen Auftrag dazu.

Fast alle Streiks seit der Gründung des ÖGB, vor allem die größeren, sind im Wesentlichen von unten gegen die ÖGB-Bonzen durchgesetzt worden ... bis auf die große Ausnahme vor knapp 5 Jahren: Der zahlenmäßig größte Streik in Österreich seit dem 2. Weltkrieg mit etwa 1 Million Streikenden am 3. Juni 2003 war von Anfang an bis zum raschen und bitteren Ende von der ÖGB-Spitze in monatelanger Kleinarbeit organisiert worden.

Ziel war die Verteidigung bzw. Wiedereinführung der institutionellen Sozialpartnerschaft, d.h. der staatlich garantierten Zusammenarbeit der Arbeiteraristokratie mit dem Kapital über deren offizielle Vertreter.

Bestimmte Teile des österreichischen Monopolkapitals hatten gemeint, dass es günstiger sei, ohne Beziehung ihrer Agenten in der Arbeiterklasse Politik zu machen. Unter den Bedingungen des „neoliberal globalisierten“ Imperialismus und der neuen kapitalfreundlicheren EU-Verfassung wollten sie am Beginn des 21. Jahrhunderts beim Aufwand für ihre bezahlte Arbeiterverräter-Bürokratie sparen und versuchten mit der Schlüssel-Grasser-Regierung direkt und ohne Vermittlung gegen die Arbeiter/innenklasse vorzugehen.

Na, da hat ihnen der ÖGB aber bald klar gemacht, dass ohne die Einbeziehung ihrer Gewerkschaftsbonzen und professionellen Beschwichtiger der österreichischen Arbeiter/innenklasse gar nichts gut geht. Nachdem die „uneinsichtigen“ Teile der Monopolbourgeoisie in einer Machdemonstration vorgeführt bekamen, wie die ÖGB-Bürokratie die Arbeiter/innenklasse im Griff hat, wurde auch die sozialpartnerschaftliche Gremienmauscherei wieder institutionalisiert.

Besonderes Kennzeichen des Warnstreiks samt Masendemos im Mai, des Generalstreiks im Juni 2003 und des dreitägigen ÖBB-Streiks im November desselben Jahres war, dass der ÖGB (und die SPÖ) nachweisen konnte, wie sie einen großen Teil der österreichischen Arbeiter/innenklasse – auch über die unmittelbare SP- und ÖGB-Mitgliedschaft hinaus – geschlossen mobilisieren und genauso geschlossen auch wieder demobilisieren kann.

ner 1918 und innerhalb von einer Woche schlossen sich in Niederösterreich, Steiermark, aber auch anderen Teilen der Habsburgermonarchie insgesamt 750.000 Arbeiter/innen dem Streik an. Der Jännerstreik 1918 war einer der größten von unten organisierten Massenstreiks in Österreich, und er verband wirtschaftliche mit politischen Forderungen. Vereinzelt Arbeitsniederlegungen mit ökonomischen Forderungen hatte es wegen der miesen Nahrungsmittelversorgung im Krieg schon seit Monaten gegeben. Auch am 14. Jänner, war die Kürzung der Mehrlohn um 50% der unmittelbare Anlass zum Streik im Daimler-Motorenwerk in Wr. Neustadt. Streng verdeckt vor der Polizei, aber auch vor den rechten Arbeiterverrätern im SP-Parteivorstand, hatte die kleine Gruppe der „Linksradikalen“ mit Flugblättern, Gesprächen und geheimen Versammlungen im Großraum Wien-Industrieviertel ein Netz von revolutionär gesinnten Arbeiter/innen geschaffen. Die Revolutionären Sozialisten um Franz Koritschoner und Leo Rothziegel konnten selbst keine revolutionäre Stimmung in der Arbeiterschaft „erzeugen“, das bewirkten schon die immer ärgeren Lebensverhältnisse im Verlauf des Krieges. Aber durch das konsequente Eingreifen der Linksradikalen wurde der Jännerstreik zu einem gewaltigen politischen Kampf, der das ganze System

erschütterte. Typischerweise stellten sich schon damals die Führer der Sozialdemokratie, wie z.B. der spätere Bundespräsident Renner, auf die Seite des kapitalistischen Staates und gegen den Kampf der Arbeiter/innen. Auf zahlreichen Streikversammlungen und Sitzungen der Arbeiter-Räte forderten Renner und seine Spezi zur Mäßigung und zum Streikabbruch auf. Während hunderttausende in Versammlungen und Aufmärschen den sofortigen Frieden forderten, verhandelte die SP-Spitze mit dem damaligen Ministerpräsidenten über „Zugeständnisse“, um den Streik abzuwürgen. Die SP-Arbeiterzeitung hetzte gegen „Straßenexzesse“ und SP-Redner drängten in Streikversammlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Mit einer Verhaftungswelle unter den „Linksradikalen“ gelang es dem Unterdrückterstaat schließlich gemeinsam mit der Beschwichtigungstour der SP-Führung, den Streik am 23. Jänner niederzuringen. Trotz der politischen Niederlage im Jänner blieben die Parolen des Jännerstreiks 1918 in der Arbeiter/innenklasse lebendig:

**Kampf für den sofortigen allgemeinen Frieden!
Kampf für politische und soziale Freiheit!
Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!
und Soziale Revolution!**

Mehr über den Jännerstreik 1918:

Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 1848-1934 (Strobl, Spira, West)

erhältlich bei ML-Litvertrieb

Diese Losungen wurden in der November-Revolution 10 Monate später wieder aufgegriffen und (bis auf die entscheidende letzte Losung) weitgehend umgesetzt. Auch wenn es schließlich der Sozialdemokratie gelang die revolutionäre Massenbewegung in bürgerliche Bahnen zu lenken, und in den Jahren nach 1918 die kapitalistische Ausbeuterordnung zu retten, so war die Zeit ab dem Jännerstreik 1918 doch die aussichtsreichste revolutionäre Situation in Österreich im 20. Jahrhundert. Was damals fehlte und heute wieder fehlt, ist die Revolutionär Kommunistische Partei. Es gab damals und gibt heute keine proletarische Kampfpartei, die geeignet wäre, die Arbeiter/innenklasse auf dem Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in Österreich und zum sozialistischen Aufbau anzuführen.



Österreich zündelt am Pulverfass:

Imperialisten runter vom Balkan!

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosovo war der vorläufig letzte Schritt zur Zerschlagung Jugoslawiens. Diese Zerschlagung wurde vor allem durch die EU, den österreichischen und deutschen Imperialismus vor allen anderen, betrieben. Dabei dienten die Unabhängigkeitsbewegungen der einzelnen Balkanvölker nur als Vorwand, um die eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese imperialistische Einmischung mit dem Nato-Überfall auf Jugoslawien 1999. Während des Überfalls versuchte das Milosevic-Regime den falschen Eindruck zu erwecken, es würde gegen die imperialistischen Interessen am Balkan kämpfen. Dadurch fand es zum Teil breite Unterstützung bei den linken und antiimperialistischen Kräften in Europa, die Milosevic zum antiimperialistischen, antifaschistischen Helden hochstilisierten. Dabei wurde und wird oft vergessen, dass es zusammen mit Tudjman gerade Milosevic war, der durch seine Rhetorik über Großserbentum von allen imperialistischen Lakaien am meisten zur Zerschlagung Jugoslawiens beitrug. Was den Antifaschismus dieser großserbischen „Sozialisten“ betrifft, braucht man nur zu erwähnen, dass unter ihrer Regierung der serbische Staat die Organisation der Cetniks, der serbischen Faschisten, die sich in die Tradition von Nazi-Kollaborateuren stellen, unterstützte und diese dann in Bosnien und Herzegowina zur Schaffung „ethnisch reiner Gebiete“ einsetzte. Gleichzeitig wurden die demokratischen Rechte der Minderheiten weiter ausgehöhlt. Für die im Kosovo lebenden Albaner/innen hieß das die Aberkennung ihrer Autonomie, ihres Rechts auf Albanisch als Amts- und Unterrichtssprache bis hin zur

inoffiziellen Aberkennung jeglicher Bürgerrechte Anfang der 1990er-Jahre.

„Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein“. Wie richtig dieser Gedanke ist, zeigt die Tatsache, dass Milosevic das imperialistische Projekt der Zerschlagung Jugoslawiens und Unterwerfung der jugoslawischen Völker mit dem Aufruf zur verstärkten Unterdrückung der Kosovo-Albaner/innen bei seiner berühmt-berüchtigten Rede in Pristina („Keiner soll euch mehr schlagen...“) verband.

Für den Verbleib Kosovos im serbischen Staat werden von der heutigen serbischen Öffentlichkeit hauptsächlich zwei Argumente ins Treffen geführt: Der Bruch des internationalen Rechts, den die Unabhängigkeit darstellt, und die historische Zugehörigkeit Kosovos zu Serbien.

Das Internationale Recht, egal ob es durch die UNO, den Völkerbund oder den Wiener Kongress festgelegt wurde oder wird, ist im Endeffekt das Recht des Stärkeren (d.h. heute: das Recht der imperialistischen Großmächte USA, EU-Mächte, Russland). Die Betonung der europäischen und US Diplomaten in Hinsicht auf die Fragen der kurdischen, baskischen, korsischen usw. Unabhängigkeit, Kosovo sei ein Einzel- und kein Präzedenzfall zeigt den heuchlerischen Inhalt des internationalen Rechts. Während mehr als 20 Millionen Kurd/innen nach internationalem Recht keinen eigenen Staat verdienen, und als Terroristen beschimpft werden, bekommen die Albaner sogar einen zweiten Staat und den Titel Freiheitskämpfer, wenn es den Imperialisten gerade gefällt. Es wird von den Mächtigen bestimmt, was internationales Recht ist und wie es ausgelegt wird und es bleibt solange bestehen, wie die Machtverhältnisse, die es hervorgebracht haben.

Das zweite Argument, das der historischen Zugehörigkeit Kosovos, ist um einiges komplizierter. Zuerst muss festgestellt werden, dass angesichts der Migration, die die ganze Menschheitsgeschichte hindurch stattgefunden hat, und den Veränderungen, denen die staatlichen Grenzen in der Geschichte der Klassengesellschaft unterworfen waren, die Frage eines „historischen Vorrechts“ eines Volkes auf ein Gebiet, eine absurde Fragestellung ist. Letzten Endes sind wir der Abstammung nach alle Afrikaner.

Genauso absurd ist es, in das 14. Jahrhundert einen serbischen Nationalstaat hineinzuprojizieren. Die Fragestellung wird weniger absurd, wenn man den Zeitraum seit der Entstehung der Nationen und Nationalstaaten (d.h. seit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus) betrachtet, denn schließlich ist die Nation die Voraussetzung für die Existenz einer nationalen Frage. Durch den langsamen Niedergang des Osmanischen Reiches im 19. Jh. entstanden, teils durch Aufstände, teils durch Verhandlungen, am Balkan eine Reihe von Nationalstaaten, unter anderem auch Serbien (auf dem Gebiet des heutigen Zentralserbien, das heißt ohne Wojwodina und ohne Kosovo). Gleichzeitig bestand mit Montenegro ein weiterer serbischer Staat. Um die Jahrhundertwende lebte weniger als die Hälfte der Serben in Serbien, die anderen waren überall am Westbalkan verstreut, vor allem in Bosnien-Herzegowina und Montenegro. Kosovo war damals ein Teil Mazedoniens, das heißt unter der Herrschaft der Osmanen und hauptsächlich von Albaner/innen und Bulgar/innen bewohnt. Der Lösung der serbischen nationalen Frage, das heißt der Vereinigung der großen Mehrheit der Serben in

einem Nationalstaat, stand auf der einen Seite Österreich-Ungarn, durch seine Besetzung Bosniens und Herzegowinas und auf der anderen Seite das Osmanische Reich durch seine Besetzung von Sandzak, dem geografischen Bindeglied zwischen Serbien und Montenegro, entgegen. Kosovo spielte damals keine Rolle bei der Lösung der serbischen nationalen Frage. In dieser Situation und durch das zaristische Russland ermutigt, welches sich einen Zugang zum Mittelmeer erhoffte, ging Serbien mit Bulgarien und Griechenland eine Allianz gegen das Osmanische Reich ein. Mit Sandzak als der erhofften Belohnung und dem vermeintlich ersten Schritt zur Lösung der nationalen Frage. Dies führte zum ersten Balkankrieg 1912, den diese Allianz unter wohlwollener Beobachtung durch die europäischen Großmächte für sich entscheiden konnte. Doch die Freude über den Sieg währte nur kurz, als klar wurde, dass Österreich-Ungarn eine Vereinigung Serbiens und Montenegros, wegen der Befürchtung möglicher Folgen für die eigene Herrschaft über Bosnien und Herzegowina, nicht zulassen würde. Durch das imperialistische Österreich angetrieben, verbündete sich Serbien daraufhin mit Griechenland, diesmal gegen Bulgarien, was zum zweiten Balkankrieg 1913 führte. Nach dem Sieg teilten sich Serbien und Griechenland ein Gebiet, das hauptsächlich von Bulgaren und Albanern bewohnt war, wobei Serbien den Kosovo und das heutige Mazedonien bekam. Es war gerade in der Zeit zwischen den zwei Balkankriegen, dass die Parole von der „historischen Zugehörigkeit Kosovos zu Serbien“ in der breiteren Öffentlichkeit lanciert wurde. Gleichzeitig wurden schon damals die Cetniks zur Schaffung

von Tatsachen eingesetzt. Sie trieben ihr Unwesen während der zwei Balkankriege soweit, dass Teile der regulären serbischen Armee auf eigene Verantwortung gegen sie vorgehen mussten und die serbische Regierung gezwungen war, sie noch während des Krieges aus dem Kosovo zurückzuziehen. Das heißt, die Zugehörigkeit Kosovos zum serbischen Staat während des 20. Jahrhunderts ist in der Unfähigkeit der serbischen Bourgeoisie begründet, sich des imperialistischen Drucks, vor allem Österreichs zu erwehren und diente nicht der Lösung, sondern der Verschleppung der Lösung der nationalen Frage in Serbien.

Sollte man deshalb diese Unabhängigkeitserklärung Kosovos unterstützen? Wenn im Kosovo wirklich die Arbeiter/innenklasse und die antiimperialistischen Kräfte führend wären, müsste man die Unabhängigkeit Kosovos begrüßen. Dem ist aber nicht so. Kosovo ist jetzt der Form nach unabhängig, an dem Inhalt hat sich nichts geändert. Ob als „unabhängiger Staat“ oder als Teil Serbiens bleiben sowohl das albanische als auch das serbische Volk Spielball der Imperialisten. Besonders unverschämt ist FP-Strache, der Vertreter der aggressivsten Teile des österreichischen Monopolkapitals, wenn er sich heute demagogisch auf die Seite der serbischen Chauvinisten stellt. Er ist einer der gefährlichsten Feinde der Balkanvölker und steht in direkter Tradition der Hitlerfaschistischen Wehrmacht, die sich rühmte, ganze Landstriche „serben- und judenfrei“ gemacht zu haben. Der einzige Weg zur wirklichen Unabhängigkeit der Balkanvölker ist der Kampf gegen den Imperialismus, egal ob US- EU- oder russischer Imperialismus und gegen die eige-

ne Kompradorenbourgeoisie. Dieser Kampf kann nur unter Führung der Arbeiter/innenklasse erfolgreich sein. Schon vor 100 Jahren erkannte die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie am Balkan, dass die nationale Frage zur Verdeckung der sozialen Frage von der Bourgeoisie genützt wird und daher nur im Rahmen der Lösung der sozialen Frage gelöst werden wird. Die Sozialdemokratie rief damals, angesichts der drohenden Balkankriege zur Einigkeit der Balkanvölker gegen den Imperialismus und zur sozialistischen Revolution auf. Diese Forderungen haben an Aktualität nichts verloren.

Es lebe ein wirklich unabhängiges Kosovo!

Es lebe ein wirklich unabhängiges Serbien!

Es lebe der gemeinsame antiimperialistische Kampf der Balkanvölker!

Nieder mit dem Imperialismus und seinen Lakaien!

Österreichische Truppen raus aus Kosovo und Bosnien!

Es lebe die sozialistische Revolution!

Es lebe die sozialistische Balkanföderation!

Za zaista nezavisno Kosovo!

**Za zaista nezavisnu Srbiju!
Zivela zajednicka antiimperialisticka borba balkanskih naroda!**

Smrt imperijalizmu i njegovim slugama!

Austrijske trupe napolje iz Kosova I Bosne!

Zivela socijalisticka revolucija!

Zivela socijalisticka balkanska federacija!

Tod dem Chauvi ni smus!

Partija Rada ruft die Arbeiter/innen, die Jugend und alle Entrechteten auf, nicht der nationalistischen Hysterie zu erliegen, die das serbische Regime verbreitet.

Die Interessen der entrechteten Massen in Serbien und in Kosovo widersprechen den Interessen derer, die sie ausrauben und den nationalen Hass unter ihnen schüren um einfacher zu herrschen, bzw. um die Interessen der Großmächte am Balkan zu vertreten.

Als die „endgültige“ Lösung des Status von Kosovo herarrückt, zeigen die Massen in Serbien und Kosovo kein großes Interesse für diese Frage. Die mangelnde Bereitschaft der Massen in Serbien in einen neuen Krieg zu ziehen, wie auch das gezeigte Desinteresse der albanischen Massen in Kosovo an den Parlamentswahlen, zeigen was das Volk wirklich von den politischen Eliten in Serbien und Kosovo

denkt. Trotzdem, diese Eliten nützen die ungelöste „Frage Kosovos“ als gute Bedingung für den eigenen Machterhalt, ständig diese Frage propagandistisch aufwärmend, sie als entscheidend für das Leben des ganzen Volkes darstellend. Als Marionetten und Mittel in den Händen der mächtigsten imperialistischen Kräfte kämpfen diese Unterdrücker des Volkes darum, wer den Interessen der Herren am besten dient. US-, europäische und russische Imperialisten haben ihre humanistischen Masken abgelegt und hetzen jetzt das serbische und albanische Volk gegeneinander, um die eigenen Interessen bzw. die Interessen des Monopolkapitals durchzusetzen. Partija Rada, welche immer auf der Seite des gerechten Kampfes des albanischen Volkes für die nationale Befreiung war und ihr Recht auf Selbstbestimmung unterstützte, denkt, dass die albanischen

und serbischen Massen entschlossen NEIN sagen sollten zu den Imperialisten und NATO-Okkupatoren.

- **Frieden dem Volk Sebiens und Kosovos!**
- **Nieder mit der hetzerischen Politik der Großmächte gegenüber den Balkanvölkern!**
- **Nieder mit den Räubercliquen in Belgrad und Pristina!**
- **Für die revolutionäre antiimperialistische Widerstandsbe-
wegung am Balkan!**
- **Es lebe die Föderation der
Balkanvölker!**

Den oben stehenden Text haben wir von der Partija Rada (Partei der Arbeit) aus Serbien übernommen und selbst übersetzt, weil wir ihre Positionen unterstützen. Auf ihrer Homepage www.partijarada.org.yu sind weitere empfehlenswerte Texte und Erklärungen in der serbokroatischen und englischen Sprache.

SMRT SOVI NI ZMU!

Partija Rada poziva radnike, omladinu i sve obespravljene da ne podlezu nacionalistickoj histeriji koju raspiruje rezim u Srbiji. Interes obespravljenih masa i u Srbiji i na Kosovu suprotstavljeni su interesima onih koji ih pljackaju i koji sire medju njima nacionalnu mrznju kako bi samo lakse vladali, odnosno sprovodili interese velikih sila na Balkanu.

Dok se blizi najavljavano „konacno“ resenje statusa Kosova, mase u Srbiji i na Kosovu ne pokazuju mnogo interesovanje za ovo pitanje. Nespremnost masa u Srbiji da idu u novi rat, kao i pokazana nezainteresovanih albanskih masa na Kosovu da ucetvuju na parlamentrnim izborima, otkriva sta oni misle o politickim elitama u Srbiji i na Kosovu. Medjutim, ove elite koriste nereseno „pitanje Kosova“ kao pogodan uslov za svoje odrzanje na vlasti, stalno propagandno podgrevajuci ovo pitanje, predstavljajuci ga kao sudbonosno za zivot celog naroda. Kao marionete i sredstvo u rukama najmocnijih imperijalistickih sila, ovi tlacitelji naroda se utrkuju da udovolje interesima svojih nalogo-

davcima. Americki, evropski i ruski imperijalisti skinuli su humanisticke maske i sada otvoreno huskaju srpski i albanski narod, radi ostvarenja svojih interesa, odnosno interesa multinacionalnog kapitala. Partija Rada, koja je uvek bila na strani pravedne borbe albanskog naroda za nacionalno oslobodenje i podrzavala njihovo pravo na samopredeljenje, smatra da albanske i srpske mase treba da kazu odlucno NE imperijalistima i NATO okupatorima.

- **Mir narodu Srbije i Kosova!**
- **Protiv huskacke politike velikih sila prema balkanskim narodima!**
- **Protiv pljackaskih klika u Beogradu i Pristini!**
- **Za revolucionarni antiimperijalisticki pokret otpora na Balkanu!**
- **Zivela zajednica balkanskih naroda!**

Ovaj tekst smo preuzeli od Partije Rada iz Srbije i preveli, zato sto podrzavamo njihove pozicije. Na njihovoj internet-strani www.partijarada.org.yu su drugi preporucljivi tekstovi na srpsko-hrvatskom i engleskom jeziku.

Stoppt die imperialistische Militärintervention im Tschad!

Zur Lage im Tschad und zum geplanten „EUFOR“-Einsatz

*Flugblatt vom 10.1.08,
in dem einiges über
Vorgeschichte und Hinter-
gründe des Militäreinsatzes
zu lesen ist, der mittlerer-
weile, bekanntermaßen
in vollem Gange ist*

Die von der UNO Ende September 2007 beschlossene „EUFOR“-Militärexpedition in den Tschad und damit die österreichische Beteiligung an dieser ist in Verzug. Für Mitte November 2007 geplant, ist jetzt von Ende Jänner/Anfang Februar 2008 die Rede. Wenn überhaupt. Denn seit dem Beschluss über die „Eufor Tschad“ Ende September 2007 ist die Lage für die Imperialisten deutlich „schwieriger“ geworden. Die Rede ist von einem mit bis zu 280 Soldaten geplanten österreichischen Kontingent innerhalb dieser „Eufor Tschad“, unter französischem Kommando, mit insgesamt 3.500 Soldaten. Hr.Darabos ist befremdet, warum es nicht endlich losgeht, und findet es „merkwürdig“ von Frankreich, dass man zögert. Hr.Darabos hält den Einsatz im Tschad für „kein Sicherheitsrisiko“ oder jedenfalls für ein „überschaubares“. Gemeint ist natürlich nicht für den Tschad, sondern für die österreichischen Soldaten, für „our boys“, wie man in den USA sagen würde. Frankreich, obwohl im Besitz einer erfahrenen und kampferprobten imperialistischen Armee, mit mehr als 10.000 Mann in Afrika, mit dem Tschad seit 1975 in einem Militärabkommen „verbündet“, im Tschad seit 1986 im Rahmen der Aktion „Épervier“ mit – laut offiziellen Zahlen – über 1.350 Mann, einer Staffel Mirage F1-Jagdflugzeugen, einer Staffel Jaguar Aufklärungsflugzeugen, 5 Transall Transportern und seit 17. Juni 2007 einem eigenen Militärflughafen vertreten und im Kolonialkrieg jedenfalls sicher nicht unerfahrener, ängstlicher oder dümmer als Österreich, zögert. Hr.Darabos versteht das überhaupt nicht. Er kritisiert Frankreich wegen seines Zauderns und Zögerns. Weiß er mehr als Frankreich (z.B. über den dringenden Wunsch des tschadischen Volkes, end-

lich von weiteren fremden Truppen besetzt zu werden)? Oder ist er kriegserfahrener? Oder mutiger? Oder ist er einfach dümmer?

Im Tschad herrscht Bürgerkrieg. Vor allem im Osten des Landes, an der Grenze zum Sudan, wo sich die Flüchtlinge und das Öl befinden. Déby, Präsident des Tschad, wurde 1990 vom Sudan aus durch einen Militärcoup mit Hilfe Frankreichs und der USA sowie mit Unterstützung Libyens an die Macht gebracht. Dies erfolgte selbstverständlich aus „Menschenrechtsgründen“, wegen der Gräueltaten des alten Regimes. Das neue Regime hatte dann innerhalb weniger Jahre 25.000 politische Gegner umgebracht, das ganze Land in die eigene Tasche „privatisiert“, als gelehriger Schüler seiner imperialistischen Freunde ethnische (Privilegierung einer Zaghawa-Ethnie) und religiöse (Unterdrückung der moslemisch-arabischen Bevölkerung im Osten) Widersprüche geschürt, kurzum, nach dem Habré-Regime, ein neues ebenso reaktionäres Terrorregime installiert¹. Und damit – als natürliche Folge – überall im Land die Entwicklung von „Rebellenbewegungen“² ausgelöst. Im April 2006 war es dann soweit. Eine der „Rebellenarmeen“, nämlich die FUC, marschierte auf die Hauptstadt N'Djamena. Nur durch den Einsatz der französischen Armee und Luftwaffe konnte der Angriff am 19. April 2006 gestoppt und das Déby-Regime gerettet werden. Am 3. Mai 2006 wurde Déby, von wem auch immer, für eine dritte Amtszeit „gewählt“. Geschwächt durch die Entwicklung, begann er, mit dem Öl zu pokern. Außerdem musste er sich gegenüber der alten Kolonialmacht Frankreich, die ihn militärisch an der Macht hielt und mit der ihn wichtige Ölinteressen verbanden, erkenntlich zeigen. Es

war Zeit für eine „nationale Revolution“. Der bis dahin dominierende US-Konzern Chevron Texaco (zusammen mit der malaysischen Petronas) wurde zum „Verlassen des Landes“ aufgefordert (wobei allerdings zugleich eine – theoretische – Entschädigung von 2,4 Milliarden Dollar in den Raum gestellt wurde). Der französische Ölkonzern Total war aber jetzt natürlich im Aufwind.

Diese „Revolution“ führte allerdings nicht zur Stabilisierung des Regimes. Die „Rebellenbewegungen“ wurden immer stärker und es kam auch zu Bemühungen um den Zusammenschluss oder zumindest um die Einheit in den militärischen Aktivitäten (die einige Monate später, nämlich Ende Oktober 2007 in einer „Konferenz der pluralen tschadischen Opposition“ in Paris münden und zur Wahl einer gemeinsamen Vertretung, des „Vorläufigen Rates der Opposition für die Organisation des Übergangs“, führen sollten). Im Juni 2007 griff die französische Luftwaffe wiederum massiv auf der Seite des Déby-Regimes ein. Am 17. Juni 2007 eröffnete die französische Armee bei Abéché im Osten des Landes einen eigenen Militärflughafen, stockte die Zahl der Transall-Transportflugzeuge von 3 auf 5 auf und setzte eine Besatzung von 130 Soldaten ab, hauptsächlich Pioniereinheiten. Pioniere? Nicht zufällig hatte Hr.Kouchner, der französische Außenminister, Sozialdemokrat, seit vielen Jahren einer der größten Kriegshetzer Frankreichs (Befürworter einer Beteiligung Frankreichs am Irak-Krieg, Zionist und rabiaten Hetzer gegen die Palästinenser, Scharfmacher gegen den Iran, ...), kurz zuvor die „Idee“ eines „humanitären Korridors“ aus dem Tschad in den Sudan ins Gespräch gebracht, war aber damit bei seinen imperialistischen Kollegen, vor allem

¹ Ganz ähnlich verlief übrigens die Entwicklung im benachbarten Zentralafrika. 1993 Militärputsch von Bozizé und Sturz des Patassé-Regimes mit Unterstützung der USA und Frankreichs. Stationierung eines französischen Besatzungskontingentes (300 Soldaten) und einer Mirage F1 Staffel. Militärische Unterstützung des Regimes gegen die Revolten innerhalb der Armee im November und Dezember 2006. Beteiligung Frankreichs an der Ermordung einer großen Zahl der rebellierenden Militärs. Und natürlich Nutzung der Zentralafrikanischen Republik als Basis für Militäroperationen im Tschad.

² Vorweg zur Klarstellung: Diese „Rebellenbewegungen“, insgesamt vier (FPRN, FUC, RFC, UFDD), sind keine nationalen Volksbefreiungskräfte. Sie unterhalten ihrerseits diverse Beziehungen mit imperialistischen Mächten, nicht zuletzt mit Frankreich. Sie setzen zum Teil darauf, eines Tages, nach „Ablauf“ des Déby-Regimes, deren Unterstützung zu gewinnen. Sie sind mit dem libyschen und dem sudanesischen Regime verbunden. Sie sind für Verrat, Seitenwechsel und Kollaboration mit den Imperialisten jederzeit anfällig. Sie können auch jederzeit wieder beginnen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Sie vertreten nicht die Interessen des tschadischen Volkes, wenn sie auch heute gegen den an der Macht befindlichen Hauptvasallen des französischen Imperialismus kämpfen.

den USA, bei China und Russland sowieso, abgeblitzt. Auch musste Frankreich, angesichts des massiven Engagements der USA für eine Militäroperation in Darfour, seine Karten für eine direkte Intervention im Sudan als schlecht beurteilen. Also startete Frankreich eine internationale Kampagne den Tschad betreffend: Neben den französischen Truppen sollte auch eine UN- oder NATO- oder „Eufor“-Truppe oder was auch immer, jedenfalls unter französischem Kommando, in den Tschad zu entsenden. Zusätzlich zu dem „Epérvier“-Kontingent. Die USA unterstützen trotz aller Konkurrenz Frankreich, denn Déby, obwohl Stiefelputzer Frankreichs, ist für sie immer noch das „kleinere Übel“ im Vergleich zum Sudan. China, das den Sudan gut im Griff hat und 80% der sudanesischen Ölexporte abnimmt, ist naturgemäß dagegen. Russland ist „skeptisch“. Beide letzteren wollten aber nicht gegen den „christlich-abendländischen Humanismus“ auftreten, jedenfalls nicht bei dieser Abstimmung, später kann man immer noch sehen. Innerhalb der EU beäugt Deutschland die französische Politik im Tschad und in Afrika generell mit Mißtrauen, denn hier geht es um die internationale Positionierung der beiden größten kontinentaleuropäischen Ränder.³ Frankreich hatte einige Länder speziell angesprochen und Österreich – anscheinend voller militaristischer Gier und Begeisterung - packte die Gelegenheit beim Schopf. Das UNO-Mandat besagte allerdings, dass die „Eufor“-Truppe „neutral“ sein müsse und nur wegen der armen Flüchtlinge dort hinginge. Hr.Kouchner

verwies mit Tränen in den Augen auf die 400.000 Flüchtlinge aus dem Sudan und dem Tschad selbst. Hr.Sarkozy, Präsident Frankreichs, wies tags darauf darauf hin, dass abgesehen von den Flüchtlingen auch noch Öl in der Gegend wäre und Frankreich außerdem eine historische und militärische Mission in Afrika hätte. Hr.Prazuck, Sprecher des französischen Generalstabs, merkte an, dass er natürlich auch von den Flüchtlingsdramen wüsste, dass aber der Militäreinsatz damit nichts zu tun habe, sondern darauf ziele, „die Ausweitung der Kämpfe auf N'Djamena zu verhindern“. Viele fragten sich, wie die „Neutralität“ der „Eufor“ mit dem faktischen Engagement Frankreichs für das Déby-Regime im Rahmen von „Epérvier“ zusammenpasste. Auch Hr.Darabos sagte, das sei ein „Problem“ und berge die „Gefahr eines direkten Engagements der Eufor im bewaffneten Konflikt“. Das sagte er freilich nur im Ausland. In Österreich sagte er, dass er in engem Kontakt mit Frankreich sei und das „Sicherheitsrisiko“ für „vertretbar“ halte. Hr.Prazuck sagte dazu, das sei gar kein Problem, denn die „Epérvier“-Truppen hätten seit jeher die offizielle Aufgabe, die Regierung des Tschad zu stabilisieren, sprich: das Déby-Regime zu schützen, während die „Eufor“ eben „neutral“ sei und auf diese Weise zur „Stabilisierung“ beitrage und damit die Flüchtlinge schütze.

Während der Diskussionen über die „Eufor“-Truppe und bevor sie noch aufgestellt wurde, kam es zu einer massiven Verschärfung der Kämpfe in großen Teilen des Tschad. Niemand unter den großen europäischen Medien berichtete übrigens über diese Kämpfe (außer – mit einer gewissen Häme, da Großbritannien ja nicht mitmischte - BBC). Die „EUFOR“-Expedition durfte auf keinen Fall gefährdet werden. Die „Rebellen“ hatten

erhebliche militärische Erfolge. Viele Truppenteile Déby's liefen über. Viele wichtige Offiziere, darunter Déby's Generalstabschef Seugui und ein Divisionskommandant fielen. Wieder griffen französische Truppen und die französische Luftwaffe für Déby ein. Am 12.September 2007 errangen die Regierungstruppen einen lokalen Sieg bei einem Hub-schrauberangriff nur auf Basis logistischer Unterstützung durch die französische Luftwaffe.

Zur selben Zeit nahm auch eine imperialistische Interventionsarmee im Sudan unter dem Vorwand der „Hilfe für Darfour“ Konturen an. 26.000 Besatzungssoldaten sollen in den Sudan geschickt werden. Nur wegen der Flüchtlingsdramen natürlich, nicht etwa wegen des Öls. Sogar die „Ärzte ohne Grenzen“ (die französischen allerdings nur, nicht die österreichischen) wiesen in einer öffentlichen Erklärung eindringlich darauf hin, dass sich die Lage in Darfour seit einem Jahr entspannt und verbessert hätte, die geplante Darfour-Intervention daher unter dem Gesichtspunkt der humanitären Hilfe völlig kontraproduktiv sei und damit das bißchen an Hilfe für die Flüchtlinge kaputt gemacht würde. Doch darum ging es ja gerade nicht. Aber natürlich hätte die Besetzung von Darfour Auswirkungen auf die tschadischen „Rebellen“ hinsichtlich deren Rückzugsgebiete etc.

So kam es unter libyscher Ägide zu „Friedensverhandlungen“ zwischen dem Déby-Regime und den „Rebellen“. Am 25. Oktober 2007 wurde ein „Friedensvertrag“ abgeschlossen. Jetzt waren die formellen Bedingungen für den Beginn des „Eufor“-Einsatzes erfüllt, weil man behaupten konnte, jetzt sei ein „neutraler“ Einsatz möglich. Auch Hr.Darabos konnte endlich die Ärmel aufkrepeln und die österreichischen Militär-Muskeln spielen

³ Der deutsche Imperialismus ist eng mit der Südsudanesischen Befreiungsfront verbunden (die Anfang Jänner 2008 aus der gemeinsamen Waffenstillstands-Regierung in Khartoum ausgetreten ist); deutsche Firmen bauen u.a. eine Bahnlinie von Kenya in die südsudanesische Hauptstadt Juba.

lassen. Aber wie gewonnen, so zerronnen. Nicht einmal vier Wochen hielt der Waffenstillstand. Ende November war der Krieg wieder in vollem Gange. Wieder unterstützte die französische Luftwaffe das Déby-Regime. Am 30. November 2007 erklärte daher die UFDD, sie befinde sich „im Kriegszustand mit der französischen Armee und jeder anderen ausländischen Streitkraft auf dem nationalen Territorium“. Und weiter: „Wir warnen die französische Armee. Ab jetzt, wenn uns französische Flugzeuge überfliegen, werden wir auf diese schießen.“

Das Déby-Regime, das seinen Untergang nahen sieht, hat in den letzten Wochen bemerkt, dass ihm die „nationale Souveränität“ ein Anliegen sein sollte. Natürlich nicht beim Erdöl, hier fließt ja ständig Geld auf französische und Schweizer Konten, aber beim „Menschenhandel“. Anlaß war eine düstere Aktion einer französischen Organisation, über 120 Kinder, angeblich aus Darfour, aber nur angeblich, angeblich Waisen, aber nur angeblich, illegal aus dem Tschad zu schmuggeln. Ende Dezember saßen deshalb ein paar Franzosen im Gefängnis in N'Djamena. Auch diese höchst unwillkommene Affäre musste Hr.Sarkozy noch bereinigen und eine Auslieferung an Frankreich durchsetzen. Der Hass der tschadischen Bevölkerung gegen Frankreich ist groß und wird immer größer.

So ist die Lage. Es herrscht Bürgerkrieg. Die „Eufor“ kommt als imperialistische Interventions- und Besatzungsarmee. Und das heißt zunächst einmal zur Verteidigung des Déby-Regimes, wie bisher schon die Franzosen. Dieses Regime ist aber hochgradig gefährdet. Wer an seiner Seite kämpft, geht natürlich – rein aus imperialistischer Sicht – ein hohes „Sicherheitsrisiko“ ein, vor allem auch das Risiko, am Ende auf der falschen Seite zu

stehen. Wer Soldaten in den Tschad schickt, zieht jedenfalls in den Krieg.

Die Frage der „richtigen“ oder „falschen“ Seite sollte man übrigens nicht zu eng sehen. Imperialistische Seitenwechsel sind nicht nur nicht auszuschließen, sondern bei weiterem Verfall des Déby-Regimes sogar zu erwarten. Auch Déby war 1990 gegen das vorher ebenfalls von den USA und Frankreich an die Macht gebrachte und gestützte, aber total abgewirtschaftete Habré-Regime an die Macht gebracht worden. Am 2.Mai 2006 hatte es in Paris bereits „Gespräche“ zwischen Frankreich und der FUC, einer der „Rebellenorganisationen“, gegeben, aber Frankreich hielt an Déby fest, da ihm die FUC zu sehr mit dem Sudan verbunden war. Nach dem Scheitern des von der FUC dominierten „Rebellenangriffs“ auf N'Djamena im April 2007 wurde auf libysches Betreiben eine Sondervereinbarung zwischen Déby und der FUC geschlossen, der FUC-Chef Nour zum Verteidigungsminister ernannt, aber kurz darauf wieder abgesetzt und eine Reihe von Repräsentanten der FUC eingesperrt. Mögliche Seitenwechsel müssen daher einkalkuliert werden.

Frankreich zögert im Moment, obwohl es nicht nur die wichtigste imperialistische Macht im Tschad und auch der Hauptbetreiber dieses imperialistischen „Eufor“-Feldzuges war und ist. Es werden logistische Probleme vorgeschoben, es gäbe zu wenig Transporthubschrauber. Hr.Darabos ist schon ganz ungeduldig. Er drängt Frankreich, endlich weiterzumachen und die imperialistische „Eufor“-Expedition in die Tat umzusetzen. Er kritisiert die – momentane und natürlich nur taktische – Zurückhaltung Frankreichs. Vielleicht versteht er wirklich nicht, welche Sorgen sich die französischen Imperialisten aufgrund ihrer Beurteilung der Lage in ih-

rem „Einflussgebiet“ machen, oder will es nicht verstehen. Vielleicht möchte er auch bloß nicht darüber reden, um „unsere Soldaten“ nicht schon zu verunsichern, bevor sie noch im Tschad abgesetzt werden. Wahrscheinlich ist er aber auch durch einen kurzsichtigen und primitiven Militarismus, den man sich in Österreich seit einigen Jahren endlich wieder erlauben kann, verblendet. Wahrscheinlich will er sich als wirklich „internationaler“ Partner der größeren Imperialisten profilieren. Vielleicht hat er auch Angst, dass ihm ein Konkurrent die Rolle als Juniorpartner des französischen Imperialismus – bemerkenswert, da Österreich bisher im wesentlichen nur im Kielwasser des deutschen Imperialismus gesegelt ist – wegschnappt. Wahrscheinlich hat ihm auch der Hr.Ruttensdorfer, Generaldirektor der ÖMV, gesagt, dass der Tschad-Einsatz wichtig sei. Sei es wie es sei. Aber damit nicht genug, wird der Mann auch gleich übermütig: Leider hätte Österreich keine wüstentauglichen Hubschrauber, jedenfalls nicht im Moment, man sei daher jetzt auf die französische Luftwaffe angewiesen, werde sich aber etwas für die Zukunft überlegen. So gab Darabos im Jänner bekannt, dass bis Mitte des Jahres einige Bundesheer-Hubschrauber und Transport-Flugzeuge wüstentauglich gemacht werden – um nicht nur für den Tschad, sondern in Zukunft auch für weitere Einsätze in Wüstengebieten gerüstet zu sein (!). Die Kernfrage ist natürlich: Worum geht es im Tschad eigentlich? Woher das seit ein paar Jahren steigende Interesse der „humanitären“ Bourgeoisöffentlichkeit? Flüchtlinge gibt es viele und vielerorts. Alle diese Massaker, Flüchtlingsströme usw. sind durch imperialistische Besetzung, durch Spaltung und gegenseitige Aufhetzung⁴, durch das Anzetteln von Massakern, Mi-

⁴ So steckte Frankreich z.B. hinter der Aufhetzung, Organisation und Bewaffnung der Hutu während der seinerzeitigen Massaker in Burundi, wobei auch die Ausbildung im „Nahkampf“ und logistische Lektionen à la „Wie organisiert man einen Völkermord?“ inbegriffen waren, während übrigens die USA die Tutzi aufrüsteten. Die Veröffentlichung von Dokumenten, die beweisen, dass französische Instrukteure Hutu-Milizen im Bauchaufschlitzen und Kehldruckschneiden, also in der Organisation von Massakern mit „einfachen Mitteln“, unterwiesen, hat in Frankreich 2006 einen Sturm von Entrüstung und Abscheu ausgelöst.

litärputschen etc. und durch sonstige Machinationen jeder Art erzeugt. Wo verschiedene Ethnien und Religionen über die Jahrhunderte friedlich zusammenlebten, gibt es seit der kolonialistischen Versklavung des Kontinentes, vor allem aber, seit der alte Kolonialismus vom heutigen Neokolonialismus abgelöst wurde, also

Protest-Erklärung gegen die Entsendung österreichischer Truppen in den Tschad vom 8.2.2008

Es ist unbedingt notwendig, gegen den Einsatz österreichischer Soldaten im Ausland öffentlich zu protestieren und ihren sofortigen Rückzug zu fordern. Denn in Tschad, wie zuvor auch an Balkan, redet das Kriegsministerium von rein humanitären Einsätzen zum Schutz der Zivilbevölkerung, der Flüchtlinge usw.

Tatsächlich haben die Bundesheereinsätze im Ausland immer politischen und wirtschaftlichen Gründe, auch wenn es angeblich nur um Erdbebenhilfe oder sonstige Katastrophenhilfe geht.

Für einen Kriegseinsatz in Afrika gilt das umso mehr.

Bisher haben sich die österreichischen Militärinterventionen, die Einmischung österreichischer Soldatenkompanien in die inneren Angelegenheiten anderer Völker besonders auf den Balkan konzentriert.

Dort hat der österreichische Imperialismus die größten Investitionen getätigt, von dort fließen auch die größten Profite an das österreichische Monopolkapital. In einigen dieser Länder, wie z.B. Bosnien, Kosovo, Bulgarien, Rumänien, ist Österreich sogar der wichtigste imperialistische Ausbeuter und kontrolliert dort weite Teile der Wirtschaft, insbesondere den Banken- und Energiesektor.

Der jetzige Kriegszug nach Zentralafrika bedeutet eine neue Qualität in der aggressiven Außenpolitik des österreichischen Imperialismus. Es geht nicht nur um die Ölfelder in dieser Region, sondern es geht für die Herrschenden auch um die Demonstration der weltweiten Einsatzfähigkeit und Stärke des österreichischen Imperialismus. Es geht um die Beteiligung Österreichs an der Neuaufteilung der Welt im Rahmen des erstarkenden EU-Imperialismus.

Je früher die Völker der Neokolonien am Balkan wie im Tschad und anderswo den imperialistischen Truppen auch bewaffnet entgegentreten (wie z.B. im Afghanistan), desto besser für den gemeinsamen Kampf für den Sturz des österreichischen Imperialismus, desto besser für die revolutionäre Bewegung auch in unserem Land.

Wir hoffen, dass möglichst bald die ersten toten österreichischen Soldaten im Leichensack aus Afrika zurückgeschickt werden, weil das wird auch die Bewusstseinsentwicklung in der österreichischen ArbeiterInnenklasse beschleunigen helfen.

**Tod dem österreichischen Imperialismus!
Sofortiger Truppenabzug aus dem Tschad
und vom Balkan!**

seit den 1950er Jahren, plötzlich „Stammesfehden“, „Religionskriege“ etc. Eigenartig ist natürlich, dass es – wie durch ein Wunder – Bürgerkriege, Flüchtlinge etc. vor allem dort gibt, wo es um Öl oder andere Rohstoffe geht und/oder Versorgungsrouten dafür verlaufen und/oder Militärstützpunkte für die Sicherung dieser Dinge notwendig sind. Wo das nicht zutrifft, können ein paar Millionen Menschen verrecken, ohne dass das hierzulande auch nur wahrgenommen würde.

Im Tschad konkret geht es um Öl. Seit 2004 ist Tschad ein Ölland. Die reichen Ölfelder des Sudan (im Darfour) setzen sich im Tschad fort. Über 200.000 Barrel werden bereits gefördert und exportiert, Tendenz massiv steigend. Im Sudan sind es 1,8 Millionen Barrel, Tendenz ebenfalls steigend. Ohnehin müssen Libyen, Zentralafrikanische Republik, Tschad und Sudan als ein miteinander verwobener politischer und Wirtschaftsraum betrachtet werden. Das afrikanische Öl enthält übrigens wenig Schwefel und ist daher leichter zu raffinieren. Der österreichische Imperialismus ist natürlich kein großer Spieler in Afrika. Daher auch die ÖMV nicht. Aber immerhin musste die ÖMV 2006 ein Explorations-Engagement im Sudan unter internationalem Druck aufgeben. Was liegt also näher, als einen neuen Versuch im Tschad und dann vielleicht aus dem Tschad heraus in Richtung Darfour, aber diesmal nicht im Alleingang, sondern mit der „internationalen Staatengemeinschaft“, zu starten?

Nehmen wir an, der Tschad-Einsatz der „EUFOR“ kann nicht doch noch verhindert werden. Sobald die ersten „Probleme“ auftreten werden, d.h. es die ersten Angriffe auf österreichische Interventionstruppen und die ersten Toten geben wird, wird mit Sicherheit Kritik aufblitzen, wahrscheinlich von

etlichen Parteikollegen des Hr. Darabos, den Grünen, der KPÖ und allen möglichen „Linken“ etc.: Man habe die „Sicherheits-situation“ falsch eingeschätzt oder sogar gelogen (womöglich sogar „das Parlament belogen“, unfassbar!) und „our boys“ unüberlegt ins Feuer geschickt. Die Imperialisten, sogar die USA, sind nämlich sehr tapfer beim Umbringen anderer Leute, vor allem von Zivilisten, aber sehr feige und wehleidig, wenn es sie selbst erwischt. Deshalb sind in den modernen Kriegen immer 90% oder mehr der Opfer Zivilisten. Wieso sollten ausgerechnet die österreichischen Bundesheerler anders sein? Andererseits zeugt das natürlich von einer Schwäche und bietet es die Chance, sie wieder zu verjagen, sobald sie die ersten militärischen Niederlagen erleiden.

Heute schon muss man diese Art von Kritik bloßstellen, die erst aufkommt, wenn man verliert und wenn es einem selbst an den Kragen geht. Sie ist nichts als Heuchelei. Es ist eine ebenso reaktionäre Position wie die der Kriegsbeifürworter. Es ist nur Schützenhilfe für letztere, aber noch feiger und niederträchtiger. Es geht nicht darum, ob man die „Sicherheits-situation“ richtig einschätzt. (Vielleicht glaubt der Hr. Darabos wirklich, was er sagt, aber für so blöd oder so schlecht informiert soll man ihn auch nicht von vornherein halten.) Es geht darum, dass der geplante Militäreinsatz bekämpft und möglichst verhindert wird. Darum geht es heute schon. Es geht nicht darum, dass er erst kritisiert wird, wenn er fehlschlägt. Schon gar nicht geht es darum, dass er kritisiert wird, wenn und weil er auch „österreichische Opfer“ fordert. Im Gegenteil, wenn er nicht verhindert werden kann, müssen die Besatzungstruppen, auch die österreichischen, bekämpft und möglichst vertrieben und vernichtet werden. Dass es dabei

Tote gibt, ist dann unvermeidlich. Ohnehin verwundert die große Anteilnahme am Risiko solcher imperialistischer Soldaten. Entsendet werden Berufssoldaten und „Zeitverpflichtete“, die sich freiwillig melden. Sie tun es für Geld, für ihre Militärkarriere und eventuell aus einem rassistischen „Herrenmenschentum“ heraus. Keinem von ihnen geht es um Humanität, Flüchtlinge oder Frieden. Man kann von ihnen verlangen, dass sie wissen, dass sie in ein Kriegsgebiet gehen und unweigerlich in Kriegshandlungen verwickelt werden. Zur Verteidigung eines reaktionären Terrorregimes. Mögen ihnen ihre Vorgesetzten und der Hr. Darabos sagen, was sie wollen, ein Blick in das Internet genügt, um das zu erkennen. Vielleicht tun sie das sogar, aber mutige Militärs und Klasse Burschen, wie sie es nun einmal sind, gehen sie trotzdem. (Das hindert sie übrigens – wie wir kürzlich bei den vier toten Deutschen in Afghanistan erlebt haben – nicht, beim ersten feindlichen Schuss darüber zu lamentieren, dass auf sie geschossen wird. Das fasziniert seit langem: Wieso ergreift jemand den Beruf eines imperialistischen Soldaten, meldet sich womöglich noch freiwillig für einen Kriegseinsatz und wundert sich dann, dass er sich im Krieg wiederfindet?) Also bitte kein unangebrachtes Mitleid mit Leuten, die sich bewusst und ohne Zwang als Werkzeug einer imperialistischen Expedition in den Tschad hergeben. Es ist so: Je früher diese Burschen Saures bekommen und es sie erwischt, desto besser. Würde gleich einmal ein Viertel oder die Hälfte der Truppe von den „Rebellen“ ausgeschaltet, würde den Herren Gusenbau-

er, Molterer, Darabos und Co. gleich einmal „die Schneid abgekauft“. Jeder „Erfolg“ bei der Intervention, pardon: der „Friedenssicherung“ und wegen Darfour und der armen Flüchtlinge und so und wegen der Terrorismusgefahr und dem Sudan und so und wegen der UNO und der EU und der „internationalen Staatengemeinschaft“ und so und überhaupt, wäre eine verhängnisvolle Ermutigung für weitere imperialistische Militärabenteuer. Jeder Misserfolg – wahrnehmbar und spürbar am deutlichsten an der Zahl der getöteten und verwundeten Soldaten – wäre eine begrüßenswerte Entmutigung. Im Tschad wie überall ist es so, dass jeder, der für die Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus, gegen imperialistische Interventionen, gegen die imperialistische Ausbeutung des Landes und für die Interessen des tschadischen Volkes ist, für die Niederlage der ausländischen Interventionisten und Besatzer sein muss. Und zwar wirklich, nicht nur platonisch. Und das heißt die physische Eliminierung dieser Truppen. Wenn man wirklich gegen den Imperialismus und gegen imperialistische Militärabenteuer ist, kommt man um eine klare Haltung in dieser Frage nicht herum.

Aber vielleicht kommt es – trotz der militaristischen Begeisterung eines Hr. Darabos – doch nicht zu dem Einsatz, weil andere, größere, mächtigere, erfahrenere Imperialisten sich momentan nicht drüber trauen. Oder weil sie sich wegen innerimperialistischer Widersprüche unsicher sind. Oder vielleicht auch, weil sich doch noch Widerstand in einigen imperialistischen Ländern entwickelt. Vielleicht sogar in Österreich?

In Österreich jedenfalls, für das die Tschad-Expedition ein weiterer Schritt in der „Globalisierung“ seines imperialistischen Auftretens ist, muss versucht werden, die „Eufor“-Mission zu verhindern, zu behindern oder – wenn das nicht gelingt – sie zum Scheitern zu bringen und in eine Niederlage zu verwandeln.

Keine „EUFOR“-Interventionstruppen oder sonstige imperialistische Truppen in den Tschad! Kein österreichisches Kontingent im Rahmen der „Eufor Tschad“!

Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad und aus der Zentralafrikanischen Republik!

Keine Militäraktionen in Darfour und generell im Sudan!



Imperialisten raus aus Afrika!

Die politische Krise in Pakistan

Angesichts der Ereignisse und der relativ starken medialen Präsenz Pakistans nach der Ermordung von Benazir Bhutto bringen wir diese Zusammenstellung über Pakistan.

Bei dem Bild, das uns vermittelt wird, wird so getan, als würde der hauptsächliche Kampf um „Demokratie oder Diktatur“ gehen, wobei Bhutto als Repräsentantin der sog. Demokratie hingestellt wird. Tatsächlich sind solche Figuren Teile des Systems und die Berichte der bürgerlichen Medien haben mit dem wirklichen Leben und den tatsächlichen Problemen und Kämpfen der großen Mehrheit der Bevölkerung in Pakistan nichts zu tun.

Am 7. Jänner 2008 wurde Benazir Bhutto, die Führerin der PFP, ermordet. Nach diesem Terroranschlag gab es großen Aufruhr und Demonstrationen in Pakistan, welche durch das Militärregime unter Pervez Musharraf blutig niedergemetzelt wurden. Ein Monat nach dem Terroranschlag hat der us-amerikanische Verteidigungsminister John Gates erklärt: „Falls Pakistan will, sind die USA bereit, im Kampf gegen den Terrorismus der pakistanischen Armee Hilfe zu leisten.“

Nach der Zuspitzung der politischen Krise in Pakistan sind die USA zum Schluss gekommen, dass Musharraf nicht im Stande ist, die Krise einzudämmen und die nötige Ruhe wieder herzustellen. Deswegen haben sie Benazir Bhutto, die seit Jahren in London im Exil war, samt anderen Lakaien wie Nawaz Sharif, im Oktober 2007 nach Pakistan geschickt, um im Rahmen einer neuen Machtverteilung zwischen Armee und zivilen Institutionen dem kommenden Regime Legitimität zu verschaffen und damit die Krise einzudämmen. Im Gegensatz zu den bürger-

lichen Medien, die versuchen, Benazir Bhutto als Volkstribunin und Verfechterin der Demokratie darzustellen, war sie während ihrer Amtszeit als Premierministerin eine der korruptesten Lakaien der Briten und US-Amerikaner. Während ihrer Amtszeit hat das Informations- und Sicherheitsministerium von Pakistan ganz eng mit Al-Khaida zusammengearbeitet und an der Etablierung des Taliban-Regimes mitgewirkt. Sie hat auch gleichzeitig eine große Rolle bei der Säuberung und Vernichtung der fortschrittlichen und sekulären radikalen Strömungen der pakistanischen Kräfte gespielt. Sie ließ diese einsperren, foltern und verschwinden.

Im Jahr 1990, als die islamischen Djihadisten in Afghanistan die Macht übernahmen, war Benazir Bhutto Premierministerin von Pakistan. Sie hat zum Aufbau der neuen islamischen fundamentalistischen Kräfte beigetragen, die sich vor allem aus Paschtunen, der Mehrheitsbevölkerung Afghanistans, zusammensetzen. Benazir Bhutto hat in einem Interview über die Entstehung der Taliban gesagt: „Der Gedanke stammte von den Briten, die Entscheidung haben die US-Amerikaner getroffen und das Geld haben Saudis zur Verfügung gestellt. Und ich habe dieses Projekt in die Tat umgesetzt.“ Mit Hilfe der pakistanischen Armee wurden von der CIA Flüchtlingslager und Islam-Schulen an der pakistanisch-afghanischen Grenze (Bezirk Vaziran) errichtet. Dort wurden die Taliban-Kämpfer ausgebildet und anschließend nach Afghanistan geschickt. Innerhalb kurzer Zeit wurden Ahmad Shah Masud (späterer Führer der sog. Nordallianz) und Rabbani von der Macht vertrieben und durch die Taliban ersetzt.

Pakistan erlebt wieder einmal schwere politische Turbulenzen. Während der letzten Wochen nahm die politische Krise tiefe Dimensionen an. Die Proklamation des Ausnahmezustandes und die einstweilige Außerkraftsetzung der Verfassung durch den General und Militärdiktator, Musharraf, konnte eine Fortsetzung und Ausdehnung der Streiks und Demonstrationen nicht verhindern.

Aber was ist eigentlich die Natur dieser Krise? Ist es eine revolutionäre Krise, die imstande ist, eine ernsthafte Veränderung im Lande herbeizuführen oder ist es bloß eine Regierungskrise, die schlussendlich durch einige Verbesserungen der Gesetze und bestehenden Institutionen und die Übertragung der Macht von einem Flügel der herrschenden Klasse auf den anderen innerhalb des bestehenden Systems gelöst oder eingedämmt werden wird?

Um diese Frage zu beantworten, wollen wir einen kurzen Blick in die Geschichte Pakistans werfen.

Der Staat Pakistan hat eine nur 60-jährige Geschichte und die politische Instabilität war immer ein besonderes Merkmal dieses Landes.

Im Laufe dieser kurzen Zeit war Pakistan mit vier Militärregierungen konfrontiert und mehr als die Hälfte dieser Jahre waren die Militärs an der Macht. Diese Tatsachen zeigen, dass die „Krise“ in Pakistan permanent akut war und ist.

Pakistan entwickelte sich historisch nicht aufgrund von gemeinsamer Nation, also Sprache, Tradition, historischem Vorleben und Wirtschaft, sondern die Grundlage des Staates basiert auf der Religion und den Konfessionen. Es ist dies jene Säule, die als spalterische, koloniale Politik Englands zum Schutz seines

kolonialen Erbes in Indien wirkte. Mohammed Ali Jinnah (praktisch der Staatsgründer, der behauptete: Moslems seien sauber, Hindi schmutzig, wählte daher den Namen Pakistan, was „Land der Sauberen“ bedeutet), der nach der Unabhängigkeit wegen seiner Dienste für Großbritannien an die Macht gekommen, und zum Generalgouverneur ernannt worden war, war der Führer der Moslem-Liga. Er behauptete immer, dass in Indien zwei Nationen leben und meinte damit Religionsgemeinschaften: Die Moslems und die Hindi.

Auf diese Art und Weise wurde der Staat Pakistan geschaffen, in dem mehrere nationale, ethnische und sprachliche Gruppierungen zusammengepfertcht lebten, deren einzige Gemeinsamkeit ihr Moslem-Sein war. Aber diese Gemeinsamkeit stand auf zu schwachen Beinen, dass im Rahmen von feudalistischen Verhältnissen eine Nation gebildet würde. Deswegen wurde parallel und gleichzeitig zur Unabhängigkeit die politische Krise geboren. Die Spannungen zwischen den Nationalitäten, Klassen, ethnischen und religiösen Gruppen um die Teilhabe an der wirtschaftlichen und der politischen Macht, sowie die Verankerung des Islam im Gesetz waren schon zu Beginn große Hindernisse für das konstitutionelle Parlament, eine Verfassung zu verabschieden, welche diese verschiedenen nationalen, ethnischen und sprachlichen Gruppen befriedigen konnte.

Daher löste Gholam Mohammad, der Generalgouverneur, das konstitutionelle Parlament auf. Erst im Jahre 1956 konnte das neue konstitutionelle Parlament eine Verfassung verabschieden. Aber auch dadurch wurde die politische Krise nicht gelindert, im Gegenteil, die nationalen und religiösen Spannungen nahmen noch zu.

Während sich der Kalte Krieg zwischen Ost- und Westblock ausdehnte, intensivierte sich auch die politische Krise in Pakistan. Die Bourgeoisie und Großgrundbesitzer waren mit dem Ausbruch von Bauernaufständen konfrontiert, deren Führung in der Hand kommunistischer und linker Strömungen lag, die nach dem Beispiel Chinas agierten.

Während der US-Imperialismus versuchte, Pakistan in einen anti-kommunistischen Block einzubinden, wurde die Entwicklung bürgerlicher (kapitalistischer) Verhältnisse in diesem Lande beschleunigt. Die Verwirklichung dieser beiden Vorhaben bedurfte der Eindämmung der politischen Krise durch einen Militärputsch, von dem sich die Machthaber in Pakistan auch ihre eigene Rettung versprachen. Die Aufgabe der Errichtung eines zentralistischen Staates, der dazu imstande sein sollte, wurde den bewaffneten Kräften der pakistanischen Armee unter Führung von General Ayub Khan überlassen, der im Jahr 1958 die Macht übernahm. Ayub Khan setzte die vorherige Verfassung außer Kraft und bewilligte eine neue Verfassung, die dem Militär größeres Gewicht verlieh. Durch diese Machtkonzentration wurden die Zentrifugalkräfte einstweilen eingedämmt und, wenn auch begrenzte, Wirtschafts- und Landreformen durchgeführt. Das führte zu einer Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse und vergrößerte die Rolle und das Gewicht der Arbeiter/innenklasse in Pakistan. Gleichzeitig vertieften sich Armut und Elend der breiten Volksmassen und auch die Unzufriedenheit vergrößerte sich. Dadurch entstand in Pakistan eine wirklich revolutionäre politische Krise. Die Arbeiter/innenklasse führte eine Welle breit angelegter und großer Streiks, die ca. acht Monate lang währten, durch. Auch große Bauern-

rebellionen brachen aus. General Ayub Khan war im Jahr 1969 unter dem Druck der Massenkämpfe gezwungen, zurückzutreten. An seine Stelle trat General Yahya Khan an. Bei den Wahlen 1970 gewann die separatistische Awami-Liga fast alle ostpakistanischen Wahlkreise und hatte damit im pakistanischen Parlament die absolute Mehrheit, was den General Yahya Khan veranlasste die Wahlen für ungültig zu erklären. Dieses Vorgehen führte zum Bürgerkrieg und zur anschließenden Abspaltung von Bangladesch (Ostpakistan). Es war nicht länger möglich, die Militärregierung aufrechtzuerhalten, denn die Fortsetzung dieser Situation hätte den Niedergang der herrschenden Klasse zur Folge haben können. Daher stand die Übertragung der Macht an die politischen Vertreter der Bourgeoisie an.

In dieser Auseinandersetzung spielte Zulfikar Ali Bhutto (der Vater von Benazir Bhutto) als Vertreter des demokratischen Flügels der Bourgeoisie die Hauptrolle. Er konnte durch die Gründung der Volkspartei und die Aufstellung von Forderungen, die er vor allem von linken Kräften übernommen hatte, (wie z.B. „Brot, Kleidung, Wohnung“, „Alle Macht dem Volk...“) die breiten Massen der Bevölkerung organisieren. Bei den ersten direkten, allgemeinen Wahlen nach der Unabhängigkeit im Jahr 1970 konnte er im westlichen Teil Pakistans die Mehrheit erringen.

Nun hatte die Volkspartei die Aufgabe, dieser neuerlichen Krise Herr zu werden. Bhutto hatte eine neue Verfassung bewilligt, die die bürgerlichen politischen Freiheiten garantieren sollte. Die föderative Regierung, die durch Ayub Khan weggeputscht worden war, wurde wieder hergestellt und eine Reihe von Reformen durchgeführt. Er veranlasste auch die Verstaatlichung vie-

ler wichtiger Produktionsstätten und sozialer Einrichtungen und schuf manche Vergünstigungen für das Volk. Während seiner Regierungszeit, 1971 - 1977, dehnten sich kapitalistische Verhältnisse weitgehend aus und die Arbeiter/innenklasse wuchs quantitativ, wie auch ihre politische Rolle und die der kommunistischen Strömungen an Gewicht gewann. Trotz der Maßnahmen blieben aber die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse erhalten und die internationale Politik der Ära des Kalten Krieges setzte dieser Regierung ein Ende. Die Amis wollten angesichts der politischen Entwicklungen in Afghanistan eine andere Politik einschlagen und setzten verstärkt auf religiöse Strömungen im Kampf gegen den Kommunismus, wofür sie die Errichtung einer Militärdiktatur wünschten.

Während der Wahl im Jahr 1977 erlitten die neun oppositionellen Parteien, an deren Spitze die islamische Gemeinde (Jamaat-e-Islami = Islamische Gemeinde) stand, die ein islamisches Regime forderten, eine Niederlage. Doch mit Unterstützung der Armee weigerten sie sich, das Wahlergebnis anzuerkennen. Die Koalitionsparteien entfachten an verschiedenen Orten Aufruhr und baten die Armee, die Macht zu übernehmen. General Zia ul-Haq (Licht Gottes), der selbst diesen islamischen Strömungen angehörte, entmachtete die Regierung Zulfikar Ali Bhutto. Nach der Errichtung eines Militärregimes wurden die linken und kommunistischen Kräfte verfolgt und unterdrückt und es wurde versucht, die islamische Ordnung und Prinzipien als Staatsgesetze einzuführen. Damit begann eine Lawine der finanziellen und militärischen Hilfe der USA für Pakistan. Pakistan wurde in ein Zentrum der Organisierung der afghanischen Islamisten und der is-

lamischen Fundamentalisten der anderen Länder im Kampf gegen die afghanische Regierung und die Sowjetunion umgewandelt. Die islamischen Strömungen und verschiedene anti-kommunistische, antilinke Gruppierungen verschiedener Schattierungen wurden hochgejubelt und unterstützt. Die materiellen Lebensgrundlagen der Volksmassen wurden indes immer schlechter, die Armut nahm immer breitere Dimensionen an und die Krise setzte sich fort.

Nach dem Tod Zia ul-Haqs im Jahre 1988 kamen Benazir Bhutto und Nawaz Sharif als Vertreter der Volkspartei und der Moslem-Liga jeweils abwechselnd an die Macht. Aber nach kurzer Zeit wurden sie wegen der Intensivierung der Krise und der Korruption des Regierungsapparates und vor allem wegen der Unzufriedenheit der Volksmassen wieder von der Macht vertrieben.

Schließlich riefen die Militärs unter Führung Musharrafs im Jahr 1999 eine Militärregierung aus, um wieder einmal mittels des Militärs, die Krise, die nun unlösbar schien, einzudämmen. Die Militärs sind in Pakistan nicht nur Teil des Staatsapparats, sondern auch ein wichtiger Teil der Kompradorenbourgeoisie, sie sind selbst Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Politisch gesehen ist die Armee eine Marionetten-Organisation des US-Imperialismus.

Aber Musharraff hatte, außer der militärischen Macht, kein anderes politisches Programm als Sharif. Seine wirtschaftliche Politik war die Fortsetzung der Privatisierung und damit die Verschärfung der Ausbeutung der Volksmassen und auf politischer Ebene die völlige Unterstützung der Islamisten. Auch dies bedeutete die Fortsetzung der Politik Nawaz Sharifs, aber mit geringeren Ambitionen. Musharrafs politische Unterstützer im Inneren waren ebenfalls die

Islamisten. Tatsache ist, dass die wirklichen Verbündeten von Musharraff, die sich nun als Hauptkraft in der Moslem-Liga-Partei und hinter den „Quaid-e-Azam“ (Großen Führern) organisierten, Teile jener moslemischen Strömungen sind, die zuvor offen hinter dem Regime Nawaz Sharif standen und organisiert waren.

Die große nationale Einheit und das Parlament der „Einheitsaktion“, die aus sechs religiösen Gruppierungen besteht und die Macht in den nord-westlichen Bundesländern, sowie in Belutschistan in der Hand hat, sind Verbündete von „Quaid-e-Azam“. Die übrigen Teile offene Befürworter von Musharraff.

Daher ist klar, dass Musharraff nichts tun kann außer die Fortsetzung und Vertiefung der bestehenden Krise abzuwarten. Ein Phänomen, mit welchem wir bis heute konfrontiert sind.

Alles, was wir in den Jahren nach der Unabhängigkeit Pakistans gesehen haben, ist im Grunde genommen jene Krise, die mit der Entstehung von Pakistan begonnen und sich seither weiter verschärft hat, sodass sie sich in eine Dauer-Krise umgewandelt hat. Die Verschiebung der Macht innerhalb der politischen und militärischen Vertreter der herrschenden Klassen in Pakistan konnte bis heute die Widersprüche in diesem Land nicht lösen und wird dies angesichts der Komplexität der Widersprüche auch weiterhin nicht können.

Während nun in Pakistan längst kapitalistische Verhältnisse herrschen und in manchen Gebieten diese Verhältnisse sogar weit fortgeschritten sind, gibt es in anderen Bundesländern und Gebieten noch Stammes- und Clan-Strukturen. Trotz der Herrschaft des Militärs war, wegen mancher Besonderheiten in Pakistan, der Aufbau

demokratischer (und gewerkschaftlicher) Strukturen und die Teilhabe und Nutzung durch die Bevölkerung relativ stark ausgeprägt, und das ist auf keinen Fall vergleichbar mit vielen andere Ländern im Mittleren Osten, wo es diese Möglichkeiten nie gab.

Trotzdem ist der politische Überbau dieses Landes tief mit mittelalterlichen Strukturen verschmolzen. Die Rolle der Religion und des Klerus innerhalb der Regierung, die Unterwerfung der Frauen innerhalb der Familie, die Herrschaft der Stammesführer und des Klerus in manchen Gebieten sind Anzeichen für noch vorhandene feudalistische Verhältnisse in Pakistan.

Das heutige Pakistan ist in Wahrheit ein Beispiel für ein Land, das ganz deutlich von der Zuspitzung der Widersprüche zwischen Armut und Reichtum geprägt ist. In diesem Land sind ungeheure Reichtümer in der Hand einer ganz dünnen Oberschicht der Bourgeoisie angehäuft. 80% der großen Industrie und Finanz- und sozialen Institutionen sind in der Hand der 23 bekannten pakistanischen Familien. 0,5% der Bevölkerung in Pakistan besitzt 37% der landwirtschaftlichen Fläche. Zugleich leben 50 Millionen Menschen der 165 Millionen Einwohner/innen des Landes von 2 Dollar pro Tag, unter der absoluten Armutsgrenze. Und das sind die offiziellen Angaben der Weltbank. Ungefähr die Hälfte der 50 Millionen sind Frauen und Kinder. Die Hälfte der Kinder, die das Schulalter erreichen, kann aus finanziellen Gründen die Schule nicht besuchen. Die Zahl der Werktätigen wird auf 48 Millionen geschätzt. 42% sind in der Landwirtschaft, 20% in der Industrie und 38% im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Im landwirtschaftlichen Bereich sind die aller ärmsten Teile der Bevölkerung zu finden. Die meisten

von ihnen, da sie nur auf die Landwirtschaft angewiesen sind, leben unter feudalistischen Verhältnissen, was zu Verschuldung führt und die Menschen zwingt, zusätzlich für die Grundherren in vorindustriellen Produktionsstätten zu arbeiten, welche der landwirtschaftlichen Produktion angeschlossen sind, wie z.B. Seifenerzeugung oder Tonbrennerei. Diese Zweige gehören ebenfalls dem Grundherren, sind ständig von Krise bedroht, ein nicht endender Kreislauf immer weiterer Verschuldung und in Wirklichkeit leibeigenschaftsähnlicher Verhältnisse. Auf den Baumwoll- und anderen Plantagen arbeiten hunderttausende Frauen und Mädchen für weniger als einen Dollar pro Tag.

Die Armut in Pakistan veranlasst die Menschen, ständig neue Schulden zu machen, ohne Möglichkeit, jemals zurückzahlen zu können, geschweige denn Möglichkeit der Bildung von Rücklagen oder ökonomischer Selbstständigkeit. Die Leute sind immer verschuldet und kommen nie in die Lage, selbstständig Entscheidungen für ihr Leben zu treffen. Sie können nie ihren Beruf wählen oder eine andere Alternative für ihr Leben suchen, da die Schulden, die sie zurückzahlen müssen, nie aufhören.

In manchen Teilen des Landes existieren sogar Privatgefängnisse, in denen die Arbeiter/innen ihre Schulden „abarbeiten“ können. Diese Menschen, die unter diesen Umständen ihre Schulden abarbeiten, werden auf ungefähr 10 Millionen geschätzt. Die für dieses Elend verantwortlichen Herren können die Schuldner kaufen oder verkaufen. Pro forma hat die Regierung zwar den Handel mit Menschen verboten, aber das Geschäft mit diesem Wirtschaftszweig funktioniert. Es gibt keine Kontrollorgane seitens der Regierung. Es gibt sogar Hinweise, dass die kor-

rupten Organe der Regierung mitverdienen und dieses System unterstützen. Am meisten sind von diesem System die Frauen betroffen.

Obwohl der Anteil der Frauen unter den Werktätigen auf 28% geschätzt wird, schaffen sie über 40% der Werte. Die Frauen verdienen für die gleiche Leistung weniger als 42% im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen. Die Kinder stellen auch einen wichtigen Teil der Arbeitskräfte in Pakistan dar. Sie werden am brutalsten missbraucht und ausgebeutet. Mehr als vier



Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahre arbeiten in Bereichen wie Landwirtschaft, Teppichknüpfereien, Seifenproduktionsstätten, Haushalt usw. und sie verdienen um die Hälfte weniger als die Frauen. In Pakistan gehört die Arbeitslosigkeit zum Alltag und die Zahl wird offiziell mit 7 Millionen angegeben. In Wahrheit kann diese Zahl doppelt so hoch geschätzt werden. Mehr als 3 bis 5 Millionen Pakistani arbeiten im Nahen Osten. In Pakistan sind Gewerkschaften offiziell zugelassen, aber die Regierung mischt sich immer wieder mit Verboten und Gesetzen ein und auch die religiösen Gruppen hintertreiben und verhindern die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Die Gesetze der Regierung begründen die Unterbindung ihrer Aktivitäten mit „Schutz zur essentiellen Aufrechterhaltung der Dienstleistungen“ und verhindern die Zusammenarbeit der breiten Bevölkerungsschichten. Die

diesbezüglichen Gesetze wurden in den 1950er und -60er Jahren erlassen und werden „nach Bedarf“ verschärft. Von diesen Gesetzen sind mehr als 75% der Beamten und Dienstleistenden im Staatssektor, Flughäfen, Häfen, Strom- und Wasserversorgung, Schulen und Krankenhäusern und Millionen von Arbeiter/innen im Landwirtschaftsbereich direkt betroffen.

Die staatlichen Repressalien verschärfen die chaotische soziale Lage, mit der jede Regierung des Landes konfrontiert ist, die sie aber nicht meistern kann. Die Folgen sind ständige Krisen, von denen alle Bevölkerungsteile direkt betroffen sind. Die Herrschenden versuchen, im Rahmen der bürgerlichen Möglichkeiten eine Lösung zu finden. Dazu kommen die religiösen Probleme. Selbstverständlich kann es keine Lösung geben, da die Arbeiter/innen und Werktätigen rechtlos und unterdrückt sind. Die Islamisten

versuchen, die verzweifelte Lage der Menschen für sich zu nutzen und die breite Schicht der Armen für sich zu gewinnen. Sie bekommen natürlich, wie überall auf der Welt, die Unterstützung der US-Imperialisten. Das alles macht die Lage noch komplizierter und aussichtsloser.

Dies alles zeigt, dass die Kapitalisten keine Lösungen bringen können, weil sie in Wirklichkeit selbst das Problem sind. Die einzige Lösung für diese Krise ist die Machtübernahme der Werktätigen, da das Regime wie Musharraf und dgl. keine Perspektive für die soziale und wirtschaftliche Krise in Pakistan anbieten können.

Zusammengestellt vom
Rat zur Verteidigung des
Kampfes der Völker im
Iran (Wien), Jänner 2008
1070, Stiftgasse 8,
shorayedefah@inode.at,

Die Wahrheit über die Kulturrevolution



Herausgeber: Marxistisch-Leninistisch-Maoistisches Kollektiv

„Die Wahrheit über die Kulturrevolution“

Übersetzung aus dem „Revolutionary Worker“, Organ der RCP, USA,
Nr. 1251, 29. August 2004

Herausgeber: Marxistisch-Leninistisch-Maoistisches Kollektiv

Kontakt: mlmkollektiv@yahoo.com

„Stoppt die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran“

Beiträge einer Podiumsdiskussion

Anfang Dezember 2007 fand in Wien eine Podiumsdiskussion statt, die vom „Aktionskomitee gegen den Angriff auf den Iran“ organisiert war. Teilnehmende Organisationen waren: AIK, Rat zur Verteidigung des Kampfes der Völker im Iran - Wien, Komak-ml, Komitee für Freiheit und Gleichheit im Iran - Wien, Liga der Sozialistischen Revolution.

Nach einem kurzen Film über die politische Situation im Iran wurden die Fragen „Wie groß ist die Kriegsgefahr wirklich?“, „Welche Haltung haben wir zum islamischen Regime im Iran?“ und „Was sind die Aufgaben der Antikriegsbewegung?“ durch Statements der Podiumsteilnehmer und Beiträge aus dem Publikum besprochen. Ziel war es, den im Juni 2007 von neun demokratischen, antiimperialistischen und kommunistischen Organisationen in Wien gemeinsam veröffentlichten Aufruf „Stoppt den imperialistischen Krieg gegen den Iran!“ (siehe PR 29) und die darin enthaltenen Positionen in einem öffentlichen Forum zur Diskussion zu stellen, um die Solidaritätsbewegung politisch und praktisch weiterzubringen.

Im Folgenden einige Auszüge aus den Redebeiträgen der Vertreter E. von IA.RKP (vormals komak-ml) und S. vom „Rat zur Verteidigung des Kampfes der Völker im Iran“ (Wien), die im Aktions-Komitee Iran mitarbeiten.

1. Frage: Wie groß ist die Kriegsgefahr gegen den Iran wirklich?

E: Ob ein Angriff auf den Iran heute unmittelbar bevorsteht, darüber möchte ich nicht spekulieren. Die Tatsachen sind bekannt, die US-Armee ist militärisch für einen Angriff ge-

rüstet und steht bereit. Es gibt allerdings gerade jetzt hektische Debatten unter den Herrschenden in den USA, ob gezielte Vernichtungsschläge aus der Luft oder ein Einmarsch besser für den US-amerikanischen Imperialismus seien.

Der Mittlere Osten ist nach dem Niedergang und Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion zu einem Pulverfass geworden, zu einem Brennpunkt des internationalen Wettrennens um die Neuaufteilung der Welt. Ganz offensichtlich geht es nicht nur um eine Konkurrenz zwischen EU und USA, sondern auch um die Einflusszonen Russlands oder auch der regionalen Hegemoniemacht Türkei.

Für die USA sind Afghanistan und Irak nicht die wichtigsten Gebiete in dieser Region. Schon vor etwa 10 Jahren haben wir darauf hingewiesen, dass der Zangenangriff der USA auf Afghanistan und Irak eigentlich den Iran zum Ziel hat. Aber die Entwicklung geht halt nicht immer so, wie sich eine imperialistische Großmacht das vorstellt – auch wenn es die derzeit größte ist.

Sowohl in Afghanistan als auch im Irak ist die Zangenbewegung der USA und ihrer Verbündeten stecken geblieben – sie haben den Volkswiderstand unterschätzt, sowohl in den betroffenen Ländern als auch im eigenen Land und weltweit. Für die imperialistischen Besatzer ist keine baldige Lösung in Sicht.

Noch vor zwei, drei Monaten hat es so ausgesehen, als ob der US-Imperialismus versuchte, mit der Eröffnung einer dritten Front im Iran seine Situation in der Region zu verbessern. Ende August, Anfang September wurde in

den US-amerikanischen Medien gegen angebliche iranische Quds-Einheiten und ihre Bombenangriffe im Irak gehetzt, Bush kündigte an, gegen die „mörderischen Aktivitäten Teherans“ vorzugehen, es wurde die Bedrohung des Mittleren Ostens durch einen „nuklearen Holocaust“ beschworen und ein Angriff auf den Iran als notwendiger Akt der „Selbstverteidigung“ der USA hingestellt. Nicht nur sogenannte Neokonservative wie Norman Podhoretz verkündeten, dass sich die USA am Vorabend eines „Vierten Weltkriegs“ gegen den „Islamofaschismus“ befänden, worauf Bush antwortete: „Wir werden diese Gefahr bekämpfen, bevor es zu spät ist.“ Auch liberale Aushängeschilder wie die „Washington Post“ griffen Mitte September den Direktor der Atombehörde IAEA El Baradai als „schurkischen Vermittler“ an, weil er es gewagt hatte, von einer „ungewöhnlich kooperativen“ Haltung des Iran in der Atomfrage zu sprechen, und damit den Kriegshetzern Wind aus den Segeln nahm. Übrigens berichtete die „New York Times“ (am 17.9.08) sofort über scharfe Proteste der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands gegen die „unverantwortliche Einmischung“ El Baradais in die imperialistischen Intrigen. Zur selben Zeit gab es eindeutige Berichte von Insidern, dass es „Anweisungen aus dem Büro des Vizepräsidenten für eine Kampagne zum Krieg gegen den Iran“ gebe; eine ganze Liste von wichtigen US-Massenmedien waren darin eingebunden, von Wall Street Journal bis Fox TV. Damit sollte eine Zustimmung von 35 bis 40% der Bevölkerung zum Krieg erreicht werden.

Seit über vier Jahren hatte die Bush-Regierung zusammen mit Blair an dem Plan „Operation Iranische Freiheit“ gearbeitet und im Sommer 2007 waren alle militärischen Vorbereitungen abgeschlossen. Auch der neue französische Außenminister Bernard Kouchner erklärte am 16. September 2007 zur Lage im Iran: „Wir müssen uns für das Schlimmste rüsten, und das Schlimmste ist Krieg.“ Er sagte nicht etwa, wir müssen „das Schlimmste verhindern“, sondern „wir müssen dafür rüsten“. Und dann ist nichts passiert?!

Die USA hatten nach dem Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion damit begonnen, die ganze Welt, Land für Land, zu erobern. Dabei sind sie mit einzelnen imperialistischen EU-Staaten zunehmend in Konflikt geraten. Auf der einen Seite ist der USA-Imperialismus gezwungen, nach absoluter Weltherrschaft zu streben, um seinen Vorsprung aufrecht zu erhalten, und damit die Wirtschaftsentwicklung des eigenen Landes. Auf der anderen Seite kann eine Überdehnung seiner Kräfte zu einem gewaltigen Rückschlag führen, sein weltweiter Einfluss eine empfindliche Niederlage erleiden, wenn er mit seinen Bemühungen in Zentralasien im Sumpf steckenbleibt.

Der Irak ist ein großes Schlammassel für die USA und die anderen Imperialisten. Ironischerweise hat der Einmarsch der USA und ihrer Verbündeten die Position des Iran gefestigt. Sowohl Saddam Hussein als auch die Taliban waren noch vor 15 Jahren Kreaturen des US-Imperialismus. Durch ihren Sturz wurde der Einfluss der schiitischen Gruppierun-

gen in der Region – und damit des Iran – gestärkt. Der Volkswiderstand nimmt zu und ein imperialistischer Sieg – wie immer der auch ausschauen könnte – ist in weiter Ferne.

In den USA gibt es die Kriegsgewinnler, vor allem die Öl- und Rüstungsindustrie, aber auch andere Teile des Finanzkapitals, die durch die Kriege der USA in Zentralasien Verluste erleiden und die Schwächung des US-Einflusses in Lateinamerika beklagen, dazu gehört z.B. die Nahrungsmittelindustrie. Es geht auch um Einflusszonen und Konkurrenz. Beim Überfall der USA und ihrer Verbündeten im Irak war z.B. der Einfluss des deutschen Imperialismus in der Türkei schon so stark, dass die US-Armee nicht von der Türkei aus den Norden des Irak angreifen konnte.

Das bedeutet nicht, dass wir unsere Aktivitäten gegen einen Angriff auf den Iran einstellen sollten, aber unserer Meinung ist derzeit die unmittelbare Gefahr einer Ausdehnung des Kriegs auf den Iran unwahrscheinlich.

S: In den USA hat schon seit langem eine neue Phase zur Rechtfertigung eines militärischen Angriffs auf den Iran, sowohl nach innen als auch auf internationaler Ebene, begonnen. Das Thema Iran und die damit verbundenen Drohungen der USA stehen konsequent an der Spitze der internationalen Nachrichten. Die USA betrachten den Iran als größte Bedrohung gegen ihre Sicherheit. Die amerikanische Militärkraft hat sowohl auf der See als auch an Land und in der Luft ihre Kriegsvorbereitungen beendet. Sie haben auch längst die Ziele für Raketenbombardements

bestimmt. Die gefürchteten paramilitärischen Gruppen wurden an verschiedenen Orten in den, den USA-hörigen Ländern der Region durch die Streitkräfte der USA und Israel organisiert und sind bereit, im Falle des Kriegsbeginns Angst und Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten und ihre Verbrechen in die Tat umzusetzen. Viele stellen die Frage, ob die USA dieses Mal ihre Drohungen wahr machen und einen Angriff auf den Iran beginnen werden.

„Aus Sicht der Bush-Administration genügen nur 30% der öffentlichen Meinung der USA für den Beginn eines Krieges gegen den Iran.“ (Simon Hersh, „New York Post“, 8. Oktober 2007): Das Büro von Dick Cheney hat an den Generalstab der US-Streitkräfte den Befehl gegeben, den Plan eines eventuellen Angriffs gegen den Iran festzulegen. Dieser Journalist schreibt weiter, dass ... in den neuen militärischen Plänen steht, dass anstatt eines Flächenbombardements (wie z.B. beim Irak) von einer chirurgischen Operation gegen die Wächterarmee die Rede ist. Das ist auch unter anderem eine der Maßnahmen der amerikanischen Regierung, um diese fürchterlichen Verbrechen als „humanitäre Akte“ darzustellen.

Der Angriffsplan der USA liegt seit ein paar Jahren auf dem Tisch des Weißen Hauses. Der ins Stocken geratene Krieg der USA in Afghanistan und im Irak hat die jetzigen Führer der USA in eine schwierige Lage für den Beginn eines neuen Krieges im Mittleren Osten versetzt.

Die europäischen imperialistischen Mächte sind bis zu einem bestimmten Grad gegen diesen Krieg, und Russland ist

anscheinend auch dagegen. Innerhalb der amerikanischen Administration gibt es ernsten Widerstand gegen den Krieg. Diese Widerstände gehen so weit, dass neuerlich eine Reihe hochrangiger Offiziere der amerikanischen Streitkräfte dazu aufgefordert hat, gemäß den internationalen Nürnberger Gesetzen einen Angriffsbefehl gegen den Iran zu verweigern.

Die USA sind sich dieser unangenehmen Situation wohl bewusst. Aber sie sind gezwungen, den Mittleren Osten auf einer neuen Basis zu rekonstruieren und als Sprungbrett für die Befestigung ihrer Weltherrschaft zu benutzen. Die Herrschaft über den Mittleren Osten ist für die Funktionsfähigkeit ihres kapitalistisch-imperialistischen Systems von essenzieller Bedeutung.

Die kurzfristigen Ziele des Krieges im Mittleren Osten waren: die Vernichtung des sog. „islamischen Fundamentalismus“; die Befestigung der amerikanischen Armee irgendwo im Irak als „demokratische Kaserne“ der USA im Mittleren Osten und der Regimewechsel im Iran (d.h. unbestreitbarer Einfluss im Iran).

Die langfristigen Ziele waren: die Befestigung der amerikanischen Weltherrschaft, und von da aus eine grundsätzliche Restrukturierung innerhalb des kapitalistisch-imperialistischen Systems, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht.

Das Erreichen dieser Ziele war Voraussetzung dafür, dass die USA im Mittleren Osten Fuß fassen konnten, um ihre Hegemonie auf den gesamten größeren Bereich des Mittleren und auch Fernen Ostens ausdehnen können (China kontrollieren, Russland ein-

dämmen). Sowie dadurch die wirtschaftliche Ader der Europäischen Union in die Hand zu bekommen.

Gleichzeitig wollten die USA mit diesem Krieg wesentliche Veränderungen in der amerikanischen Verfassung und politischen Struktur der USA durchziehen, um damit die schwachen Glieder die jeden Moment zu einem Bürgerkrieg führen können, zu unterbinden.

Durch diese Kriege wurden die Ziele der USA nicht erfüllt, sondern im Gegenteil hat er dazu geführt, dass

1) die islamischen Bewegungen, die nach unserer Meinung gesellschaftlich keine fortschrittliche Funktion haben und auch keine revolutionären Perspektive anbieten können, gestärkt wurden und auch in Westeuropa und Amerika innerhalb der Immigrant/innen (bei den arabischen, pakistanischen, bengalischen und afrikanischen Gemeinden) noch größeren Zulauf bekommen haben.

2) Der USA ist es gelungen, drei wichtige Stützpunkte im Irak aufzubauen. Diese drei Stützpunkte sind die modernsten und sichersten militärischen Stützpunkte außerhalb der USA. Die Existenz dieser Stützpunkte macht die NATO-Stützpunkte in der Türkei oder eigene Stützpunkte in Saudi-Arabien überflüssig. Trotzdem ist der Irak ein Albtraum für die USA geworden.

3) Der Niedergang der islamischen Republik Iran wurde trotz der Unzufriedenheit der Bevölkerung, des Anwachsens und der Radikalisierung der revolutionären Bewegung verzögert, weil andere imperialistische Mächte auch versuchen,

ihren Einfluss wahrzunehmen, indem sie das Regime der islamischen Republik unterstützen. Im Gegensatz zum Irak haben die proimperialistischen Kräfte, trotz ihrer größeren Propagandamöglichkeiten und Medien keine ernstzunehmende Basis und Verankerung innerhalb der Bevölkerung im Iran.

4) Die USA spüren jeden Tag stärker die Konkurrenz der anderen Mächte.

5) Der Regierung Bush ist es gelungen, manche faschistischen Gesetze im Lande durchzusetzen. Aber die Unzufriedenheit der US-Amerikaner mit Krieg und Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten nimmt zu und vertieft auch die Widersprüche innerhalb der amerikanischen Administration.

6) Zusätzlich ist zu sagen, dass die inneramerikanische Wirtschaft auf schwere Hindernisse stößt und sogar Alan Greenspan, der Direktor des Finanzministeriums der USA, seinem neu veröffentlichten Buch den Namen: „Die Epoche der Rebellion“ gegeben hat. Die akkumulierten Schulden der US-Regierung hat die Grenze von 5,5 Billionen Dollar erreicht. (Jede Billion ist 1000 Milliarden Dollar.) Manche Analytiker bewerten diese Situation als Grund für den Beginn eines Krieges gegen Iran.

2. Frage: Welche Haltung haben wir zum islamischen Regime im Iran?

S: Ahmadinedjad und seine Kumpanen wollen in der Manner Saddams Hussein den Menschen weismachen, dass die Feinde dem Iran völlig ratlos gegenüberstünden und dem Land gar keinen Schaden zufügen könnten. Er behauptet weiter, ihre Drohungen seien Ausdruck ihrer Angst (Zitat aus der Tageszeitung „Etemad“, September 2007).

Was ist aber die Wahrheit hinter diesem leeren Gerede? Erstens haben diese Reaktionäre keine optimale Wahlmöglichkeit. Die kämpferische Auseinandersetzung der Arbeiter/innen und Werktätigen und die fortschrittliche und revolutionäre Intelligenz des Landes verschärft sowohl die Widersprüche zwischen der Bevölkerung und dem Regime als auch innerhalb des Regimes selbst. Auf der anderen Seite käme es einem Selbstmord gleich, wenn sie sich vor den amerikanischen Forderungen zurückziehen würden. Das Aufplustern von Teilen des Regimes basiert auf der utopischen Analyse, dass Russland der islamischen Republik Iran beistehen würde. Andererseits sehen Teile des herrschenden Regimes im Iran den Beginn eines Krieges als einen Ausweg für sich selbst, um den inneren Problemen, die dem Regime drohen, im Sinne ihres Machterhalts entgegenzutreten zu können. Unter dem Druck der inneren und äußeren Situation versuchen die verschiedenen Flügel des Regimes, sich gegenseitig zu bekämpfen und ihre Macht zu befestigen. Die Streitereien innerhalb des Regimes sind soweit zugespitzt, dass Ahmadinedjad sich beklagt: „Manche von uns sagen sogar den Amis, dass die USA den Druck auf uns verstärken soll.“

Manche Teile des Regimes, wie z.B. der Ahmadinedjad-Flügel, sehen einen militärischen Angriff der USA als Chance zur Lösung der inneren Probleme. Wie während des achtjährigen Iran-Irak-Krieges. Und manche, wie z.B. Rafsandjani sehen diesen Angriff als Katalysator für einen militärischen Putsch oder eine sog. „seidene“ Revolution.

Diese Streitereien sind der politische Ausdruck der innerimperialistischen Widersprüche, die durch die herrschende Klasse der Kompradoren-Bourgeoisie des Iran reflektiert werden und die mit den Interessen des Volkes nicht das Geringste zu tun haben.

Die Zeitung „Guardian“, Londoner Ausgabe, beschreibt die Zukunft der Auseinandersetzung zwischen USA und Iran unter dem Titel: „Der große Angriff oder der große Kompromiss“ folgendermaßen: „Es ist klar, dass die führenden Kräfte der islamischen Republik keine Mühe scheuen, um einen Kompromiss mit den USA zu finden. Ohne Zweifel sucht auch die Regierung Bush einen Kompromiss mit den mächtigen Zirkeln innerhalb des islamischen Regimes. Genauso wie vor 29 Jahren, als man Khomeini und seine Clique in Guadeloupe als Alternative zum Schah-Regime installierte und an die Macht gehievt hat.

Zusätzlich haben die Erfahrungen des Irak-Krieges gezeigt, dass das Zusammenbasteln eines ganz neuen Herrschaftsapparates, der aus reaktionärer Clique, Sicherheits- und militärischem Apparat besteht, keine leichte Unternehmung ist.“ Daher streben die US-Imperialisten im Falle eines Regimewechsels keine völlige Zerstörung der Staatsmaschinerie an.

Sowohl objektive - wirtschaftliche und politische Abhängigkeit des Regimes - als auch subjektive Faktoren - das Anwachsen der sozialistischen und kommunistischen Elemente im Iran - zwingen das Regime zum Kompromiss, um den Krieg abzuwenden und am Leben zu bleiben.

Das Regime der islamischen Republik im Iran ist seit seinem Bestehen, verdeckt oder offen, durch brutale wirtschaftliche und politische Repression und Unterdrückung gegen das Volk gekennzeichnet.

Verfolgung, Verhaftung, Gefängnis, Folter sowie Hinrichtungen und Steinigungen sind Symbole dieses reaktionären Regimes.

Unter diesem Regime, das antiimperialistische Ansprüche erhebt, geht die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle im Dienste des Monopolkapitals unvermindert weiter. Viele heimische Produktionsstätten wie Tee-, Zucker- und Reisanbau und die Industrie werden wegen Konkurrenzunfähigkeit entweder stillgelegt oder verkauft. Gleichzeitig wird der Import derselben Produkte um 77% gesteigert. Die Folge dieser Politik ist: höhere Inflation um 35%, Teuerung und Arbeitslosigkeit und Armut der werktätigen Menschen. Dies verschärft weiter den gesellschaftlichen Antagonismus und führt zu Widerstand und Kämpfen. Die massiven Proteste gegen Treibstoffrationalisierung und Benzinpreiserhöhungen sowie die Streiks, Protestdemonstrationen und Fabriksbesetzungen und -versammlungen der Teefabriken im Nordiran, Bundesland Gilan, Rohzuckerfabriken in Haft Tapeh im Bundesland Schuschi sind Musterbeispiele des sozialen Widerstands, die landesweit das Regime in Frage stellen und es bekämpfen, wobei es in vielen Fällen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Polizeiapparat kommt. Diese Tatsachen zeigen, dass das Regime im Iran eng an das imperialistische System gebunden ist und sein Handlungsradius innerhalb der Bedürfnisse dieses Systems begrenzt ist.

Das Schicksal der politischen Macht im Iran - Krieg oder Kompromiss - hängt davon ab, wie die innerimperialistischen Widersprüche bezüglich der Neugestaltung des Nahen und Mittleren Ostens gelöst werden.

E: Sollen wir das Regime der Islamischen Republik Iran verteidigen? Nein! Für uns ist Krieg keine Frage der Moral. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das Regime ist auf der einen Seite durch den US-Imperialismus bedroht, andererseits nutzt es die Kriegsdrohungen der US-Imperialisten – oder auch der französischen Imperialisten – zur noch brutaleren Unterdrückung des Volkswiderstands im eigenen Land und zur Verlängerung seiner Herrschaft. Uns geht es darum, den durch und durch reaktionären, faschistischen Charakter des Regimes der Islamischen Republik Iran aufzuzeigen und die Solidarität mit dem volksdemokratischen und revolutionären Widerstand der Werktätigen im Iran zu entwickeln.

Das iranische Regime möchte das Volk in eine Art Geiselhaft nehmen, und bestimmte Kräfte übernehmen eins zu eins diese reaktionäre Haltung: „Wer gegen den US-Imperialismus ist, muss für den Islam sein!“ Tatsächlich sind die islamischen Gesetze Würgeeißen gegen die Volksbewegung, gegen die Freiheitsbestrebungen der Arbeiter/innen, der Frauen und aller Minderheiten, seien es religiöse, sexuelle oder nationale Minderheiten. Im Fall eines Angriffs eines imperialistischen Landes auf ein neokoloniales, abhängiges Land treten wir entschieden und unbedingt gegen diesen Angriff auf. Wir werden nie

sagen: Das ist ein auf beiden Seiten ungerechter Krieg, weil im Iran ein klerikalfaschistisches Regime an der Macht ist. Ja, das iranische Regime ist ein Marionettenregime verschiedener Imperialisten, und die USA wollen den Einfluss konkurrierender Imperialisten in dieser Region zurückdrängen. Deswegen wird aus dem islamischen Mullahregime nie eine fortschrittliche Kraft im internationalen revolutionären Prozess werden. Nur eine volksdemokratische Ordnung im Iran kann die Kräfte der Arbeiter/innenklasse und des Volkes entfalten. Nur über den Sturz des Regimes kann es im Iran Fortschritte geben. Die revolutionären Kräfte im Iran werden wissen, wie sie einen möglichen imperialistischen Militärschlag für einen revolutionären Aufstand nutzen können. Aber ein geplanter Sturz des derzeitigen Regimes durch den US-Imperialismus ist nichts als eine Auswechslung der Marionetten und das kann nur zu einer verstärkten Unterdrückung der Arbeiter/innenklasse und Volksmassen im Iran durch die neue Marionettenregierung führen – so wie wir es im Irak, in Afghanistan beobachten können.

3. Frage: Was kann die Antikriegsbewegung tun?

E: Im Zusammenhang mit dem Krieg in Irak und Afghanistan und der steigenden Kriegsgefahr in weiteren Ländern West- und Mittelasiens verschärfen sich die Widersprüche zwischen einigen EU-Imperialisten, darunter Österreich und Deutschland, und dem US-Imperialismus.

Es geht darum, klarzustellen, dass jede Einmischung des österreichischen Imperialismus oder von EU-Imperialisten im

Iran jedenfalls reaktionäre Ziele verfolgt, auch wenn es Differenzen zu den USA gibt.

Das Hauptproblem ist nicht, dass die EU ein Anhängsel des US-Imperialismus ist, sondern dass sie alles in ihrem eigenen imperialistischen Interesse möglichst gut ausnützen (entsprechend ihrem Kräfteverhältnis). Auch z.B. wenn Deutschland und Österreich sich nicht direkt am Angriff und der Besetzung des Irak beteiligt haben.

Deshalb geht es in der Antikriegsbewegung einmal darum, die engen wirtschaftlichen und diplomatischen Verbindungen des österreichischen Imperialismus mit dem iranischen Mullahregime aufzuzeigen. Abgesehen von der Türkei ist der Iran einer der wichtigsten asiatischen Außenhandelspartner Österreichs (nur Arabien liegt in der Statistik noch knapp davor). Die Import- und Exportzahlen schwanken relativ stark, 2005 haben z.B. die Öleinfuhren stark zugenommen, aber auch die Einfuhr von Fertigwaren und Lebensmitteln nimmt seit mehreren Jahren deutlich zu. Der größte Teil der Exporte Österreichs in den Iran (im Umfang von ca. 400 Mill. Euro jährlich) fällt in die Rubrik „Maschinenbau-erzeugnisse und Fahrzeuge“.

Diese enge wirtschaftliche Verbindung des österreichischen Imperialismus mit dem Iran muss deutlich gemacht werden. Es geht den Herrschenden nicht um Humanität oder Ähnliches, sondern um Sicherung der Profite – sowohl im imperialistischen Frieden als auch im imperialistischen Krieg.

Die Antikriegsbewegung muss den volksdemokratischen und revolutionären Widerstand

der Werktätigen im Iran unterstützen. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dem Kampf gegen den Krieg eine fortschrittliche und revolutionäre Perspektive zu geben. Ansonsten werden wir zum Anhängsel und Spielball des österreichischen Imperialismus und seiner Politik des Lavierens.

Im Rahmen der Antikriegsbewegung ist es die Aufgabe von österreichischen revolutionären Kommunist/innen, mit revolutionären iranischen Kräften in Österreich und Europa zusammenzuarbeiten. Insbesondere müssen wir ihre Aktivitäten für die Entwicklung des iranischen Volkswiderstands und für den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei unterstützen.

Wir bekämpfen die deutlich zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Schon seit 2005 wird Deutschland am Hindukusch verteidigt; ab 2008 wird jetzt die österreichische Neutralität im Tschad verteidigt. Die Gewinner sind unter anderem die Öl- und Rüstungsindustrie – in Österreich wie in den USA.

Der Imperialismus treibt zum Krieg. Die USA-Imperialisten werden von der kapitalistischen Krise in den Krieg getrieben und die Bush-Regierung ist das ausführende Organ. Das ist keine Dummheit oder Boshaftigkeit, das ist einer der wenigen Auswege,

um die Profite der Konzerne zu erhöhen.

Wir müssen weltweit gegen den imperialistischen Krieg mobilisieren. Wir müssen den Imperialismus angreifen, der immer wieder Kriege hervorbringt. Aber wir müssen in Österreich vor allem die imperialistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie aufs Korn nehmen. Auch wenn sie sich taktisch aus einem Krieg heraushält, um in der Nachkriegszeit mehr für sich herauszuholen. Unser Ziel ist der Sturz der Bourgeoisie, und wir sagen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

S: Es ist die unmittelbare Aufgabe der Antikriegsbewegung ab jetzt, verstärkt gegen einen eventuellen Krieg aufzutreten und dessen imperialistisches Wesen und Ziele konsequent zu entlarven. Wir dürfen aber nicht auf einer pazifistischen Ebene stehen bleiben. Wir sind als Kommunisten und Revolutionäre verpflichtet, die Frage des Kampfes gegen den Krieg immer mit der Frage der Revolution zu verbinden. Die Antikriegsbewegung muss sich endlich dessen bewusst werden, dass der Kampf gegen imperialistische Kriege ohne die ideologische und politische Abgrenzung von reaktionären Kräften wie dem Regime der Islamischen Republik Iran und dergleichen, die sich „antiimperialistisch“ geben, aber gleichzeitig die eigene Bevölkerung im Dienst der

Profitmaximierung des Monopolkapitals unterdrücken und sie verstärkt ausbeuten lässt, nicht zielführend ist.

Daher gilt unsere Unterstützung allein den demokratischen, fortschrittlichen und kommunistischen Bewegungen. Die Mehrheit der iranischen Bevölkerung ist gegen den Krieg und jegliches wirtschaftliche und politische Embargo und Boykott. Die Beispiele von Afghanistan und Irak haben wieder einmal gezeigt, wohin die imperialistische Demokratie und Freiheit und Sanktionen führen.

Die Lakaien werden ausgewechselt oder sogar hingerichtet, aber das System der Unterjochung, Unterdrückung und Ausbeutung bleibt mit neuen Lakaien erhalten.

Die Aufgabe der revolutionären und kommunistischen Kräfte ist es, gestützt auf die sozialen Bewegungen, deren Schwerpunkt die Arbeiter/innenbewegung ist, den Krieg zu bekämpfen und die Revolution voranzutreiben.

Wahrer Friede, Souveränität und territoriale Integrität können nur auf den Trümmern der imperialistischen Herrschaft realisiert werden.

**Nieder mit dem imperialistischen Krieg!
Vorwärts zum Aufbau einer revolutionären Antikriegsbewegung!
Hoch die internationale Solidarität!**

Humanitäre Hilfsaktionen:

Hilfe oder Knebelung?

Für nur wenige Euro können wir ein afrikanisches Kind dem Hungertod entreißen oder einem Armen in der Dritten Welt das Augenlicht zurückgeben, dieses Bild wird uns täglich mithilfe teurer Plakataktionen und Werbeinschaltungen suggeriert. Milliarden, requiriert aus öffentlichen Mitteln und privaten Spendengeldern, werden von Hilfsorganisationen in der ganzen Welt für wohltätige Operationen verteilt. Und es vergeht kaum ein Jahr, in dem kein „Dritte-Welt“-Land, vor allem in Afrika, mit Nahrungsmittelknappheit konfrontiert ist.

Weltweit leiden zwischen 800 Millionen bis zu einer Milliarde Menschen unter chronischer Unterernährung, 25.000 Menschen sterben täglich an Hunger und seinen Auswirkungen. Wenn wieder eine Katastrophe ausbricht, werden wir mit Spendenaufrufen bombardiert, und Tausende folgen diesen Aufrufen. Die Situation wird präsentiert, als ob es für die Notleidenden keine andere Lösung gäbe, als auf die Hilfe aus den reichen Ländern zu warten. Dabei werden aber weder die Ursachen für die Katastrophe erwähnt, noch wer für die immer wiederkehrenden Hungersnöte und Naturkatastrophen die Verantwortung trägt. Doch was sind die wahren Hintergründe und die Auswirkungen dieser Hilfsprogramme?

Die Hilfsorganisation CARE

Im August 2006 erregte CARE, eine der größten und bekanntesten Hilfsorganisation der USA, großes Aufsehen, als sie verkündete, dass sie jährlich 45 Millionen Dollar von der US-Regierung zurückweise. Die Begründung lautete: Die Regierungsgelder würden den Hunger in den Ziellän-

dern eher verursachen, als ihn zu reduzieren. Diese Ankündigung hat eine große Diskussion entfacht über Formen und Ziele der Hilfslieferungen, die von den USA und anderen westlichen Ländern in die Länder der „Dritten-Welt“ wandern, und über die Rolle, die Hilfsorganisationen dabei spielen. Der Hintergrund für diesen Paradigmenwechsel wurde im „White Paper on Food Aid Policy“ (www.care.org) verdeutlicht. Dieses „White Paper“ weist daraufhin, dass beinahe die gesamten Hilfsprogramme der Welt gebunden sind - in anderen Worten, das gespendete Geld müsse verwendet werden, um die Nahrungsmittel im Geberland zu kaufen. Das bedeutet nicht weniger, als dass die Nahrungsmittelhilfe vom Bedürfnis des Geberlandes, seine Überschüsse zu exportieren, gesteuert wird, und nicht von den tatsächlichen Bedürfnissen der Empfängerländer. Wenn diese Nahrungsmittel im Zielland verteilt werden, können sie lokale Bauern in den Ruin treiben. Auf diese Weise verstärken die Hilfslieferungen den Hunger, statt ihn zu stillen.

Noch dazu, kritisiert CARE, würden von der US-Regierung Nahrungsmittelüberschüsse aufgekauft, die stark subventioniert wurden. Dann würden diese Produkte Hilfsorganisationen übergeben, damit sie in Afrika und anderen Ländern verkauft werden. Vor allem seit das System der Agrarsubventionierung unter die Kritik der EU geraten ist, versuche die US-Regierung die Subventionsbeschränkungen mit Hilfe der Hilfsorganisationen zu unterlaufen. Per Gesetz sei außerdem vorgeschrieben, dass der Transport von US-Firmen durchgeführt werden muss, dass heißt, dass ein großer Teil der Spenden vom Transport aufgefressen

wird. „Weder die Bush-Administration noch die Mitglieder des Kongresses erwarten, dass diese Praxis rückgängig gemacht wird, die bereits mehr als ein Jahrzehnt im Gange ist. Das haben sowohl der mächtige Block der Farmer, als auch die Hilfsorganisationen selbst verhindert“, so beschrieb der ehemalige Präsident Jimmy Carter die Situation (International Herald Tribune, 14. August 2007).

Doch das Problem ist substantieller, als CARE und andere zugeben wollen. CARE wusste sicher schon lange, bevor sie ihre Kritik äußerte, über die verheerenden Auswirkungen dieser Politik Bescheid. Auch nach Erscheinen ihres „White Paper“ führte sie diese Praktik weiter, laut ihrer Ankündigung ist auch nicht geplant, diese vor September 2009 zu beenden. Offenbar ist es das vorrangige Ziel der Organisation, lediglich bei den Transportkosten zu sparen, um auf diese Weise mehr Geld für den Ankauf von Hilfsgütern zur Verfügung zu haben. Ohne Frage würde die Hilfsorganisation die Hilfe der US-Regierung lieber in Geld und nicht in Naturalien erhalten, um die Nahrungsmittel Vorort kaufen zu können. Doch, wie das Weiße Haus argumentiert, könne diese Praxis zu unterschiedlichen Resultaten führen, je nachdem, Teil welcher Politik sie wäre, und könne so mehr Schaden anrichten als nützen. Noch mehr trifft die Hilfsorganisation aber der Verlust ihrer Glaubwürdigkeit, die auch von eigenen Angestellten und Freiwilligen immer öfter in Frage gestellt wird - vor allem nach den wütenden Angriffen von Jugendlichen auf das CARE Büro in Kabul. Doch welche Form diese Hilfe auch annehmen würde, die Resultate blieben dieselben - nämlich die Verfolgung der

Kontakt zu Talk Together: Postfach 28, 5033 Salzburg
 e-mail: Talk_Together@gmx.at, www.talktogether.org

ökonomischen, politischen und strategischen Ziele der USA und der anderen Großmächte in den Ländern der „Dritten Welt“. Ob die Nahrungsmittelprogramme das Ziel haben, der Bevölkerung zu schaden oder ihr zu helfen, sei dahingestellt, in keinem der Fälle sind sie jedoch dazu geeignet, die Abhängigkeit des größten Teils der Menschheit zu überwinden, sondern stellen nur eine andere Form der imperialistischen Politik dar.

Es ist aber nicht genug, die Hilfspolitik allein deshalb zu kritisieren, weil sie nicht effizient genug ist und die Interessen der Konzerne in den Vordergrund stellt. Manche Menschen denken vielleicht, auch wenn ein paar Bauern in den Ruin getrieben würden, so könne doch die Bevölkerung vor dem Hungertod gerettet werden. Doch wenn die Bauern ihre Fähigkeit verlieren, Nahrungsmittel

zu produzieren und damit die Bevölkerung zu ernähren, werden ihre Länder noch abhängiger von Hilfslieferungen. Das unmittelbare Resultat sind weitere Hungersnöte, weil ihre Länder immer enger an den Weltmarkt gebunden werden. In einem an die G8-Führer gerichteten Brief schreibt der ehemalige Präsident von Ghana Jerry Rawlings: „In Ghana zum Beispiel werden Textilfabriken geschlossen, Hühnerzuchtbetriebe sind in Bedrängnis und unsere Bauern können nicht mit den billigen Importen konkurrieren. Tausende verlieren ertragreiche Einkommensmöglichkeiten.“ (The Guardian, 14. Juli 2005).

Ob diese Importe in Form von Hilfslieferungen oder in Form von Billigimporten ins Land kommen, macht aber letztendlich nicht viel Unterschied, weil die Auswirkungen dieselben sind, nämlich die sich immer verstärkende Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten.

Es ist nicht schwierig zu erkennen, dass so genannte humanitäre Hilfe und politische Interessen eng verknüpft sind. In manchen Fällen stehen kurzfristige politische Interessen im Vordergrund, in anderen langfristige ökonomische Ziele. Während der Zeit des „Kalten Krieges“ spiegelten Investitionen und Entwicklungshilfe die Allianzen mit und die Rivalitäten zwischen den Supermächten wider. So bezahlte die US-Regierung der Universität von Nebraska 51 Millionen Dollar für die Entwicklung von Schulbüchern, die in den Madrasas (islamischen Schulen) für afghanische Flüchtlingskinder in Pakistan verwendet wurden. Das folgende Beispiel stammt aus einem Mathematikbuch der 4. Klasse: „Die Geschwindigkeit einer Kalaschnikov-Kugel beträgt 800 Meter pro Sekunde.

Wenn sich ein Russe in einer Entfernung von 3.000 Metern zu einem Mujaheddin befindet, und der Mujaheddin auf den Kopf des Russen zielt, berechne, wie viele Sekunden es dauert, bis die Kugel die Stirn des Russen erreicht“ (Mario Novelli und Susan Robertson 2002: *Schooling and the Politics of Disaster*, zu finden unter: www.bris.ac.uk). Dieselben Madrasas, die damals auf diese Weise gefördert wurden, werden von den USA heute als Anstifter von islamistischer Gewalt ins Visier genommen.

Nach dem „Kalten Krieg“ hat die Entwicklungshilfepolitik ihre Priorität hin zur Förderung von ökonomischem Neo-Liberalismus und Privatisierung verlagert, also weg von kurzfristigen politischen und hin zu langfristigen ökonomischen Zielen. Die abhängigen Länder sollten tief in die globalisierte kapitalistische Politik integriert werden, was erst möglich wurde, als der rivalisierende imperialistische Block fiel. Die Bedingungen, an die die Entwicklungshilfe und die Vergabe von Krediten gebunden waren, wirkten sich noch zerstörerischer auf die Ökonomien der abhängigen Länder aus. Die Staaten wurden gezwungen, Staatsbetriebe zu privatisieren, Budget-„Disziplin“ wurde gefordert und Subventionen auf Konsumartikel, besonders auf Nahrungsmittel, mussten abgeschafft oder reduziert werden, die Grenzen mussten für internationale Konzerne geöffnet werden und Zölle, um die einheimische Wirtschaft zu schützen, abgeschafft werden. In Mali, wo die Baumwolle 45% Prozent der Exporte ausmacht, hat das einen drastischen Einkommensverlust für Millionen Menschen verursacht und das Land abhängig von ausländischer Hilfe gemacht.

TALK TOGETHER !

Sprecht miteinander!

★ Zeitung von und für MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen ★

Nr. 23 2008/1 Unkostenbeitrag: € 2.20



**8. März
Internationaler
Frauentag**

weitere Themen in dieser Ausgabe:
 Gespräch mit dem Widerstandskämpfer Hans Landauer
 Humanitäre Hilfsaktionen: Hilfe oder Knebelung?
 Interview mit Frau Türkan, Verein Viele
 u.v.m.

Hilfsprogramme und Militäraktionen

In den letzten Jahren geht die humanitäre Hilfe zunehmend mit militärischen Invasionen einher, dem Modell der „Humanitären Aktionen“ in Bosnien und im Kosovo folgend. Nicht wenige halten „humanitäre Missionen“ für sinnvoll und begrüßenswert. Wenn man sich aber vor Augen hält, dass in den USA - die reichste Militärmacht der Welt, die jährlich über 500 Milliarden Dollar für Waffen ausgibt - zwei Jahre nach Katrina in New Orleans noch immer Zehntausende ohne Dach über dem Kopf sind, sind Zweifel angebracht, welche Ergebnisse von derartigen „Rettungsaktionen“ zu erwarten sind. Der EU-Militärblock mit EU-Armee, „Battlegroups“ und dem Rüstungsriesen EADS, hat seinen Aktionsradius derzeit vor allem auf den afrikanischen Kontinent gerichtet. Für die europäischen Industriellen, obwohl untereinander in Konkurrenz, ist Afrika ein riesiger Absatzmarkt und ein bedeutender Rohstofflieferant. Voller Argwohn sehen sie ihre Vormachtsstellung von China bedroht. Wenn man die geplante UN-Intervention im Tschad mit österreichischer Beteiligung unter diesem Blickwinkel betrachtet, vor allem hinsichtlich der Erdölvorkommen im Tschad und im Sudan, fällt es schwer, Zweifel daran auszuräumen, dass es bei dieser Aktion nur darum gehe, Flüchtlinge zu beschützen. Solche „humanitären Interventionen“ scheinen eher der Rechtfertigung von militärischen Interventionen zu dienen, indem diese unter dem Deckmantel der Humanität geführt werden. Wie Condoleezza Rice im Jänner 2006 sagte: „In dieser Welt ist es heute unmöglich, Grenzen zu ziehen zwischen unseren Sicherheitsinteressen,

unseren Entwicklungsanstrengungen und unseren demokratischen Idealen. Es sei also die Aufgabe der amerikanischen Diplomatie, diese Ziele miteinander zu verbinden.“ (Anuradha Mittal, 2006: Playing Politics with Aid - The unholy Trinity of Defence, Diplomacy and Development in the War on Terrorism, zu finden unter: www.CommonDreams.org).

Man kann also den Schluss ziehen, dass die Hilfe der imperialistischen Länder, ob es sich nun um Hungerhilfe, Entwicklungsprogramme oder Kredite handelt, den ökonomischen und strategischen Interessen des Geberlandes folgt. Hilfsorganisationen haben dabei meist wenig Unabhängigkeit und stehen unter der Kontrolle der Regierungen ihrer Länder, und, ob sie es wollen oder nicht, dienen sie deren Zielen. Aber gerade weil viele Mitarbeiter dieser Organisationen ihre Zeit opfern und sogar ihr Leben riskieren, ist es nötig, die Absichten derer, die die Hilfslieferungen organisieren und finanzieren, zu hinterfragen und ans Tageslicht zu bringen.

Hilfe als Falle

Was die Menschen in Afrika und andere unterdrückte Nationen wirklich benötigen, sind keine Hilfsprogramme, die sie weiter fesseln und in Abhängigkeit halten, sondern die Befreiung von der Vorherrschaft der imperialistischen Mächte. Das beinhaltet die Entwicklung einer eigenständigen Produktion ebenso so wie eine Landverteilung, damit die Bauern auf ihrem Land arbeiten und die Bevölkerung ernähren können. Ein Afrika, das sich vor nicht allzu langer Zeit selbst ernähren konnte, hat sich in weniger als 40 Jahren von einem Exporteur von Grund-

nahrungsmitteln zu einem Kontinent gewandelt, der von Nahrungsmittelimporten und Hilfsprogrammen abhängig ist. Das zeigt aber, dass Afrika über ausreichend Ressourcen und genügend hart arbeitende Menschen verfügt, um in der Lage zu sein, sich selbst zu ernähren, sowohl Naturkatastrophen als auch von Menschen erzeugte Katastrophen zu bekämpfen und eine bessere Zukunft für seine Bewohnerinnen zu schaffen. Doch so lange es nicht gelingt, die Fremdherrschaft abzuschütteln und überkommene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme zu überwinden, ist kein Entkommen aus der tödlichen Spirale von Hunger, Krieg und Katastrophen abzusehen.



Volkskrieg auf den Philippinen: Unterstützung für die Neue Volksarmee – Krise des korrupten Kompradorengregimes

Nach Angaben des offiziellen Sprechers der KP Philippinen, Gen. Roger, die Ende Dezember in verschiedenen Zeitungen gebracht wurden, konnte die Neue Volksarmee (NPA), der bewaffnete Arm der KP Philippinen (CPP), im Jahr 2007 eine Reihe bedeutender Siege erringen. Demnach führte die NPA ca. 300 taktische Offensiven im ganzen Land durch, bei denen so viele Waffen erbeutet wurden, dass damit drei neue Kompanien ausgerüstet werden konnten. „Mindestens 204 Soldaten, Paramilitärs und Polizisten wurden getötet und mehr als 149 feindliche Kräfte wurden bei diesen Gefechten verwundet. Neun reguläre Soldaten und CAFGU-Söldner wurden gefangen genommen, als Kriegsgefangene festgehal-

ten und schließlich aus humanitären Gründen freigelassen“, erklärte Gen. Roger.

Insbesondere erwähnte Gen. Roger den Angriff auf die Strafkolonie von Davao (Mindanao) am 7. April, wo 108 Schusswaffen erbeutet wurden, „ohne dass die NPA einen einzigen Schuss abgegeben hätte“. Weiters nannte er den Abschuss eines Huey Helikopters der Philippinischen Luftwaffe durch die NPA in Tanay, Rizal am 14. Dezember.

„Revolutionäre Bestrafungen wurden gegen bestimmte Elemente der von den Streitkräften der Philippinen (AFP) gelenkten Todesschwadronen ausgeführt, die hinter den Morden stecken, die von den Behörden für nationale Sicherheit des Arroyo-Regimes ausgeheckt wurden. Diese Maßnahmen wurden von der NPA nach gewissenhaften Untersuchungen und unter Beachtung juridischer Prozessbestimmungen ausgeführt.

Besonders bedeutend war, dass die NPA militärische Unterdrückungskampagnen auf Divisionsebene und in Brigadegröße abwehren konnte, die seit Jänner 2007 an mehreren Guerillafronten stattfanden. In der Ilocos-Cordillera Region hatte die AFP von Jänner bis April mindestens 33 Verluste. In der Nordost-Region von Mindanao hatte das 58. Infanterie-Bataillon Verluste in der Gesamtgröße einer Kompanie einschließlich der demoralisierten Truppen, die desertierten. Die Moral unter den jungen Offizieren und Soldaten der AFP ist bemerkenswert niedrig, vor allem weil es ihnen nicht gelang die NPA zu besiegen, die offensichtlich eine breite und tiefgehende Unterstützung durch die bäuerlichen Massen genießt und daher das Überraschungsmoment, die Kenntnis des Geländes usw. für sich nutzen kann. Darüber hinaus ist die AFP auch durch die Kor-

ruption, den Faschismus und den Terror des Arroyo-Regimes und seiner höchsten Militär- und Sicherheitsbehörden stark demoralisiert“, stellte Gen. Roger fest.

Gleichzeitig verlachte der Sprecher der CPP in seiner Mitteilung die Ankündigung des philippinischen Armeechefs Generallieutenant Alexander Yano, die AFP werde innerhalb von „39 Wochen“ die revolutionäre Bewegung zerschlagen, wobei er auf den 39. Jahrestag der CPP anspielte, der im Dezember gefeiert wurde.

„Wie kann eine zutiefst gesplattene, demoralisierte und nutzlose Regierung von den Streitkräften erwarten, dass sie einen geschlossenen, beherzten und kampffähigen Gegner wie die NPA besiegen könnte?“ fragte Gen. Roger. „Wie können die faschistischen Reaktionäre erwarten, die NPA zu besiegen, wenn sie einen brutalen und barbarischen Krieg führen, der nur noch immer mehr Menschen dazu bringt, die AFP und das Regime, dem es dient, zu hassen? Mit der schlimmer werdenden Armut, Unterrückung und dem Leid der Volksmassen unter dem verrotteten Marionettenregime greifen immer mehr von ihnen zu den Waffen und schließen sich der NPA an. Die AFP konnte ihre Kampfeinheiten nicht einmal in 10% der Guerillafronten konzentrieren. Verzweifelt steigern sie die Rekrutierung von paramilitärischen Kräften, aber mit abnehmendem Erfolg und zunehmenden Befürchtungen, weil viele CAFGU-Paramilitärs („Zivile Lokaleinheiten der Streitkräfte“) verdächtigt werden, die NPA zu unterstützen. In seiner Erklärung zum 39. Jahrestag der CPP erklärte das Zentralkomitee: „Noch einmal bekräftigen wir gemeinsam unsere Entschlossenheit, durch den lang andauernden Volkskrieg die national-demokrati-



sche Stufe der philippinischen Revolution voran zu bringen. Wir sind entschlossen, diese Stufe durch die landesweite politische Machtergreifung abzuschließen, um die Stufe der sozialistischen Revolution und des langen Übergangs zum Kommunismus zu erreichen... Die Imperialisten und lokalen Reaktionäre plappern immer noch davon, dass die CPP und die revolutionäre Volksbewegung davon abgebracht werden sollte, die bewaffnete Revolution durchzuführen, weil der Sozialismus durch die Modernen Revisionisten verraten wurde, das zum Zerfall der revisionistischen Regimes geführt hat und zur ideologischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Offensive der Imperialisten unter Führung der USA. Sie vernebeln die Tatsache, dass die Partei fest bei ihrer mar-

xistisch-leninistischen und anti-revisionistischen Position geblieben ist, dass sie es versteht, unter den konkreten halbkolonialen und halbfeudalen Bedingungen zu handeln, um die neu-demokratische Revolution durchzuführen, und dass die Offensiven des Imperialismus und seiner Marionetten nur die Unterdrückungs- und Ausbeutungsbedingungen verschärft und damit das Volk dazu aufstachelt, den bewaffneten Kampf und andere Formen des revolutionären Kampfes aufzunehmen. (...) Das Arroyo-Regime, insbesondere seine falsche Präsidentin und ihre führenden militärischen Henker, prahlen weiter damit, dass sie die CPP, die Neue Volksarmee und alle anderen revolutionären Kräfte noch vor 2010 vernichten oder ihnen eine strategische Niederlage zufügen können. Stattdessen wachsen die revolutionären Kräfte

und schreiten voran wegen der zunehmenden Krise des kapitalistischen Weltsystems, des hier herrschenden Systems und der verhassten Politik des nationalen Verrats, der Klassenausbeutung, der Korruption und des Terrorismus des Arroyo-Regimes. Und im Zentrum all dessen entwickelte die Partei mit ihrer unablässigen ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit die wachsenden Kräfte der Revolution.“ Die KP Philippinen ruft dazu auf, im Jahr 2008, wo sie den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiert, den Vormarsch zu beschleunigen.

(Zur wirtschaftlichen und politischen Situation auf den Philippinen vergleiche auch unseren Artikel „Stoppt die politischen Morde auf den Philippinen“ in der PR Nr. 29, S.22-26.)

Neue Volksarmee und Volkskrieg

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Philippinen

Warum die Neue Volksarmee unbesiegbar und siegreich ist und wie der Volkskrieg eine neue und höhere Ebene erreichen kann (März 2007)

Erhältlich bei MLLitvertrieb

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Philippinen

Neue Volksarmee und Volkskrieg



Warum die Neue Volksarmee unbesiegbar und siegreich ist und wie der Volkskrieg eine neue und höhere Ebene erreichen kann

(März 2007)

Nepal

Red Star Nr.4, 16.-29.Februar 2008 (www.krishnasenonline.org) - unsere Übersetzung In der 2. Februarausgabe von Red Star (Roter Stern) sind mehrere Artikel von führenden Genossen der KP Nepals (Maoistisch) - CPNM abgedruckt. Wir bringen einige Auszüge.

Zwölf turbulente Revolutionsjahre

Der 13. Jahrestag des Volkskriegs wurde im ganzen Land großartig gefeiert. Zu diesem Anlass wurden verschiedene Programme in den Städten, ländlichen Gebieten und in den Militärbezirken der Volksbefreiungsarmee (PLA) veranstaltet. An diesem Jahrestag wurde ein historischer Neubeginn gefeiert. (...) Das Land ist in der Übergangsperiode von der autokratischen Herrschaft zur föderativen demokratischen Republik. Die historischen Errungenschaften werden durch die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung staatlich gefestigt. Darüber wird ein scharfer Kampf zwischen den zurückstrebenden, reaktionären Kräften und den revolutionären Fortschritt Kräften geführt. Die CPNM führt zum Aufbau eines Neuen Nepal. (...)

Landsweite Feiern

von Dipak Sapkota

(...) Der 13. Jahrestag wurde anders gefeiert als in den vorherigen Jahren, weil das zugleich der offizielle Beginn der Wahlkampagne für die bevorstehende Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung war, die für 10. April 2008 geplant ist. Die CPNM rief zu Massenversammlungen und Demonstrationen in vielen Bezirkshauptorten auf, wo die Einwohner begeistert teilnahmen. Zentrale maoistische Führer/innen sprachen auf diesen

Massenveranstaltungen. (...) 60.000 Kader des Bundes Junger Kommunist/innen (Young Communist League) waren für die Sicherheit und die Organisation des Programms mobilisiert worden. (...)

Bei der ersten offiziellen Massenversammlung der Wahlkampagne am Mittwoch sagte der Vorsitzende Prachanda, dass das Wahlmaifest zugleich die Aufstandserklärung sei für den Fall, dass die Wahlen vereitelt werden. (...)

Der Volkskrieg verbreitete seinen Einfluss nicht nur innerhalb der Grenzen Nepals, sondern auch im internationalen Rahmen. Er erfüllte die unterdrückten Völker von Südasien bis Europa und zum amerikanischen Kontinent mit Mut und Hoffnung. Aber andererseits zog er auch das üble Interesse der ausländischen Mächte wie den USA auf sich. Sie versuchten ihren Einfluss in Nepal während des Volkskriegs zu vergrößern. In vergangenen Tagen lieferten sie Waffen und Munition, und jetzt investieren sie in die Propagandawerkzeuge gegen die Maoist/innen. Geschwister-Parteien der CPNM haben, nachdem sie von diesen Umständen erfuhren, davor gewarnt, dass die nepalesische Revolution mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sein würde wie Nikaragua (Beendigung durch Wahlen) und Indonesien (Massaker). (...)

Obwohl der am 13. Februar 1996 begonnene Volkskrieg angeblich mit dem umfassenden Friedensabkommen beendet wurde, das voriges Jahr von der CPNM und der nepalesischen Regierung unterzeichnet wurde, geht die Revolution für die Umwandlung Nepals weiter. Wenn die Versuche, den Prozess zu stoppen, in Zukunft zunehmen, kann niemand eine neue Welle des Volkskriegs aufhalten. Der Klassenkampf wird unter an-

derem Namen oder in anderer Form weiter gehen, wenn die Klasse, die Nationalität, Region und das Geschlecht nicht ihr Recht erhalten. Während der 13. Jahrestag im ganzen Land gefeiert wird, werden die von der CPNM auf die Tagesordnung gesetzten Aufgaben in die Realität umgesetzt. Der Sieg der revolutionären Kräfte ist die Voraussetzung für die Einrichtung der Republik, des Föderalismus und die Umwandlung der Nation.

Der Auftrag des Volkskriegs

von Mohan Baidhya "Kiran"

Genau vor 12 Jahren hat die CPNM den historischen Beginn des Volkskriegs eingeleitet, um am 13. Februar durch den Angriff auf den alten Staat eine neue Staatsmacht zu errichten. Dieser Tag ist zu einem bedeutsamen Tag für das nepalesische Volk geworden. Jetzt feiern wir im ganzen Land den Tag als Eintritt in das 13. Jahr. (...) Das Volk hat durch den Volkskrieg die Ordnung des alten Nepal rausgeschmissen: Das nepalesische Volk wollte einen Wechsel, Befreiung und ein neues Nepal anstatt dem alten. (...) Die Produktions-, Entwicklungs- und Aufbauarbeit, einschließlich der Einrichtung von Volkskommunen wurden begonnen, um eine unabhängige nationale Wirtschaft in den ländlichen Gebieten aufzubauen, die der tief verwurzelten bürokratisch-kapitalistischen Wirtschaft von Nepal entgegengesetzt ist. Die demokratische Volksmacht wurde in den großen ländlichen Gebieten eingerichtet, die gegen die alte Macht der feudalen, bürokratischen und Kompradorenbourgeoisie gerichtet ist. (...) Im Verlauf des Volkskriegs wurden mächtige Stimmen gegen das konservative Denken, die Hindu-Religion und die Vorherrschaft der

brahmanistischen Ideologie laut, gegen das alte Denken von der Herrschaft über die Frauen, Dalits (Kastenlosen), die Nationalitäten, die Kasten-Teilung und die Unberührbarkeit in den großen ländlichen Gebieten. Die Leute gaben die Vorstellung vom König als Inkarnation des Gottes Vishnu auf. (...) Jetzt ist das Land ein sekulärer (nicht-religiöser) Staat. Nepal wurde zur Föderativen Demokratischen Republik erklärt. (...)

Der Neuaufbau des Staates auf der Grundlage der Selbstbestimmung durch Beseitigung des alten feudalen Zentralstaats, um eine Föderative Demokratische Republik im eigentlichen Sinn zu errichten, um Sonderrechte für Frauen und Dalits einzuführen, um eine revolutionäre Landreform unter der Losung „das Land dem der/die es bebaut“ durchzuführen, um eine nationale und unabhängige Wirtschaft in Gang zu setzen, um ein demokratisches Erziehungssystem einzurichten, um ausreichende Beschäftigung bereitzustellen, um Arbeit und Nahrung für die Arbeiter/innen bereitzustellen, um neue kulturelle Werte zu begründen, um Nepal von allen Arten von Unterdrückung und soziale Diskriminierung zu befreien und um es souverän und harmonisch zu machen. Insgesamt sollten die Volksmassen mit vollen demokratischen Rechten auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene ausgestattet werden. Und so können wir voranschreiten, um eine neue Volksdemokratie zu errichten. (...)

Das nepalesische Volk wird seine Feinde besiegen

Interview mit Gen. Prachanda, Vorsitzender der CPNM

(...) Derzeit ist die Internationale Kommunistische Bewegung in einem defensiven

Stadium, aber hier hat sie an Ansehen gewonnen. Kannst du uns einige hervorstechende Kennzeichen nennen?

(...) Heute gibt es kein wirklich sozialistisches Land auf der Welt. Die Situation ist überall ungünstig für die Bewegung, aber der Volkskrieg in Nepal hat sich rasch entwickelt und seine Notwendigkeit bewiesen. (...) Vor dem Beginn des Volkskriegs haben wir zehn Jahre lang gegen Rechtsabweichungen, Opportunismus und Eklektizismus gekämpft und den Boden dafür bereitet. Und während der zehn Jahre führten wir den Krieg und rühmten ihn. Während dieses Jahrzehnts des Volkskriegs reiften Führer/innen und Führung. (...)

Die gegenwärtige Taktik der CPNM unterscheidet sich von anderen taktischen Orientierungen der kommunistischen Bewegung. Kannst du das rechtfertigen?

Ich denke es ist sowohl unterschiedlich als auch ähnlich. Du kannst in beide Richtungen argumentieren, weil Marx und Engels den Klassenkampf in Deutschland führten und da viel dazulernten. Aber das deutsche Muster wurde in Frankreich während der Pariser Kommune nicht wiederholt, obwohl beide sie als große Revolution einschätzten. Dann verwendete Lenin wieder nicht die gleichen Lehren in der Oktoberrevolution. Ähnlich verwendete auch Mao sie unterschiedlich. Als Ergebnis wurde bewiesen, dass der Marxismus-Leninismus-Maoismus einige ähnliche Grundideen hat.

Die Notwendigkeit findet ihren Weg und wir benutzen die Theorie unter veränderten Umständen als unsere Vorgänger. Wir verwenden auch eine veränderte Taktik, sie ist ein bisschen anders als Maos Taktik. Wieder gibt es einige Ähnlichkeiten, wie Lenins Taktik anders war als die von Marx, und die von Mao anders als die von Lenin.

So ist es das gleiche; jeder weiß, dass diese Revolutionen zu verschiedenen Zeiten stattgefunden haben. Die Situation hat sich verändert, das internationale Kräftegleichgewicht ist nicht dasselbe wie zu der Zeit, als unsere Vorgänger ihre Taktik langsam für ihre besondere Zeit entwickelten und auch wir setzen diesen Prozess fort. Nun ist die Situation im 21. Jahrhundert nicht die gleiche wie in der Vergangenheit, es gibt einige Einflüsse auf die Weltpolitik und die Hauptsache ist, dass nirgends eine sozialistische Autorität an der Macht ist. In dieser bitteren Situation hätten wir Rückschläge und einen Zusammenbruch erlitten, wenn wir die alte Taktik der Revolution benutzt hätten. Ich sage oft zu unseren Genoss/innen, wenn wir eine Kopie des langen Volkskriegs anwenden würden, würden wir einen Schiffbruch erleiden wie in anderen Ländern, obwohl sie wirkliche Revolutionär/innen sind und ihr Leben geopfert haben. Deshalb wollen wir die Fehler los werden. Das ist die Lehre, die wir vom Marxismus, Leninismus und Maoismus gelernt haben. Jetzt stehen wir hier. Ansonsten ständen wir am Anfang und müssten den Krieg erklären. Wir haben ununterbrochen zehn Jahre gekämpft und entsprechend unserer neu entwickelten Taktik die Imperialisten und rückwärtsgewandten Kräfte herausgefordert.



Die CPNM ist jetzt die wichtigste und eine große revolutionäre Partei Nepals und diese Partei ist dabei, die Revolution zu vollenden. Darüber hinaus versucht diese Partei, die anderen Parteien zu vereinigen. Kannst du uns darüber ein bisschen was sagen?

(...) Bevor wir in den Friedensprozess eintraten vereinigten wir tausende revolutionäre Leute in unserer maoistischen Bewegung. Neulich berichteten unsere Genoss/innen aus Ostnepal, dass ungefähr 80% der Kader aus anderen Parteien kommen. Auch nach dem Eintritt in die neue Fase hat unsere Partei erklärt, dass nur eine Kommunistische Partei gebildet werden sollte und wir bewegen uns dahin.

Letztes Jahr hat unsere Versammlung des Zentralkomitees diesen Tagesordnungspunkt behandelt und entschieden, dass jede Einheit möglich ist, wenn die Parteien eine gemeinsame Ideologie und politische Taktik haben. Formal haben wir die Einheit mit vier Gruppen in diesem Jahr hergestellt, d.h. mit CPN (MLM Centre); CPN (2006), Democratic Republic Forum und Democratic Forum (...) Sehr bald wird sich eine marxistische Par-

tei mit uns vereinigen. Ähnlich gehen unsere Gespräche mit CPN (Unity Centre-Masal) und CPN-United positiv weiter. Die Einheit mit der ersten Gruppe ist sehr nahe. (...) Aber es gibt einige Parteien, mit denen wir grundlegende Widersprüche in Fragen der Parteiprinzipien haben, und wir haben ihnen vorgeschlagen, eine gemeinsame Plattform zu bilden, die sich gegen Imperialismus, Feudalismus richtet, um den Weg zu erleichtern. Ich glaube, nur in diesem Fall können wir die Föderative Demokratische Republik anführen und die Revolution dadurch vollenden, dass wir die vollständige Demokratie erreichen.

Volkskrieg in Nepal aus internationaler Sicht

von C.P. Gajurel (Gaurav)

(...) Chruschtschow wurde zum Führer der KPdSU und Chef der Sowjet-Regierung, wechselte die Farbe der Partei und verwandelte sie in eine revisionistische Partei. (...) Das China nach Mao macht fast das gleiche. Deng, der mächtigste Führer der KPCh in China nach Mao beseitigte die Parole von den „geschwisterlichen Bezie-

hungen mit den Kommunistischen Parteien anderer Länder“, und auch die heutige KPCh unterstützt keine sozialistischen oder neudemokratischen Revolutionen oder nationale Befreiungsbewegungen in irgend einem Teil der Welt. (...)

Deshalb ist für eine wirkliche Kommunistische Partei der Proletarische Internationalismus eine grundlegende Frage. Es ist die bekannte Theorie aller Kommunistischer Parteien der Welt hinsichtlich dem Kommunismus, dass „entweder wir alle den Kommunismus erreichen, oder keine von uns“. Das bedeutet nicht, dass einige die Revolution machen werden, aber die anderen nicht, und dies dann automatisch den Kommunismus erreichen werden, der ihnen von den anderen gebracht wird. Wirklicher Proletarischer Internationalismus ist es, die Revolution im jeweiligen Land zu machen und einander zu unterstützen, um siegreich zu sein. (...)

Wir machen Revolution in Nepal als Teil der Weltrevolution, was den Interessen der unterdrückten Völker der Welt dient. Wir haben die Pflicht, der Weltrevolution zu dienen und das Recht, die Unterstützung der revolutionären Kräfte der Welt zu genießen. (...) Gegenwärtig gibt es nichts wie einen sozialistischen Block. Es gibt kein wirklich sozialistisches Land, das den Prinzipien des proletarischen Internationalismus folgt. Es gibt keine so starke Arbeiter/innenbewegung auf der Welt, die die stattfindende Revolution in Nepal unterstützen und ihr beistehen könnte. Es ist eine harte Aufgabe, eine Revolution in so einer widrigen internationalen Situation zu machen. (...)

Wie ich schon erklärt habe, haben angesichts der veränderten internationalen Situation viele kommunistische Revolutionär/innen die Farbe ihrer Organisationen gewechselt und sind Teil des Establishments



geworden. Aber viele andere haben nicht aufgegeben. Sie versuchten trotz aller Schwierigkeiten, die Revolution in ihren Ländern voranzubringen. (...)

Jede Revolution ist in bestimmter Hinsicht ein neuer Versuch, ein Experiment. Kommunist/innen sollten es wagen, einen neuen Versuch auf der Grundlage der allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus-Maoismus zu machen. Es ist sicher die Pflicht der Kommunist/innen, unsere allgemeingültige Ideologie zu verteidigen. Aber das ist nicht genug. Es ist niemals genug für Kommunist/innen. Wenn wir glauben, unsere Pflicht sei erfüllt, wenn wir die Theorie verteidigen, haben wir nicht Recht. Wir sollten sie nicht nur verteidigen, sondern auch anwenden und entwickeln. Das kann auch so umschrieben werden: Unsere Wissenschaft kann verteidigt werden, wenn sie angewendet wird. Wenn sie in der Praxis der Revolution angewendet wird, entwickelt sie sich. Deshalb gibt es eine enge Verbindung und eine untrennbare Beziehung zwischen Verteidigung, Anwendung und Entwicklung. Es ist unmöglich, wenn jemand etwas entwickeln will, ohne es in der Praxis der Revolution anzuwenden. Verteidigen, anwenden und entwickeln - das ist der Prozess, wie sich die wissenschaftliche und unbesiegbare Ideologie entwickelt. Für die Anwendung müssen wir bestimmte Bedingungen finden oder schaffen. Mit anderen Worten, wir müssen einen neuen Versuch angehen. (...)

Die Welt schaut sehr genau auf uns. Der neue Versuch in Nepal hat auf der Welt viel Aufmerksamkeit erregt. Einerseits ist eine starke kommunistische Partei in den Friedensprozess eingetreten, ist in das Übergangsparlament eingetreten und ist Teil der Regierung, andererseits ist die Volksbefreiungsarmee (PLA) auf die Mi-

litärbezirke beschränkt, aber intakt, die Waffen werden in Containern aufbewahrt, deren Schlüssel in den Händen der PLA-Kommandant/innen sind. Es ist wirklich für viele Leute eine schwierige Sache, zu verstehen was da passiert. Die Kommunistische Partei Nepals (Maoistisch) hat unter ihrer Führung eine intakte Armee, hat eine starke Vertretung in der Gesetzgebenden Versammlung und ist in der Übergangsregierung vertreten. Das ist wirklich ein neues Experiment und eine seltsame Sache für die Leute, die gewohnt sind, die Dinge auf gewohnte Weise zu sehen.

Manche Leute glauben, dass der Weg zum Sieg gerade verläuft und keine Risiken beinhaltet. Das ist nicht wahr. Siege können durch schwierige Kämpfe erreicht werden und große Siege können durch große Schwierigkeiten erreicht werden. Der Weg zum Sieg verläuft zick-zack, nicht gerade. Es gibt viele Windungen und Wendungen. Es geht auf und ab. Der Weg zum Sieg geht nicht nur zick-zack, sondern ist auch dornig und schwierig. Trotzdem ist der Sieg erreichbar.

(9. Feb. 2008)

Die Entwicklung der taktischen Linie, die Geschichte der Partei und der Volksarmee

von Barsaman Pun „Anant“

(...) Allgemein gesehen kennen wir nur zwei Modelle des Volkskriegs in der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Es gibt das Modell des lang andauernden Volkskriegs, das vom Genossen Mao Zedong entwickelt wurde, und das andere ist das Modell der bewaffneten Massenerhebung, die von Genossen Lenin entwickelt wurde. Vor dem Beginn des nepalesischen Volkskriegs kamen wir zu dem Schluss, dass das Modell des lang andauern-

den Volkskriegs für eine unterentwickelte Nation wie Nepal passend sei. (...) Die gegenwärtige Ansicht unserer Partei ist, die verschiedenen Formen von Massenerhebung darin zu verschmelzen. Die Keimformen dieses Denkens waren von Beginn an in unserer Partei vorhanden. (...)

Wenn wir die Geschichte studieren, sehen wir, dass der lang andauernde Volkskrieg und die Strategie der Belagerung der Stadtgebiete vom Land aus auf der Konferenz von Gorakhpur 1969 beschlossen wurde. (...)

Außerdem beschloss die Konferenz der Sekretäre der Bezirkskomitees der damaligen Kommunistischen Partei Nepals (Vierter Kongress) die Linie des lang andauernden Volkskriegs. (...)

Die revolutionäre Linie, die politische Linie in der CPN-Mashal (nach der Spaltung der Partei in Mashal und Masal) wurde unter der Führung des Genossen Prachanda klarer und die taktische Linie des lang andauernden Volkskriegs bereichert. Die Partei bereitete sich um 1990 für den Volkskrieg vor, aber dieser wurde nach der Massenbewegung verschoben. Nach der Herstellung der Einheit unter den verschiedenen Gruppen der Kommunist/innen im Jahr 1991 fanden ausgedehnte Debatten über die kommunistische Bewegung und über ihre Erneuerung und ihre taktische Linie in der nepalesischen Revolution statt. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf den lang andauernden Volkskrieg und die Bewegung der städtischen Bevölkerung. Nach dem Erweiterten Treffen der CPN-Unity Centre im Jahr 1995 wurde die taktische Linie der nepalesischen Volksrevolution klarer definiert. (...)

Die taktische Linie des Klassenkampfes am Land wurde 1992 vom Kongress der CPN (Unity Centre) beschlossen und der Klassenkampf am Land in den Bezirken Rolpa und Rukum begonnen. (...)

Einmal sagte der Vorsitzende Gen. Prachanda, dass einerseits zwei Parlamentsmitglieder und die Mehrheit des Bezirks-Entwicklungs-Komitees (DDC) von Rolpa, einschließlich seines Vorsitzenden, gewählte Abgeordnete waren, während andererseits zugleich der Klassenkampf voran ging. Einerseits war unser Partei an der Macht und übte legale Funktionen aus, andererseits führte sie zu gleicher Zeit den illegalen Kampf durch. So wurden Rolpa und Rukum die Basis sowohl für den legalen als auch für den illegalen Kampf. (...) Durch diese Kämpfe wurde die Grundlage für den Volkskrieg geschaffen. (...) Auf dieser Grundlage begannen wir den Volkskrieg und die Partei ging in den Untergrund. Die legalen Aufgaben wurden von Organisationen der Arbeiter/innen, Frauen, Bäuer/innen, Intellektuellen und durch Werbung in den Städten, einschließlich Katmandu gemacht. Der Volks-

krieg ging siegreich voran. (...) Seit den lokalen Wahlen von 1992 unterstützte der Bund Junger Kommunist/innen (YCL) die lokale Bevölkerung bei der Arbeit, der Sicherheit und im Widerstand. Nachher wurden anlässlich des Beginns des Volkskriegs 1996 Freiwilligen-Teams gebildet. Wir bildeten drei Organisationen: Die Kampfgruppe für die Umsetzung des Kamps auf zentraler Ebene, die Sicherheitsgruppe zur Unterstützung (Dorfschutzgruppen) und Freiwilligengruppen die das Volk bewusst, bewaffnet und mächtig machten. Mit der Mobilisierung dieser drei Organisationen begannen wir den Volkskrieg. (...) 1997 bildeten wir aus den Kampfgruppen Guerilla-Einheiten, 1998 schufen wir Züge. (...) Dann wurden 2001 reguläre Guerilla-Kompanien gebildet. Das war ein wirklicher Sprung. Dunai, das Bezirkshauptquartier von Dolpa, griffen wir in Bataillonsstärke an. (...) 2002 war der Krieg mit der Polizei zu Ende. (...)

Angesichts der Friedensverhandlungen organisierten wir eine nationale Versammlung der Guerillas. Wir bildeten formal eine reguläre Armee. Die nationale Versammlung gab ihr den Namen Volksarmee (PLA). (...) Die PLA wurde nach dem Konzept von Hauptstreitkräften, Hilfsstreitkräften und Basisstreitkräften organisiert. 2004 bauten wir reguläre Einheiten der PLA auf. Wir verlagerten die Basisstreitkräfte in die Volksmiliz auf lokaler Ebene. (...) Als 2004 die PLA aufgebaut wurde, entwickelten wir sie auch qualitativ. Nach dem Fehlschlag der ersten Friedensverhandlungen zeigte sich das zuerst beim Angriff auf Ghorahi (im westlichen Bezirk Dang), der mit einem historischen Sieg abgeschlossen wurde. Gleichzeitig wurden Putali Bazaar im Zentralnepalesischen Bezirk Syangja und Solu in Ost-Nepal angegriffen. Danach gingen wir zur direkten Konfrontation mit der Königlichen Nepalesischen Armee (RNA) über. Mit ersten Angriff konnten wir den historischen Beginn des Kriegs gegen die Armee einleiten. Danach wurden wir in der Schlacht von Ratamata (Rolpa) und Kapurkot (Salyan) geschlagen, aber in MangalSen (Bez. Achham) waren wir siegreich. Dann schritten wir von Sieg zu Sieg vorwärts. (...) Nach diesem siegreichen Feldzug war die Königliche Armee demoralisiert und zermürbt. Aber dann kamen amerikanische Technologie und amerikanische Taktik ins Land. (...) Damit begann eine weitere neue Fase. Wir verbanden die politische und militärische Taktik und der militärische Höhepunkt war (die Regionalhauptstadt) Jumla. Wären wir in Jumla siegreich geblieben, hätten wir ... eine Veränderung in der politischen und militärischen Struktur des ganzen Landes herbeiführen können; wir hätten die militärische Initiative ergreifen und in einer aufständischen Umgebung einen landesweiten und internationalen Meinungsumschwung herbeiführen können. Dieser Fehlschlag brachte die Fortsetzung des früheren militärischen Feldzugs. Wir führten vor allem mobile Angriffe durch. Wir machten Fortschritte durch die Verbindung von beweglicher Kriegsführung und Stellungskrieg. (...) Zurückblickend entwickelte sich die PLA in einem wellenförmigen Prozess. Andererseits sind wir durch die Verbindung von politischen und militärischen Schritten vorangekommen. (...) Die erste Fase der Friedensverhandlungen 2002 und dann der erste Angriff auf die Königliche Armee; die zweite Fase der Friedensverhandlungen 2004 und dann die Serie von Angriffen; der einseitige Waffenstillstand für drei Monate; das 12-Punkte-Papier und die 19-tägige Volksbewegung; die

THE RED STAR

Vol. 1, No. 4, February 19-28, 2008, Rs. 20/- www.kritikaonline.org Nepal's National Magazine

Twelve turbulent years of revolution



Read Our Reporter

The 12th anniversary of people's war (PW) has been celebrated magnificently all over the country. Different programmes on the occasion were held in the cities, rural areas and in the movement of the People's Liberation Army (PLA). This anniversary is celebrated historically with a new start.

During the war period, the anniversary of PW used to be celebrated for four weeks by making week-wise programmes. The first week of publicity and mobilising the second week of a recommitment of sacrifice, the third week of honor to martyrs and the fourth week of review were used to be celebrated with different programmes gathering people, cadres, leaders, PLA soldiers and the other mass organizations together. The revolutionary tradition has been given continuity in the period of the peace process in a new length.

The country is in the transitional period from autocratic rule to federal democracy of republic. The historical achievements are being institutionalized through the election of the constituent assembly. For this, there is a sharp struggle between the reactionary-feudal forces and revolutionary progressive forces. CPN (M) is leading the direction of building New Nepal. The restructuring of old state power, the election of new state, the awareness of the people and the adoption of proportional election system, the federal framework in place of unitary feudal state-structure and the participation of the

international, women, regions, Madhes, Dalit, minorities etc. in the state power are all achievements of the great people's war. A decade long people's war has given birth to the power of people and its leadership without alternatives. It has won the old and established the new structure. The last encounter is inevitable.

Analyzing the political situation when addressing the celebration of the 12th anniversary of the people's war held at Kathmandu on 19th February, Maoist party chairman comrade Prachanda said, "This is an important moment of the history. The occasion that appears in the hundreds of years in the history of any nation is in front of us."

Regarding the transitional period in the preparation for the last encounter, chairman Prachanda said, "The war has been ended. But some battles are left. We are in the preparation for the last encounter. We will be victorious in that last encounter!"

Yes, we must be. We are fighting the last encounter; we all know, through the election of the constituent assembly. We are fighting the last encounter in a peaceful manner." He further added "With this historic occasion, the national power of

Continued on page 8

The mandate expressed in People's War



Mahan Bhandari, Chairman of the Communist Party of Nepal (Maoist)

Eight years ago, the Communist Party of Nepal (Maoist) had brought a historical achievement of the people's war to establish a New State Power by amending over the old state power on 13th February. This day has been established as the momentous day for the Nepalese people. Now, we are going to celebrate the day in the entrance of the 12th year all over the country.

At this moment, it is necessary to be serious for the adoption and the implementation of the engaged mandate of the great people's war remembering the commitment made before the initiation of the people's war. There are advancing ahead in the peaceful process through the constituent assembly. However, a great number of the party cadres and people's workers have been disappeared during the period. In this process, thousands of the people, people's workers and Party cadres have to face the continuous, torments and repression in the country, torturing camps and jails of the old state power. Simultaneously, people in the great campaign have to face and resist against the counter-revolutionary forces of the white terror including herce, abuse, insult.

Continued on page 2

Internet call in the 24x7
Ganga through pre-paid calling card

@ Rs. 8 per minute.

1 to 1777
Access Code-1424

Now to dial

NEPAL TELECOM

Verbindung der zwei Fronten, zwischen Volksbewegung und lang andauerndem Volkskrieg, das sind alles neue Experimente. (...)

Nun ist unsere PLA in den Militärbezirken. Wir sind in der Regierung. Wir bereiten einerseits die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung vor, andererseits die Volksbewegung, falls die Parlamentsparteien und ausländischen Mächte Verschwörungen versuchen. Wir haben die PLA, die Basisgebiete und verlässliche Grundlagen für den lang andauernden Volkskrieg. Wir sind auch in der zentralen Macht des gegenwärtigen Staats vertreten, in der Volksbewegung, bei diplomatischen Bemühungen und am Verhandlungstisch. Aufgrund dieser umfassenden Aktivität können wir die Initiativen setzen für die Übergabe der politischen Macht an die Bäuer/innen, Arbeiter/innen, Dalits (Kastenlosen), Madheshi (indische Bewohner/innen des

Flachlands im Süden), Frauen und Minderheiten und dafür die politische Initiative ergreifen. (...)

ERGÄNZUNG aus A World To Win News Service:

Der Vereinigte Revolutionäre Volksrat (URPC) tagt wieder

Am 6. Februar berichtete die KP Nepals (Maoistisch) von einer Tagung des URPC (United Revolutionary People's Council), um die Probleme zu überwinden, mit denen die breiten Volksmassen konfrontiert sind. Der Vereinigte Revolutionäre Volksrat (URPC) war während des Volkskriegs die Parallel-Regierung zur Königlichen Regierung des alten Regimes und war durch demokratische Wahlen in den befreiten Gebieten von den lokalen und regionalen Revolutionären Volkskomitees gewählt worden.

Er hatte vor einigen Monaten seine Arbeit eingestellt; jetzt fand wieder eine Sitzung statt. Die CPNM erklärte, dass es sich um keine Parallel-Regierung zur gegenwärtigen Regierung handle, in der sie selbst mit zwei Ministern vertreten ist. Aber da die Entwicklung der Infrastruktur und der lokalen Verwaltung in weiten Gebieten des Landes kaum Fortschritte mache, obwohl dies in der „Umfassenden Friedensvereinbarung“ und Übergangsverfassung ausdrücklich vorgesehen ist, wird der URPC die Probleme der Volksmassen selbst in die Hand nehmen.

Als Koordinatoren des 37 Mitglieder umfassenden Vereinigten Revolutionären Volksrats wurden der Kommunikationsminister Gen. Krishna Bahadur Mahara und der Minister für lokale Entwicklung Gen. Dev Gurung gewählt, Vorsitzender ist Genosse Bamburam Bhattarai.

Grüße an CPN(M)

IA*RKP (Austria) to CPN(M)

Dear Comrades,

We are sending you our red greetings on occasion of your 12th anniversary of peoples revolution in Nepal under the leadership of the glorious CPN(M). You are a shining example and bright torch for the Revolutionary Communist Movement around the world because of your resolute struggle.

In Austria the most class-conscious workers are looking at your advances and so are strengthened in their confidence that also in our country it is correct and important

to firmly hold on to the main link of the chain that is the construction of a Revolutionary Communist Party.

We know well that the complete destruction of feudalism is a decisive progress on the long way to the complete liberation of the working class and the popular masses, the aim we are all struggling for. On a global scale the Revolutionary Communist Movement is not in a good position but we are gaining ground because we study scientifically, try in practice and learn from experience.

We have much confidence that you know what you are doing and we want to encour-

age you to march on not discouraged by the sceptic and desperate.

Lal salam! Rote Gruesse!

IA*RKP

Initiative for the Construction of a Revolutionary Communist Party (Austria) (former komak-ml)
ia.rkp2017@yahoo.com, www.geocities.com/ia.rkp2017

3 February 2008

Note 2 Attachments: On reestablishment, The Road to Communism

Erfahrungen aus dem revolutionär-kommunistischen Parteaufbau in Österreich 2002-2007: Fortschritte, Herausforderungen, Schwierigkeiten

Im Folgenden geht es um die Einschätzung unserer Parteaufbau-Arbeit in den letzten Jahren, genau genommen seit der Gründung der Revolutionären Plattform. Wir setzten uns damals den Zusammenschluss aller revolutionär kommunistischen Kräfte in Österreich als Ziel. Für uns war von vornherein klar, dass die nächsten Jahre sehr schwierig sein würden, weil wir den Zusammenschluss aus einer sehr schwachen Position heraus anstrebten (und ein Teil der damaligen Organisation lehnte – ebenso wie die MLPÖ – den Zusammenschluss in dieser konkreten Situation überhaupt ab).

Die vergangenen Jahre haben praktisch gezeigt, dass auch die vorsichtigen Hoffnungen und Erwartungen in den Bereichen nicht erfüllt wurden, wo es wirklich um den Zusammenschluss ging.

Wir haben in diesen Jahren unsere Organisationstätigkeit auf mehrere Bundesländer ausgedehnt, internationale Kontakte hergestellt, unsere programmatischen Grundlagen sowie Positionen zu wichtigen politischen Fragen ausgearbeitet usw. Aber die organisatorische Bündelung der Kräfte konnte nicht auf eine qualitativ höhere Stufe des Parteaufbaus gehoben werden. Es war kein Zusammenschluss von drei Organisationen auf der gleichen Entwicklungsstufe und wir haben uns allzu leichtfertig über das Problem hinweggesetzt, dass es in mehreren Fragen nur oberflächliche Übereinstimmung gab. Auch nach dem Zusammenschluss wurde kein entwickelter Linienkampf geführt. Stattdessen wurden bei der Formulierung von Positionen immer wieder zurückweichliche Kompromisse beschlossen - aus dem einzigen Grund, das Zusammenwachsen nicht zu gefährden. Das war eine Illusion. Die seit über einem halben Jahrhundert akkumu-

lierten theoretischen Defizite können nicht einfach ignoriert oder übergangen werden. Die Stagnation der Theorie und des revolutionären Erkenntnisprozesses hat auch in unserer Organisation üble Auswirkungen gezeigt, die wir allerdings im Rahmen dieser Erklärung nicht weiter ausführen können.

Ohne auf innerorganisatorische Details näher einzugehen, möchten wir festhalten, dass weder eine demokratisch-zentralistische Organisationsstruktur noch verbindliche politische Positionen durchsetzbar waren. Schon bis 2005 war der Großteil der Gründungsmitglieder von 2 der 3 Organisationen wieder weg, ein anderer Teil hatte bis 2007 zumindest vorübergehend unsere Organisation verlassen.

Aus diesem Grund hat die 7. Konferenz der komak-ml Ende 2007 das Scheitern des Zusammenschluss-Projekts festgestellt und (wie schon länger geplant) eine Änderung des Organisationsnamens beschlossen. Der neue Name drückt jetzt klarer unsere Absicht aus: Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei. Wir haben versucht, unsere Erfahrungen so allgemein zu formulieren, dass sie auch für außenstehende Interessierte und aus dem aktuellen Zusammenhang herausgelöst verständlich sind. Deshalb haben wir auch möglichst alle konkreten Bezüge weggelassen.

1. Versuch über einige Schwierigkeiten

2006 haben wir als komak-ml „Thesen zum Verhältnis von Klassenkampf und Möglichkeiten des Parteaufbaus“ beschlossen. Viele dieser Thesen hatten schon damals den Charakter von Appellen. Appelle an uns als Organisation und an unsere eigenen Genoss/innen, sich doch zusammenzunehmen, durchzuhalten.

Unser Hauptproblem bei der Entwicklung zu einer arbeitsfähigen, tragfähigen und einigermaßen stabilen Gruppe, Organisation, Parteaufbauorganisation ... war und ist die Kaderbildung.

Wir gehen von der Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, und damit der kommunistischen Weltbewegung aus, dass die Arbeiter/Innenklasse eine kommunistische Partei braucht, um die sozialistische Revolution durchzuführen.

Diese Partei ist notwendigerweise keine „Massen“partei, sondern eine „Kader“partei; sie ist Avantgarde, hat die Aufgabe anzuleiten, voranzuschreiten, ausgerüstet mit Strategie und Taktik, mit Programm und Plan für die sozialistische Revolution. Die Partei gewinnt das Vertrauen der Massen der Arbeiter/innen in erster Linie im Kampf. Weil Kommunist/innen bewusst ist, dass die Partei ein unabdingbar notwendiges Instrument ist, müssen sie, wenn es keine kommunistische Partei gibt, an dem Aufbau einer solchen arbeiten, zumindest Vorarbeiten dafür leisten.

Freilich ist die kommunistische Partei in erster Linie Mittel und Werkzeug, nicht Selbstzweck. Sie ist vor der Revolution Werkzeug für den Klassenkampf, sie ist Mittel, um zur Revolution zu kommen, diese zu beginnen und die politische Macht zu übernehmen.

In Zeiten des Klassenkampfes auf nur sehr niedrigem Niveau gibt es ein Problem damit, dass der eigentliche Zweck der Partei (als Avantgarde voranzuschreiten) gar nicht zum Tragen kommen kann, wir können nicht direkt überprüfen, ob wir das Richtige machen. Wir könnten das Werkzeug, selbst wenn wir in seinem Besitz wären (wir die Partei schon aufgebaut hätten, was nicht der Fall ist), derzeit nicht im Sinne seiner eigentlichen Bestimmung verwenden.

Klar, die Entwicklung von Bewegung und den notwendigen Organisationsformen verläuft dialektisch. Offensichtlich ist: Es gibt enge Zusammenhänge zwischen dem historischen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und den konkreten Möglichkeiten für den Parteaufbau. Doch eben weil es falsch ist, darauf zu warten, dass die Bewegung „sich entwickelt“, die sich dann Organisationsformen selbst und nebenbei schafft, stehen wir heute schon ganz konkret vor der Aufgabe des Parteaufbaus. Spontan entsteht sie nämlich nicht, die kommunistische Partei. Ebenso wie die Arbeiter/innenklasse spontan nicht revolutionäres Bewusstsein entwickelt.

Also: Um zu wissen, ob ein Hammer tauglich ist, muss ich ihn verwenden, erst dann werde ich merken, ob er meinen Ansprüchen genügt oder nicht. Und umgekehrt: In einer Situation wie unserer, wo es keine kommunistische Partei gibt, die Arbeiter/innenklasse kein Werkzeug hat, um zur Revolution zu kommen, und die Klassenkämpfe nur auf sehr niedrigem Niveau stattfinden, stellt sich fast zwangsläufig die Frage, ob und inwieweit heute schon ein solches taugliches Werkzeug für eine zukünftige, nur vorgestellte revolutionäre Situation entwickelt werden kann. Ein Werkzeug, das derzeit weder ausreichend ausprobiert, noch verfeinert und verbessert werden kann. Die Frage heißt, ob und inwieweit Parteaufbau heute überhaupt möglich ist.

Wir meinen: Es ist möglich, zumindest Vorstellungen zu entwickeln, uns anzunähern an Form, Wirkweise und Anwendungsarten des nötigen Werkzeugs, unserer Partei, und es gibt Erfahrungen, die wir prüfen müssen und auf denen wir aufbauen können.

Wir befinden uns heute und hier in der misslichen Lage, dass sich die revolutionär-kommunistische Bewegung international in ei-

nem äußerst schlechten Zustand befindet, dass es in Österreich keine kommunistische Partei gibt und dass dieses Gründe hat, die wir untersuchen müssen.

Wir wissen, dass die geschichtliche Entwicklung sowohl evolutionär als auch revolutionär verläuft. Sprunghafte Veränderungen sind Teil der Entwicklung. Aufgrund des Wissens, dass eine Partei notwendig ist, trachten wir, bestmöglich vorbereitet zu sein auf solche Situationen, wo sprunghafte Veränderungen stattfinden.

Sicher ist: Ohne Theorie und ohne Programmatik verläuft unsere Praxis ziel- und planlos. Doch auch die Theorie muss anhand der Praxis bestätigt, modifiziert und weiterentwickelt oder revidiert und verworfen werden.

Es ist daher notwendig, immer wieder zu prüfen, ob unsere Theorie (und auch die eigenen Ansätze zu einer Weiterentwicklung der revolutionären Theorie) Stand hält, auch dem tatsächlichen Stand entspricht, oder aber nur voller Phrasen steckt, gar nicht gründlich genug durchdacht ist, eigentlich bloße Wiedergabe von alten, als gesichert angenommenen Texten, in Wirklichkeit bloß abgeschrieben ist. Angebliche Unumstößlichkeiten gebetsmühlenartig zu wiederholen hat mit Theoriebildung sicher nichts zu tun. Das ist kein Aufruf, alles zu verwerfen, oder das Rad neu zu erfinden. Wir wissen um den reichen Schatz an Erfahrungen und Erkenntnissen, den wir uns aneignen müssen. Auf dem wir aufbauen müssen und können. Den wir weiterentwickeln müssen. Aber wir sind heute angehalten, ja verpflichtet, die Tiefe der Niederlage der Arbeiter/innenbewegung endlich zur Kenntnis zu nehmen. Es kann nicht angehen, dass wir uns auf Dogmen verlassen. Wir müssen sie in Frage stellen.

Wir haben uns vorgenommen, möglichst gründlich umzugehen mit unserer Fähigkeit zur Analy-

se und auch die Beschränktheit unserer Möglichkeiten, wirkliche nutzbare Ergebnisse zu erhalten, nicht aus den Augen zu verlieren.

Die anstehenden Fragen sind ernst und wir müssen sie ernst nehmen, zumal wir wissen, dass auch die letzten Parteaufbauversuche, die der 1970er-Jahre Fehlschläge waren, (insofern die sozialistische Revolution mit ihrer Hilfe nicht in absehbarer Nähe gerückt ist). Ja eigentlich waren sie großteils nur mehr Abklatsch und Karikaturen der großen Arbeiter/innenparteien aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Diese Versuche sind unübersehbar nach dem Niedergang der Bewegungen, in deren Umkreis sie entstanden, zu sektenhaften Kleinstgruppen degeneriert und zum allergrößten Teil längst wieder verschwunden.

Wir halten daran fest, dass es möglich ist, auch heute schon, planmäßig eine arbeitsfähige Struktur (einen „Apparat“) aufzubauen. Und: Aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiter/innenklasse haben wir relativ konkrete Vorstellungen davon, wie diese Struktur notwendig ausschauen soll. Gleichzeitig müssen wir Acht geben und nicht vergessen, dass auch die Frage der Struktur eine der Praktikabilität und Zweckmäßigkeit ist und keine heilige Kuh. Konkret: Der demokratische Zentralismus ist äußerst praktisch und sinnvoll. Er kann aber auch zum Hindernis werden, etwa weil wir zu wenige sind, oder weil eine der Ebenen nicht funktioniert, und dann sollen wir uns andere Strukturen überlegen, solche, mit denen wir arbeiten können.

Verlässlichkeit ist für jeden politischen Zusammenschluss unabdingbar.

Ohne Verbindlichkeit in den Strukturen, ist demokratischer Zentralismus nie und nimmer verwirklichtbar.

Jedoch: Jede Genossin, jeder Genosse ist dafür verantwortlich. Nicht die Leitung, schon gar nicht einzelne Personen allein. Nur dann, wenn es von unten nach oben funktioniert, kann der nötige Zentralismus fruchtbar sein.

Leuten, die an den Parteaufbau gehen, muss unbedingt bewusst sein, worauf sie sich einlassen: nämlich auf eine zähe, langwierige und ziemlich umfassende Arbeit, die zum einen jede einzelne Person betrifft: vor jeder Genossin (und auch vor Personen männlichen Geschlechts) steht eine umfassende theoretische und praktische Ausbildung und stete ideologische Festigung, für die ständige bewusste Entwicklung zu einem möglichst umfassend fähigen Kader; zum anderen geht es um die Entwicklung der ganzen Organisation: inhaltlich-programmatisch und strukturell (unter anderem auch den Aufbau einer Struktur für die illegale Arbeit und die Arbeit unter repressiveren Bedingungen, sowie den Aufbau von Ortsgruppen usw.) und dabei auch um das Auftreten nach außen: Das heißt in einer Phase, wo die Partei noch keinen Masseneinfluss hat (aktuell also wahrscheinlich noch längere Zeit), geht es vorrangig um die revolutionäre Propaganda in unterschiedlichster Form, und Agitation zu aktuellen Anlässen und dann, wenn sich die Klassenkämpfe entwickeln, die Arbeiter/innen in Bewegung kommen, mehr und mehr, ...

Das dauerhafte Gewinnen von Leuten, denen diese komplexen Notwendigkeiten bewusst sind und die zu all dem (und eigentlich viel mehr) bereit sind, ist heute zweifellos eines der größten Probleme für den revolutionär-kommunistischen Parteaufbau. Denn die Konsequenz heißt: Richte dein Leben darauf ein, Revolutionär/in zu sein. Dass junge Leute sich kurzfristig für etwas begeistern und sehr aktiv sind, sich dann aber fast

ebenso rasch wieder mehr oder weniger zurückziehen, und etwas anderes machen, ist für uns kein Grund zum Jammern.

Auch dass ältere Leute, die Jahre und Jahrzehnte politisch aktiv sind, sich vom Parteaufbau abwenden und endlich einmal privatisieren wollen, oder politisch resignieren ist nicht verwunderlich, angesichts der tristen Lage. Auch die Verzettelung in Teilbereichen ist eine Erscheinung, die wir häufig beobachten. Aber unser Vorhaben ist tatsächlich ein umfassendes, wieso dann in Teilkämpfen das Ziel verlieren?

Wir sind umso mehr gefordert, unsere Arbeit weiterzumachen. Ohne Illusionen in allzu große persönliche Wirkmächtigkeiten.

Um an den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei gehen zu können, sind also in erster Linie Kommunist/innen nötig, die dazu bereit sind, und Kommunist/innen zeichnet aus, dass sie nicht reformistische Vorstellungen haben, sondern von der Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialistischen Revolution wirklich überzeugt sind, und eben auch bereit, dafür zu kämpfen.

Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts erlebte die kommunistische und Arbeiter/innenbewegung einen ungeheuren und triumphalen Aufstieg. Einige anschließende Höhenflüge verdeckten lange, dass etwas im Argen lag. Wir als Revolutionär/innen stehen heute vor den Trümmern dieser Entwicklung. Ein gewaltiger Berg ist es und wir haben großen Scharfsinn und äußerste Klarsicht nötig, um zu sortieren und abzutragen, zu verwerfen, zu reparieren und aufzuheben.

Unter anderem müssen wir unbedingt dahinter kommen, wie es zu dieser schweren Niederlage kommen konnte.

Für unsere aktuelle Politik ist es auch wichtig herauszufinden, was von den erkämpften Errun-

genenschaften von Dauer und gesichert ist, welches Fehlentwicklungen und wirkliche Irrwege waren, die viele – und das nicht nur in Europa, sondern fast überall auf der Welt - kapitulieren ließen vor der großen revolutionären Aufgabe und viele von uns auf immer neue Abwege des Reformismus und der Teilkämpfe stießen und stoßen.

War das große hauptsächliche Ergebnis des Kampfes unserer kommunistischen und revolutionären Vorkämpfer/innen im 20. Jahrhundert wirklich jenes, die konsequenteren Demokrat/innen zu sein? Sie haben held/innenhaft die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus erkämpft und über die Entwicklung der europäischen Gesellschaften zu bürgerlichen Demokratien gewacht, oft genug immer noch bekämpft, verleugnet, nicht ernst genommen. Danach sind sie abgetreten, verschwunden, als wäre ihre Aufgabe erfüllt. - Wenn nicht als Personen, so als Verkörperung des revolutionären Gedankens.

Wie unglaublich weit war dieses Ergebnis von ihren, von unseren kommunistischen, revolutionären Vorstellungen, Hoffnungen und Erwartungen entfernt.

Zunehmend durchdrang der Reformismus jede mögliche Handlung, und die Vorstellung, dass eine neue, grundsätzlich andere Gesellschaft zu errichten sei, verlor sich in ihm.

Auch unzählige individuelle Biographien sind derart verlaufen, Generation für Generation, wir wissen das; und die Bourgeoisie kann frohlocken, sie bekommt kluge Köpfe frei Haus.

Sowohl die unterschiedlichen Versuche auf staatlicher Ebene - der Beginn der Errichtung von Gesellschaften mit sozialistischen Zügen – erlitten Niederlagen, wie auch die kommunistischen Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen in den - auch so deklarierten - kapitalistischen Ländern. So die

Revolution, die revolutionäre Bewegung, der gesamte revolutionäre Weltprozess.

Zahlreiche soziale und demokratische Rechte verdanken die Arbeiter/innen in „Westeuropa“ hauptsächlich der so genannten Systemkonkurrenz. Aktuell hat die Bourgeoisie derartige Zugeständnisse nicht notwendig, ihr Gutdünken und die Konjunktur bestimmen über die Geschicke der fast kampfflos ergebenden Klasse.

Die wirklichen Unterschiede zwischen den Gesellschaften in Ost und West (-Europa, wohl-gemerkt!) bestanden oft nur in Nuancen.

Wir erkennen: Die Entwicklungen verliefen im Wesentlichen parallel.

Die Niederlage der Arbeiter/innenbewegung ist wirklich umfassend. Heute geht es nicht um Korrekturen hier und da, sondern um einen Neubeginn!

Eine der fundamentalsten und der sicher bleibenden Erkenntnisse war, ist, wird sein: ohne Revolution, ohne Zerschlagung und völlige Umwälzung des Alten und ohne Eroberung der politischen Macht, kein Aufbau des Neuen, keine Möglichkeit für dauerhafte, qualitative Veränderungen. Dafür wiederum benötigt die Arbeiter/innenklasse eine Vorhut-Partei, wovon uns Lenin in Theorie und Praxis überzeugt hat.

Noch niemals war Dogmatismus etwas anderes als Erstarrung. Doch tut es Not, wach zu sein. Die Welt braucht sozialistische Revolutionen und wir brauchen eine Partei. Wir wissen, dass wir keine Rezepte besitzen, sondern, im Gegenteil und notwendigerweise, auf alte Dogmen verzichten werden. Bloß keine neuen Unumstößlichkeiten zulassen!

Uns ist auch das Unmoderne unseres Ansinnens bewusst. Umfassende Entwürfe sind nicht gefragt. Und das schon seit

Jahrzehnten. Der Eklektizismus treibt arge Blüten, doch sie riechen nicht einmal gut.

Wir wollen uns nicht verlieren in Teilbereichskämpfen. Es muss uns Ganze gehen. Wir haben beschlossen, wir wollen den Versuch wagen. Wir wollen Grundsteine für eine neue Partei legen.

Die komak-ml war dazu ein Anlauf, nicht der erste, nicht der letzte. Drei Gruppen haben sich damals zusammengeschlossen mit dem Willen, dieses Vorhaben voranzubringen.

Wir sagen heute: Dieser Zusammenschluss ist gescheitert. Aus verschiedenen Gründen. Wir nehmen uns nicht so wichtig zu meinen, dass alle davon verallgemeinerbar wären. Doch einige, so meinen wir, sehr wohl.

2. Revolutionäre Linie und Rechtsopportunismus

In Zeiten schwach entwickelter Klassenkämpfe und politischer Ebbe wird jede revolutionär kommunistische Gruppe sich zuallererst auf die Propaganda konzentrieren müssen.

Für eine kleine Gruppe von theoretisch geschulten Kommunist/innen mit einiger praktischer Erfahrung ist es nicht allzu schwer, auch über Jahre hinweg die gesamte Arbeit auf prinzipielle und theoretische Stellungnahmen und propagandistische Aktivitäten auszurichten. Alle, die hinsichtlich dem praktischen Auftreten andere Vorstellungen haben, werden (von vorn herein oder nach kurzer Zeit) abgestoßen.

In der „positiveren“ Variante wird die revolutionär kommunistische Theorie durch Studium klassischer Schriften und aktueller bürgerlicher Werke sogar weiter entwickelt und in Teilbereichen auf einen aktuellen Stand gebracht. So kann sie als Grundlage für ein revolutionäres Eingreifen anderer Gruppen für wirklich stattfindende Klassenbewegungen nutzbar gemacht werden.

In der „negativeren“ Variante werden vorrangig bloß Zitate aus kommunistischen Schriften vergangener Jahrhunderte passend aneinander gereiht und abschließend festgestellt, dass schon MELS usw. festgestellt haben, dass nur die proletarische Revolution eine wirkliche Veränderung bringen kann.

Beide Extreme sind Varianten einer reinen und ausschließlichen Propagandatätigkeit einer Gruppe, die sich dem revolutionären Kommunismus verbunden fühlt – und beide Formen finden sich auch in Österreich zumindest als Tendenz seit Jahrzehnten.

Sobald eine solche Gruppe versucht, „Politik zu machen“, d.h. in reale Bewegungen (mit Beteiligung) der Arbeiter/innenklasse einzugreifen, um maßgeblichen Einfluss zu erlangen, tauchen verschiedene Gefahren auf. Bei reiner Propagandatätigkeit sind diese Gefahren des „linken“ und rechten Opportunismus im Hintergrund, weil ja keine wirkliche Auseinandersetzung mit den Aktivist/innen einer Bewegung und ihrer Praxis gesucht wird. Im Wesentlichen wird „Wissen verkündet“, sei es in Publikationen oder auch auf Transparenten und in Sprechchören.

Die Probleme beginnen meist bei der Formulierung konkreter Forderungen und politischer Stellungnahmen zu aktuellen Anlässen und in Auseinandersetzungen mit führenden Vertretern/innen einer Bewegung, z.B. bei Aktionseinheiten.

Ziel des Eingreifens einer revolutionär kommunistischen Gruppe in wirkliche Bewegungen der Arbeiter/innenklasse (und ihrer Verbündeten) muss es sein, Teile der Bewegung hinter revolutionären Parolen zusammenzuschließen, d.h. einen Blick zustande zu bringen, der über eine prinzipienfeste Haltung zum Tagesereignis hin-

aus die Perspektive der proletarischen Revolution (direkt oder indirekt) vertritt.

In diesem Zusammenhang wäre es heute eine linke Abweichung, die Propaganda für die Revolution so stark in den Vordergrund zu stellen, dass der konkrete Kampf und Anlass für die Demo völlig in den Hintergrund rückt. So können dann auch nicht die klassenbewusstesten Elemente im Kampf auf die Seite des Kommunismus gezogen werden. Konkret: Eine Person, die bereits mit dem Kommunismus irgendwie sympathisiert, sich persönlich aber insbesondere im Kampf gegen den EU-Imperialismus engagiert, kann nicht für den revolutionären Kommunismus gewonnen werden, wenn die RK in ihrem ganzen Auftreten (z.B. als Block auf der Demo und im Flugblatt) signalisieren: Was schert uns der Teilkampf gegen die EU, wir wollen die Diktatur des Proletariats! So ein Auftreten schadet jedenfalls dem Parteaufbau.

Es kommt allerdings immer wieder vor, dass Personen, die über lange Zeit so eine Haltung kultiviert haben, schließlich ins andere Extrem umschwenken.

Denn viel verbreiteter und einflussreicher als linke Abweichungen sind in Österreich heute die verschiedenen Formen des Rechtsopportunisten, der durch den kleinbürgerlichen und arbeitertokratistischen Einfluss in (fast?) allen Bewegungen vorherrscht. Da Strömungen des radikalisierten Kleinbürgertums immer auch auf die Arbeiter/innenbewegung und auf kommunistische Organisationen einwirken, dringt der Rechtsopportunist auch in revolutionär kommunistische Gruppen ein. In der heutigen Situation ohne RKP, wo das Hauptkettenglied der revolutionär kommunistische Parteaufbau ist, zeigt sich der Rechtsopportunist am deutlichsten in dieser Frage des Parteaufbau selbst: Eine Partei wäre unbe-

dingt notwendig, aber der Parteaufbau gehe heute praktisch nicht. Die Bedingungen seien noch nicht reif, deshalb müssten verschiedene Umwege versucht werden, die (auf längere Sicht) zu einer Partei führen usw.

Häufig entsteht der Rechtsopportunist aus einem permanenten Anbietern an das niedrige Bewusstsein der Aktivist/innen der „sozialen Bewegung“ oder der „durchschnittlichen Arbeiter/innen“. Statt sich bewusst und gezielt an einzelne weiter fortgeschrittene, klassenkämpferische Personen zu wenden, orientiert sich die rechtsopportunistische AgitProp an der Masse. Gleichzeitig wird bedauert, dass die Massen so lethargisch und inaktiv sind, was als Konsequenz dann zu einer noch seichteren AgitProp führt, weit weg von jedem kommunistischen Anliegen.

Diese Haltung entspringt natürlich nicht der Dummheit oder dem bösen Willen einzelner Genoss/innen oder ganzer Gruppen, sondern ist auf den permanenten Druck der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie zurückzuführen, mit dem jedes Mitglied und jede Aktivist/in konfrontiert sind und zum Rechtsopportunisten als einfachen Ausweg, dem Druck auszuweichen, drängt.

Simpel gesagt ist alles eine rechte Abweichung, wo die Perspektive der proletarischen Revolution – der Zweck unseres Zusammenschlusses als RK Parteaufbauorganisation – nicht mehr sichtbar ist.

Das Problem der korrekten Ausrichtung in Teilkämpfen stellt sich in entwickelteren Klassenkampfssituationen anders, wenn es eine gefestigte RKP gibt und verschiedene Vorfeldorganisationen und Komitees, die von der Partei im Tageskampf angeleitet werden. Heute in Österreich, wo wochen- und monatelang keinerlei Klassenkampfaktionen stattfinden bzw. bekannt werden und wo es keine RKP gibt,

muss jedes geplante Auftreten einer RK Gruppe auch dazu dienen, die revolutionäre Perspektive zu entwickeln, gerade die klassenbewusstesten Elemente noch einen Schritt weiter zu bringen. Andernfalls kann von Parteaufbau keine Rede sein.

Wenn eine fortgeschrittene Arbeiterin zu einem Flugblatt von uns sagt: Das zeigt wirklich gut die empörende Situation, aber ich kenn das eigentlich eh schon aus der Zeitung von SOS-Mitmensch oder dem GLB, dann passt wahrscheinlich was nicht an der Ausrichtung des Flugblatts.

3. Revisionistischer Druck und Liquidatorentum

Heutzutage gibt es in einem imperialistischen Land wie Österreich unterschiedliche Kräfte, die an jeder Person zerrern, die sich zum revolutionären Kommunismus bekennt und eine entsprechende Politik zu machen versucht:

In erster Linie und täglich, stündlich bist du mit der bürgerlichen Ideologie konfrontiert, die dir ins Gesicht sagt, dass erstens der Kommunismus gescheitert ist, zweitens der Kommunismus keine Perspektive hat, und drittens der Kommunismus im historischen Rückblick nur unnötiges Leid und Elend über die Menschen gebracht hat. Jeder Mensch, der politische Diskussionen führt, die über die reine Besprechung von Tagesereignissen hinausgehen, unterliegt diesem permanenten Druck.

Abgeleitet davon gibt es heute zwei hauptsächliche Formen von Revisionismus, das heißt Abkehr vom revolutionären Kommunismus, die beide auf Reformismus hinauslaufen, auch wenn die Betroffenen den Reformismus-Vorwurf empört zurückweisen, weil sie ja subjektiv „die Revolution“ herbeisehnen, eine total andere Gesellschaft wünschen. Das eine ist der „Parteaufbau von unten in kleinen Schritten“ das andere ist der „Partikularismus“.

In einer Situation, wo es in einem Land keine revolutionär kommunistischen Gruppen gibt, ist es die Aufgabe jeder einzelnen kommunistisch orientierten Person, eine Gruppe zu schaffen und zu festigen, die als Kern für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei alle diejenigen Aufgaben in Angriff nimmt, die jedenfalls gemacht werden müssen. Abhängig von der Zahl und den Fähigkeiten der Handvoll Genoss/innen muss auf alle Fälle der Schwerpunkt und der Großteil der Aktivitäten dem Aufbau eines Zentrums dienen.

Dazu ist die Herausgabe und Verbreitung von propagandistischen Schriften (und nach Möglichkeit politischen Stellungnahmen zu herausragenden Ereignissen) ebenso notwendig wie eine Kontaktmöglichkeit zu diesem Zentrum.

Dazu sind ausführliche und geduldige Gespräche mit Sympathisierenden ebenso notwendig wie die Teilnahme an bedeutenden Massenaktionen der Arbeiter/innenklasse und anderen Teilen des Volkes.

Dazu ist das systematische Studium sowie die Anwendung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus auf die konkrete Situation des Landes und die Ausarbeitung programmatischer Grundlagen ebenso notwendig wie die Organisation von Schulungszirkeln und Theoriedebatten mit der Konzentration auf politisch nahe Stehende.

Dazu ist die Kontaktaufnahme mit revolutionär kommunistischen Parteien und Organisationen in anderen Ländern ebenso notwendig wie die zu antiimperialistischen Organisationen in Ländern, in denen der eigene Imperialismus eine bedeutende Rolle bei der Unterdrückung und Ausplünderung der dortigen Volksmassen spielt.

Alle diese Aufgaben können auch von einer Hand voll revolutionärer Kommunist/innen jederzeit zumindest in kleinem Umfang angepackt werden.

Wenn die Kräfte richtig eingeteilt werden können in jedem dieser Bereiche langfristig kleinere Fortschritte erzielt werden, ohne einen dieser Bereiche zu vernachlässigen. Wichtig ist dabei, immer das Ziel einer wirklichen Kampfpartei vor Augen zu haben und vor allem solche Schwerpunkte setzen, um diesem Ziel näher zu kommen, d.h. die gestellten Aufgaben immer besser und umfangreicher zu erfüllen.

Die Vertreter/innen des „Parteiaufbaus von unten in kleinen Schritten“ haben auch das Bild einer fertigen Kommunistischen Partei im Kopf. Aber sie setzen ihre Aktivitäten so, als ob diese Partei schon existiere. Sie nehmen wahllos zu allen möglichen aktuellen Ereignissen vom kommunistischen Standpunkt aus Stellung, oder arbeiten in allen möglichen Aktionseinheiten mit, oder basteln an Betriebsaufbauzellen und Vorfeldorganisationen, oder verbreiten Stellungnahmen kommunistischer Organisationen anderer Länder usw. – so als ob es im eigenen Land schon einen revolutionär kommunistischen Kern (oder gar eine Parteiorganisation) gebe.

Der systematische Aufbau des Gerüsts der Parteiaufbauorganisation auf ideologischer, theoretischer und organisatorischer Ebene ist ihnen unwichtig und sie können jahrelang als Kommunistinnen dahin handwerkeln, ohne irgend etwas Bleibendes, dauerhaftes zu Stande zu bringen. Das Versinken in die „tagtägliche Kleinarbeit des Parteiaufbaus“ führt zu kleinbürgerlichen Haltungen in politischen und organisatorischen Fragen, zu Rechtsopportunismus und Revisionismus, weil das Ganze, d.h. die konkrete Aufgabe der Schaffung einer Parteiorganisation immer weiter verschoben wird. In der heutigen Situation bringt es nichts, auf die Entstehung weiterer kommunistischer Zirkel zu warten und zu hoffen, um dann den Parteiaufbau leichter zustande

zu bringen. Bis der nächste kommunistische Zirkel - bei derart schwach entwickelten Klassenkämpfen - entstanden ist, ist der erste Zirkel schon wieder längst politisch versumpft.

Eine besondere Ausprägung dieser handwerklerischen Haltung innerhalb einer kommunistischen Organisation drückt sich in der Weigerung aus, Verantwortlichkeiten zu übernehmen, oder auch nur planmäßig und verbindlich Teilaufgaben zu übernehmen und selbstständig für ihre Umsetzung zu sorgen. Es gibt Genoss/innen, die in ihrer Selbstbeschränkung so weit gehen, auch nach langer Mitgliedschaft möglichst immer nur Aufgaben unter der Anleitung anderer zu übernehmen, sich jeder planmäßigen Aufteilung der Kräfte der Organisation zu widersetzen und immer nur „Hilfsdienste“ zu übernehmen. Hinsichtlich der notwendigen Kaderentwicklung ist das eine verheerende Haltung und steht der Entfaltung des demokratischen Zentralismus direkt entgegen. Als „einfache Mitglieder“ fordern sie, von der Zellenleitung oder Ortsleitung bei jedem Schritt „angeleitet“ bzw. betreut oder überzeugt zu werden. Sobald sie in eine leitende Funktion gewählt wurden, betonen und verlangen sie die „Selbstständigkeit“ der Arbeit aller Genoss/innen, die „Entfaltung der Initiative von unten“ usw. In jedem Fall sabotieren sie die planmäßige Arbeit und den systematischen Parteiaufbau im Rahmen eines erarbeiteten und ständig weiter entwickelten Gesamtkonzepts.

Eine andere Möglichkeit, „kommunistische Politik zu machen“ ohne nachhaltig was weiter zu bringen ist der Partikularismus, die ausschließliche Konzentration auf einen bestimmten Teilbereich, auf eine bestimmte Frage des Klassenkampfes, auf eine Erscheinungsform der Widersprüche im Imperialismus. Revolutionäre Kommunist/innen müssen - entsprechend ih-

ren Kräften - planmäßig an verschiedenen Kampffronten der Arbeiter/innenklasse und in verschiedenen Sektoren der Volksmassen aktiv werden. Sobald es die Kräfte erlauben, müssen gleichzeitig verschiedene Aktivitäten in Angriff genommen werden, ohne die Hauptaufgaben im Parteaufbau zu vernachlässigen – und auf jeden Fall systematisch und als Teil eines Gesamtplans.

In jeder etwas entwickelteren Klassenkampfsituation werden neue revolutionäre Kräfte wahrscheinlich in konkreten Kämpfen und über die systematische Arbeit der Partei im jeweiligen Bereich schon lange vor dem Ausbruch dieser Kämpfe und auch in der Zeit nach dem Ende dieser Kämpfe gewonnen werden. Das kann der langfristige Kampf auf gewerkschaftlicher Ebene oder der Kampf gegen Demokratie-Abbau oder Kürzung der Sozialleistungen sein, der Kampf für Frauenbefreiung oder gegen imperialistische Kriege usw.

Wenn Kommunist/innen sich darauf beschränken, in einer dieser Fragen aktiv zu werden, sich auf einen dieser Bereiche zu konzentrieren und alle anderen Fragen des Klassenkampfes und der Revolution aus dem Auge zu verlieren, dann kann der notwendige Aufbau einer Partei keine Fortschritte machen.

Eine besondere Form dieses Partikularismus, der „ehrliche kommunistische Gesinnung“ mit Liquidatorentum verbindet, ist die Fixierung auf die Revolution in einem anderen Land. Auch eine noch so aufopferungsvolle Hingabe und materielle und physische Einsatzbereitschaft für den revolutionären Kampf in einem anderen Land als in dem du lebst und arbeitest, bedeutet Liquidatorentum. Denn dort, wo du als Kommunist/in wirklich, ganz real was weiter bringen könntest, wo jede deiner Aktivitäten - sofern sie nach einem sinnvollen Gesamtplan für den Parteaufbau erfolgen – einen kleinen Schritt weiter bedeuten,

machst du keine oder nur äußerst beschränkte Beiträge, schließt du dich nicht wirklich mit den Genoss/innen zusammen, die die Revolution in diesem Land vorantreiben versuchen, das deinen Lebensmittelpunkt darstellt.

Revisionistische und reformistische Auffassungen sind leichter vereinbar mit den Alltagsbeziehungen in unserer Gesellschaft. Und auch die Konzentration der „revolutionären Arbeit“ auf einen einzigen exklusiven Bereich wird von „den Freund/innen und Bekannten“ leichter akzeptiert als der Versuch, in allen Lebensbereichen eine revolutionäre Haltung einzunehmen.

Nur der bewusste und kollektive Kampf gegen Rechtsopportunismus in den eigenen Reihen kann die Organisation politisch stabilisieren und damit dem Liquidatorentum, das den Aufbau einer RKP hintertreibt, erfolgreich entgegenzutreten.

4. Probleme im multinationalen Parteaufbau

Wenn sich große Gruppen von revolutionär gesinnten Arbeiter/innen hauptsächlich auf fremde Länder orientieren, ist das natürlich nicht nur schlecht für die politische Entwicklung in dem betroffenen Land, wo sie leben und arbeiten. Es schadet auch der Entwicklung der Revolutionär-Kommunistischen Weltbewegung insgesamt, denn am meisten bringt du als revolutionärer Kommunist und Kommunistin dort weiter, wo du direkt in den Klassenkampf eingreifen kannst, wo du lebst und arbeitest. Solche Formen von „revolutionärer Untätigkeit im eigenen Land bei gleichzeitiger Hingabe für den revolutionären Kampf in einem anderen“ gibt es nicht nur bei Arbeitsmigrant/innen, sondern allgemein bei revolutionär Gesinnten.

Wenn wir uns in Österreich die Leute anschauen, die (zumindest subjektiv) einen starken Hang zur sozialistischen Revolution haben und sich auch mit re-

volutionär kommunistischer Literatur vertraut gemacht haben oder deren Inhalte zumindest ansatzweise vertreten, stellt sich heraus, dass auch unter denen ohne Migrant/innen-Rucksack die Beschäftigung mit Revolutionen in fernen Ländern (z.B. Venezuela, Bolivien) bedeutend intensiver ist, als mit Fragen der Revolution in Österreich.

So sind revolutionäre Migrant/innen, wenn sie nach Österreich kommen, mit einer Situation konfrontiert, wo diejenigen, die sich mit dem Klassenkampf in Österreich beschäftigen, fast durchwegs Reformisten aller Spielarten und schlimmeres sind, während sich die wenigen Revolutionär/innen vorwiegend mit Venezuela, Kolumbien, Kurdistan, Türkei, Baskenland oder sonst was beschäftigen. Jedenfalls wissen sie wenig über die Klassenverhältnisse in Österreich Bescheid und haben keine Ahnung, wie die revolutionäre Bewegung in Österreich Fortschritte machen soll.

Es ist sicher sinnvoll und notwendig, bei der Entwicklung der politischen Linie (bzw. ihrer Korrektur im Zwei-Linien-Kampf) die Erfahrungen anderer kommunistischer Organisationen in die Diskussion einzubringen. Das machen wir bei bestimmten Themen planmäßig und systematisch z.B. durch das Studium der Positionen der Komintern und der KPÖ (insbesondere aus den 1920er und 1930er Jahren), der KP China und MLPÖ (insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren) usw. Darüber hinaus studieren und diskutieren wir (weniger systematisch) Erklärungen und Einschätzungen heutiger internationaler kommunistischer Vereinigungen wie der RIM (Revolutionäre Internationalistische Bewegung) oder der ICMLPO (Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen) und ihrer führenden Parteien, sowie anderer Parteien und Organisationen zu denen wir Kontakt haben.

Es ist auch zu begrüßen, dass sich einzelne Genoss/innen oder Gruppen von Genoss/innen intensiver mit den Erfahrungen und der politischen Linie bestimmter revolutionär-kommunistischer Parteien in anderen Ländern auseinandersetzen, um deren Positionen zu bestimmten Fragen in unserer Organisation zur Diskussion zu stellen. Das belebt und vertieft die Auseinandersetzung um die richtige politische Linie und führt zu klareren Positionen – insbesondere in einer Situation so schwach entwickelter Klassenkämpfe und politischer Debatten wie im heutigen Österreich.

Es gibt dabei aber auch die Gefahr, dass bestimmte Analysen und konkrete Erfahrungen aus anderen Ländern unreflektiert und schematisch auf Österreich übertragen werden. Diese schädliche Haltung, Positionen einfach zu übernehmen, statt den eigenen Kopf zu gebrauchen, ist aus der revolutionären Bewegung seit langem bekannt. Bei kleineren Organisationen kann dieses Problem auch in der Form auftauchen, dass Migrant/innen aus demselben Herkunftsland sich in verschiedenen Fragen stärker an den Positionen einer Partei ihres Herkunftslandes orientieren als an denen ihrer eigenen Organisation. Das hängt neben eventuellen emotionalen Bindungen vor allem damit zusammen, dass sie sich mit den Verhältnissen in ihrem Herkunftsland über Jahre (oft Jahrzehnte) hinweg weitaus besser vertraut gemacht haben als mit denen des Landes, in dem sie seit Jahren und Jahrzehnten leben und arbeiten. Es grenzt jedenfalls an Selbstbetrug und Realitätsverlust, wenn Arbeitsmigrant/innen seit 10 und mehr Jahren in Österreich leben und arbeiten, aber immer noch keinen Bezug zum Klassenkampf in Österreich haben und ihr politisches Leben völlig an einer Partei ihres Geburtslandes ausrichten.

Es soll nicht behauptet werden, dass von einzelnen Migrant/innen nur deswegen die politischen Positionen einer bestimmten Partei ihres Herkunftslandes vertreten werden, weil sie deren Positionen besser kennen (nämlich in ihrer Muttersprache gelesen und erläutert bekommen haben), während sie mit den deutschsprachigen Ausführungen in den Zeitungen ihrer eigenen Organisation sprachliche Schwierigkeiten haben. Aber diese Seite des Problems spielt sicher auch keine unwichtige Rolle – neben der Hauptfrage der grundsätzlichen Orientierung auf die Revolution im Land des materiellen Lebensmittelpunktes.

Der Proletarische Internationalismus ist eine unbedingt notwendige Haltung und Pflicht aller Revolutionär/innen. Aber das bedeutet nach Lenin gerade nicht, die Tätigkeit auf eine Revolution in fernen Ländern auszurichten, sondern eine hingebungsvolle Arbeit für die Revolution im eigenen Land – denn hier steht der Hauptfeind. Aus diesem Grund ist die Tätigkeit für die Revolution im eigenen Land das Hauptkettenglied der gesamten politischen Arbeit revolutionärer Kommunist/innen (außer es handelt sich um gezielt von der Partei ins Ausland geschickte Kader für spezielle Aufgaben).

Im Zusammenhang mit bestimmten Positionen der Drei-Welten-Theorie, vor allem dass die Sturzcentren der Weltrevolution auf längere Sicht ausschließlich in den neokolonial abhängigen Ländern zu finden seien, hat sich eine Revolutionstheorie und Parteaufbau-Theorie mit falscher Schlagseite herausgebildet. Das geht so weit, dass manche revolutionär kommunistischen Parteien aus den Neokolonien offen vertreten, dass eine Revolution in den entwickelten imperialistischen Ländern auf absehbare Zeit nicht möglich sei. Deshalb müssten sich die Kommunist/innen

in dieser Länder hauptsächlich auf die Unterstützung der Revolutionen in bestimmten internationalen Sturzcentren der Weltrevolution konzentrieren. Davon abgeleitet folgern sie für den Parteaufbau in den entwickelten kapitalistischen Ländern, dass diesem jedenfalls weniger Gewicht eingeräumt werden solle als dem Aufbau von revolutionären antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen und entsprechenden Organisationen in möglichst vielen imperialistischen Ländern.

Die Haltung, sich in einem beliebigen Land als Abteilung der Revolutionär Kommunistischen Weltbewegung getrennt von den Hauptaufgaben des Klassenkampfes in diesem Land zu organisieren, halten wir für grundsätzlich falsch. Demgegenüber betonen wir, dass es die Aufgabe aller Kommunist/innen ist, sich als Teil der Vorhut der revolutionären Bewegung des jeweiligen Landes zu organisieren, wo der materielle Lebensmittelpunkt ist. Das bedeutet gleichzeitig, sich hauptsächlich auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution in diesem Land, wo wer lebt und arbeitet, zu konzentrieren – unabhängig von Geburtsort und Muttersprache.

Wir orientieren uns auf den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei mit Mitgliedern verschiedener Nationalitäten durch den Zusammenschluss aller revolutionären Kommunist/innen, die in Österreich leben und arbeiten, in einer einzigen Parteaufbau-Organisation. Selbstverständlich ergibt sich daraus auch die Notwendigkeit, die Agitation und Propaganda auch in den wichtigsten Sprachen der Arbeitsmigrant/innen zu betreiben und allenfalls in verschiedenen Zellen der Partei zweisprachig oder notfalls sogar nur in einer Fremdsprache zu arbeiten. Die Erfahrungen aus den Zeiten der Komintern zeigen, dass diese Art von multinationaler Zusammenfassung in einer Partei möglich ist, wenngleich

es in der heutigen Zeit der Zersplitterung der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung bedeutend schwieriger umzusetzen ist.

5. Parteaufbau in einer Situation schwach entwickelter Klassenkämpfe und die Bedeutung der Jugendorganisation

Immer wieder geraten Menschen aus der Arbeiter/innenklasse, aber auch aus den kleinbürgerlichen Schichten, insbesondere Jugendliche, in Widerspruch zu den konkreten Verhältnissen und Entwicklungen im Imperialismus. Die offensichtlichen Möglichkeiten einer Gesellschaft, wo alle in relativem Wohlstand und ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Hunger und Krieg leben könnten und der Widerspruch zur realen Situation sowohl in Österreich als noch viel mehr weltweit treiben zum Widerstand und zur Rebellion. Besonders Jugendliche aus Migrant/innen-Familien spüren die Feindlichkeit des kapitalistischen Systems gegen die Arbeiter/innenklasse stärker – sowohl ökonomisch als auch politisch oder kulturell. Sie werden aber durch die traditionellen Jugendorganisationen weniger angesprochen.

So entstehen spontan immer wieder kleine Zusammenschlüsse und Gruppen, die in bestimmten Bereichen etwas gegen bestimmte Probleme machen wollen. Aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit entstehen auch immer wieder Gruppen, die etwas gegen die herrschenden Zustände insgesamt unternehmen wollen. Über theoretische und praktische Auseinandersetzungen kommen viele von ihnen früher oder später mit dem revolutionären Kommunismus in Kontakt.

Von den vielen Menschen aus der Arbeiter/innenklasse, die in Opposition zu einzelnen Erscheinungen des kapitalistischen Systems kommen, beschäftigen sich nur wenige genauer mit den Lehren des wissenschaftlichen

Kommunismus, einerseits weil die herrschende bürgerliche Ideologie den revolutionären Kommunismus völlig verteufelt und verhöhnt und andererseits weil die revolutionär kommunistische Bewegung international sehr schwach ist und auf viele aktuelle Fragen keine umfassenden und tiefgehenden Antworten geben kann. (vgl. Theorie im 1. Abschnitt)

Da in Österreich der Revisionismus politisch und organisatorisch viel stärker ist als der revolutionäre Kommunismus, geraten die meisten im Entstehen begriffenen Bezugsgruppen mit politischem Anspruch bald einmal in den Sogbereich von Organisationen, die sich selbst als marxistisch, revolutionär, sozialistisch oder kommunistisch bezeichnen, in Wirklichkeit aber verschiedene Spielarten des Revisionismus und Reformismus darstellen. Die beiden Hauptgruppen sind die KPÖ bzw. KPÖ-nahe Strömungen mit Bezug zum Austromarxismus oder Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus und trotzkistische Organisationen. Während die inhaltlichen Unterschiede zwischen KPÖ-nahen und Trotzkisten immer mehr verschwinden, ist der oberflächlich auffälligste Unterschied die scheinbar ganz gegensätzliche Zuordnung zu historischen Strömungen der Arbeiter/innenbewegung vor 1960 (Komintern-Kominform oder 4. Internationale)

Aufgrund der unentwickelten Situation können oppositionell gesinnte Menschen bei den Aktionen auf der Straße und bei Veranstaltungen schwerlich die grundlegenden Unterschiede zwischen Reformisten und revolutionären Kommunisten erkennen. Alle Gruppen sind klein und relativ einflusssschwach und manche Reformisten präsentieren sich wortgewaltig bzw. kraftmeierisch als äußert radikale Kämpfer gegen das System, eine Behauptung die anhand ihrer Praxis nicht unmittelbar überprüft werden kann, weil

politische Aussagen meistens auf der verbalen Ebene bleiben und keine Massenbewegung angeleitet werden muss bzw. kann.

Erfahrungsgemäß haben bestimmte Einzelpersonen schon verschiedene reformistische Organisationen näher kennen gelernt, bevor sie sich genauer mit den revolutionären Kommunisten befassen. Bei Jugendlichen führt der Weg der Radikalisierung oft über die breit bekannte und leicht erreichbare Sozialistische Jugend zur KJÖ (oder einem Komitee, das der KPÖ nahe steht) und erst in der praktischen Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokraten oder KPÖ-Reformisten und aus der Unzufriedenheit mit der kompromisslerischen, systemerhaltenden Politik kommt es zur Kontaktaufnahme mit revolutionären Kommunisten. Teilweise gibt der krasse Widerspruch zwischen den bei der SJ oder KJÖ geschulten Texten des Marxismus und der Politik der Organisation einen Anstoß für die Suche von radikalen Jugendlichen nach einer revolutionär kommunistischen Organisation.

Auch in der ziemlich wenig entwickelten Klassenkampfsituation in Österreich können anhand von internationalen Anlässen die Perspektiven einer radikalen Gesellschaftsveränderung ins Zentrum gerückt werden, z. B. bei aufstandsähnlichen Straßenschlachten in Paris oder Kampfdemos gegen imperialistische Konferenzen wie G8. Bürgerliche Parteien und Medien und kleinbürgerliche, reformistische Organisationen versuchen, solche Bewegungen schlecht zu machen und die Jugendlichen zu desorientieren. Aber durch eine direkte Konfrontation mit dem staatlichen Unterdrückungsapparat „erleben“ die kämpfenden Jugendlichen die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche. Sie erleben sowohl die Mächtigkeit des Gegners als auch seine Schwächen unmittelbar.

Auch in Österreich gibt es für politisch engagierte Jugendliche – besonders in Wien – eine Reihe von Gelegenheiten, anhand der Praxis und der revolutionär kommunistischen AgitProp zu lernen.

Das allein genügt nicht für den Aufbau eines Revolutionär Kommunistischen Jugendverbandes. Es ist aber ein wichtiger Ansatz dafür, die Notwendigkeit eines langfristigen und systematischen Engagements für eine gesellschaftliche Veränderung zu erkennen.

Aus der Geschichte der revolutionär kommunistischen Arbeiter/innenbewegung ist bekannt, dass die Frage der Gewinnung der „nächsten Generation“ entscheidend ist für die Entwicklung der Bewegung und ihrer Organisationen. Soweit wir wissen, sind weltweit wie in Österreich die führenden Kader der revolutionär kommunistischen Parteien und Organisationen derzeit stark überaltert. Aber mit 50- oder 60-Jährigen ist noch nirgends eine erfolgreiche Revolution gemacht worden. Die Konzentrierung der Organisation auf die Förderung und Entwicklung des Revolutionär Kommunistischen Jugend-Verbandes ist daher eine entscheidende Aufgabe der Gesamtorganisation.

Erklärung der 7. Konferenz über die Neugründung der Organisation

Vor 6 Jahren haben sich 3 Gruppen zusammengeschlossen, um die komak-ml zu bilden. Der Zusammenschluss ist gescheitert. Wir haben damals den Grad der Übereinstimmung überschätzt. Schon in der ersten Zeit ist ein Großteil der Mitglieder und Aktivist/innen von zwei der drei Organisationen von dem gemeinsamen Projekt wieder abgesprungen.

Es hat sich ein Zustand herausgebildet, wo es nicht mehr möglich war, Differenzen offen und fruchtbar zu diskutieren, woraus

sich die Situation entwickelte, dass de facto zwei Gruppen nebeneinander bestanden, die einander gegenseitig immer mehr in ihrer Arbeit behindert haben. Mehr und mehr hat die Minderheitsfraktion sich nicht gemäß des demokratischen Zentralismus an Beschlüsse gehalten und so aktiv den gemeinsamen Parteaufbau hintertrieben. Nachdem eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der wir eine gütliche Trennung angestrebt haben, in dieser Hinsicht ergebnislos verlaufen ist, haben wir uns von der parteaufbau-feindlichen Fraktion getrennt. Deshalb haben wir auf unserer 7. Konferenz zwei vormalige Mitglieder ausgeschlossen.

Uns ist klar, dass es der Arbeiter/innenklasse in der heutigen Situation völlig gleichgültig ist, ob Kleinstgruppen sich trennen. Eine Trennung ist sinnvoll, wenn zwei Gruppen nicht mehr miteinander arbeiten können. Kommunist/innen haben die Pflicht die Revolution vorzubereiten, nicht sich in Gruppendynamik und Sticheleien zu verzetteln.

Das Projekt komak-ml ist gescheitert, aber wir betrachten die erarbeiteten Dokumente, insbesondere die Gründungserklärung und die Thesen, weiterhin als verbindliche Grundlagen unserer politischen Arbeit. Der Aufbau einer fest gefügten Kaderpartei ist für eine sozialistische Revolution unabdingbar. Deshalb begrüßen wir alle Bestrebungen, für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei in Österreich.

Auf der 7. Konferenz haben wir eine Neugründung unserer Organisation beschlossen und uns gleichzeitig einen neuen Namen gegeben, weil der aus „komak“ und „IML“ zusammen gesetzte bisherige Name komak-ml keine hinreichende Widerspiegelung mehr in unserer Organisation findet. Unser neuer Name entspricht besser unserem Wesen und unserer Intention und bringt somit auch unsere Prioritätensetzung klarer zum Ausdruck:

IA*RKP

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei

Gleichzeitig haben wir beschlossen, den Namen unserer Zeitung auf „Proletarische Revolution!“ zu ändern.

Unsere neue Postadresse lautet: Stiftgasse 8, 1070 Wien. Wir ersuchen, keine Sendungen mehr an unsere Postfachadresse zu schicken.

Wenn sich Möglichkeiten für eine gemeinsame Arbeit mit der Gruppe um die beiden Ausgeschlossenen eröffnen, werden wir versuchen, diese zu nützen. Wir werden in nächster Zeit eine längere Erklärung herausgeben, in der wir versuchen, die Erfahrungen der letzten sechs Jahre einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Wien, am 24.12.2007

„Im Gegenteil, je stärker unsere Parteiorganisationen sein werden, denen wirkliche Sozialdemokraten angehören, je weniger Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit es innerhalb der Partei geben wird, umso breiter, vielseitiger, reicher und fruchtbarer wird der Einfluss der Partei auf die sie umgebenden, von ihr geleiteten Elemente der Arbeitermassen sein. Man darf doch wirklich die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse nicht mit der ganzen Klasse verwechseln. Und gerade eine solche Verwechslung (die für unseren opportunistischen Ökonomismus überhaupt kennzeichnend ist) unterläuft Gen. Axelrod, wenn er sagt: „Wir schaffen natürlich vor allem eine Organisation der aktivsten Elemente der Partei, eine Organisation von Revolutionären, doch müssen wir, da wir die Partei der Klasse sind, darauf bedacht sein, dass nicht Leute außerhalb der Partei bleiben, die sich bewusst, wenn auch vielleicht nicht ganz aktiv, dieser Partei anschließen.“
W.I. Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. (Die Krise in unserer Partei) 1904

Bericht zur Gründungskonferenz des Revolutionär-Kommunistischen Jugendverbandes (RKJV).

Nach wie vor gilt es „alle Verhältnisse umzuwerfen in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Nach längerer Zeit der Vorbereitung hielt der Rote Morgen nach mehreren Vorbereitungskonferenzen in den Jahren 2006 und 2007 am Wochenende zum 11/12 Februar seine endgültige Konferenz zur Gründung einer revolutionär-kommunistischen Jugendorganisation ab. Die Gründung dieser Organisation ist somit das Resultat eines langen Diskussions- und Konsolidierungsprozesses verschiedener Einzelpersonen und Zirkel. Die Konferenz diskutierte unseren bisherigen Weg, stellte Schwachpunkte sowie Fehler unsererseits fest, orientiert aber darauf diese nicht selbstverliebt weiterzuführen sondern selbstkritisch zu korrigieren. So wurde Kritik an der bisher nur mangelhaft betriebenen Internetarbeit geleistet und als Konsequenz neue Verantwortliche gewählt sowie eine neue Homepage eröffnet. Ebenso wurde das Erscheinen unsere Zeitung den Umständen angepasst. Nun kommt sie wieder zweimonatlich anstatt monatlich heraus – eine Konsequenz daraus dass wir uns mehr um den Organisationsaufbau kümmern wollen und diesen weiter verbessern müssen. Auf der Konferenz wurde, nachdem man die wichtigsten Grundlagen für den weiteren Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation gelegt hatte, auch ein neuer Name angenommen. Das erschien uns einerseits als wichtig, da wir als „Gruppe Roter Morgen“ eher als Zeitungskollektiv denn als Organisation arbeiteten. Dieser Zustand wird mit der Gründung einer in den wichtigsten Bereichen funktionierenden Organisation, dem Aufbau weiterer entsprechender Struk-

turen, sowie der Formulierung konkreter Zielsetzungen nun als im Wesentlichen überwunden erklärt. Andererseits erschien es uns auch wichtig schon in der Namensgebung eindeutig auf unsere politische Linie und darauf aufmerksam zu machen, dass wir uns als revolutionäre KommunistInnen unter anderem in der Tradition des 1918 gegründeten und 1945/46 aufgelösten „Kommunistischen Jugendverbandes“ (KJV) sehen. Daher wurde aus mehreren Vorschlägen der bei der Gründungskonferenz anwesenden Genoss/innen der Name „Revolutionär-Kommunistischer Jugendverband“ (RKJV) ausgewählt. Der strikt kommunistisch ausgerichtete KJV wurde dazumal von der KPÖ aufgelöst da man fälschlicherweise die antifaschistische Volksfront auch nach dem Kriege weiterzuführen beabsichtigte. Das Datum der Gründung unserer Organisation wurde bewusst ausgewählt um an den heldenhaften Aufstand der österreichischen ArbeiterInnen im Februar 1934 zu erinnern. Damals nahmen die ArbeiterInnen im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus das Gewehr zur Hand und wehrten sich – ein Akt den es in Erinnerung zu behalten und zu ehren gilt. Ein Akt, der ein wichtiges Lehrstück für die ArbeiterInnenklasse Österreichs ist – auch heute. Als revolutionär-kommunistisch bezeichnen wir uns einerseits weil es einige, sich selbst kommunistisch nennende Gruppen gibt, die den kommunistischen Gedanken verfälschen, zerstören und mit Inhalten füllen die den Ausbeutern und Bonzen nur angenehm sein können. Solche Linien in der Linken Bewegung verkaufen die Länder des ehemaligen „Ostblocks“, also beispielsweise die DDR, Tschechoslowakei, Sowjetunion, usw. als sozialistische Vorbilder und vergessen dabei darauf dass

in der Sowjetunion schon in den 50er Jahren kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse wiederhergestellt wurden. Aber auch davor, das Parlament als Möglichkeit zur Erreichung der Macht der ArbeiterInnenklasse zu verkaufen, schrecken so manche Gruppen nicht zurück. Dem halten wir entgegen dass das Parlament ein Herrschaftsinstrument der Kapitalisten ist, dass der Kapitalismus nur durch eine Revolution der ArbeiterInnenklasse unter der Führung ihrer eigenen Partei zu zerschlagen ist, dass nur dadurch die Möglichkeit besteht den Sozialismus tatsächlich aufzubauen und jedes Element der alten Gesellschaft zu beseitigen. Die Frage der Revolution ist also eine Kernfrage des Kommunismus. Mit ihr steht und fällt die gewaltige Dimension der Umwälzung und der totalen Zerschlagung des alten Systems, genauso wie der Aufbruch in eine neue Zeit - die unumschränkte Herrschaft der ArbeiterInnenklasse - mit der Unversöhnlichkeit der Revolution untrennbar verbunden ist. Revolutionär-Kommunistischer Jugendverband erschien uns nach diesen (und einigen anderen) Gesichtspunkten ein treffender Name zu sein.

Der Revolutionär-Kommunistische Jugendverband beabsichtigt in seinen Reihen die am weitesten fortgeschrittenen, die radikalsten und somit die kämpferischsten Jugendlichen auf der Basis des revolutionären Kommunismus zusammenzuschließen. Wir sind uns durchaus bewusst dass dies erstens kein leichtes Unterfangen ist und sein wird, zweitens dass es auch außerhalb unserer Organisation junge Menschen gibt, die mit unseren Ideen und unserem Kampf grundsätzlich sympathisieren, mit denen sich bisher jedoch noch keine engere Zusammenarbeit ergeben hat. Mit jenen wollen wir in Zukunft nach

Möglichkeit zusammenarbeiten und uns mit ihnen und ihren Positionen auseinandersetzen, denn nur eine möglichst feste Einheit und Zusammenarbeit der revolutionären Linken, je nach Situation möglicherweise auch mit dem Ziel eines Zusammenschlusses, garantiert breitere Erfolge im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital. Die nach unserer Meinung grundlegendsten Punkte der Linie des RKJV fasste die Konferenz in der Gründungserklärung (die in der Broschüre „Gründungsdokumente des RKJV“ enthalten ist) zusammen. Die Gründungserklärung soll Au-ßenstehenden dazu dienen sich ein besseres Bild machen zu können, sie umreißt in Grundzügen die historische Strömung in deren Tradition wir uns verstehen, spricht aber auch von unseren Zielen und den von uns beabsichtigten nächsten Schritten, welche der Erreichung dieser Ziele dienen. Um unsere Vorstellungen von der Macht der ArbeiterInnenklasse, dem Aufbau des Sozialismus, der Revolution und der heutigen kapitalistischen Gesellschaft noch detaillierter darlegen zu können, beschloss die Konferenz die Erarbeitung eines Jugendprogramms. Dieses wird in den nächsten Monaten veröffentlicht werden.

Die österreichische Arbeiter/innenklasse hat keine Partei auf die sie sich in ihrem Kampf stüt-

zen und verlassen kann. Kein Werkzeug, das ausschließlich der ArbeiterInnenklasse durch die ArbeiterInnenklasse dient. Seit der Entartung der KPÖ zu einer Partei die das System stützt anstatt es zu bekämpfen, gab es zwar einige Versuche eine neue kommunistische Partei aufzubauen, doch scheiterten diese an verschiedenen, auch hausgemachten, Fehlern. Der RKJV ist eine Vorfeldorganisation der „Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei“ (IA.RKP). Als solche konzentrieren wir uns in unserer Arbeit aber besonders auf die Jugend und deren Kämpfe, Probleme und Hoffnungen. Wir versuchen die Jugend in ihren Kämpfen so gut wie möglich zu unterstützen und Verbesserungen für die Jugendlichen zu erkämpfen. Das alles ist aber vergeblich, wenn es nicht mit der Perspektive des vollkommenen Bruchs mit dem System erfolgt. Will man aber eine Revolution, welche die herrschenden Zustände zerschlägt, braucht man eine revolutionäre Partei. An uns liegt es nun aus den Fehlern der vergangenen Parteaufbauinitiativen zu lernen, ihre Ursachen zu erkennen und es besser zu machen. Der RKJV versucht aktiv die Jugendlichen für das Ziel des Aufbaus einer neuen revolutionären Kommunistischen Partei, für

die proletarische Revolution und den Kommunismus zu gewinnen.

Wir sehen uns in unversöhnlichem Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen in Österreich, der EU und den größten Teilen der Welt. Die Ausbeutung von Lehrlingen oder dass Schüler/innen im Unterricht nur mehr jene Dinge lernen, die sie lernen sollen um brave Diener/innen der Herrschenden zu werden, haben die selben Ursachen wie der ständig wachsende Rassismus von Seiten des Staates, die Ausbeutung der so genannten „3. Welt“ oder Kriege wie jene im Irak, Afghanistan und Jugoslawien. Diese Ursachen gilt es zu beseitigen, und es ist gerecht dagegen anzukämpfen. Denn nach wie vor gilt es *„alle Verhältnisse umzuwerfen in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“* (Marx). Diese Umwerfung kann nur erfolgen, das Ende aller Ausbeutung ist nur dann zu erringen, wenn jegliche Ursache dafür beseitigt wird – durch die kommunistische Revolution welche den absolut radikalsten Bruch mit allem darstellt, für was der Kapitalismus und seine Repräsentanten stehen.

Beteilige auch du dich am weiteren Aufbau des RKJV. Kämpfen wir gemeinsam!



roter morgen

Zeitung des Revolutionär-Kommunistischen Jugendverbands

„Im Grunde handelt es sich bei der Frage der Heranbildung von Nachfolgern der revolutionären Sache des Proletariats darum, ob es Nachfolger gibt, die die von der älteren Generation der proletarischen Revolutionäre begonnene revolutionäre Sache des Marxismus-Leninismus fortsetzen werden...“ Mao Zedong

Kontakt: roter.morgen@hotmail.com, www.rotermorgen.tk

Peter Hacks:
Kunst und Revolution
1971

Bekanntlich unterscheiden die Kommunisten sich von den Schwarmgeistern dadurch, daß sie über den Tag der Revolution hinaus zu denken vermögen. Bekanntlich begnügen sich die Kommunisten nicht damit, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen; sie haben vielmehr im Sinn, die sozialistische und nach der die kommunistische Gesellschaft herzustellen. Bekanntlich ist die sozialistische Gesellschaft keine schlechtere Gesellschaft als die bürgerliche, sondern eine bessere. Und es ist also nicht unbekannt, daß die Kommunisten entschlossen sind, den Schatz an Gütern und Fähigkeiten, den die veralteten Klassen akkumuliert haben, nicht fortzuwerfen, sondern sich anzueignen und auf eine höhere Stufe zu heben. Beispielsweise von den Erfindungen der Bourgeoisie: Vernunft, individuelle Liebe, geistige Freiheit, Reichtum.

Was nun sollte sie hindern, auch nach der Kunst zu greifen, welche die Bourgeoisie — zusammen mit Vernunft, individueller Liebe, geistiger Freiheit — hat fallen lassen, und ebenso wie nach dem Reichtum, an dem die Bourgeoisie so sehr festhält? In der Tat, sie sind unoriginell genug, das Brauchbare aufzubewahren und das Unbrauchbare nicht. Was spricht gegen die Brauchbarkeit der Kunst? Kunst schlägt, durch das ihr eigentümliche Verfahren der subjektiven Bewältigung von Stoff, die Vermenschlichung der Welt vor. Das macht die Kunst unbrauchbar, sicher, für die Bourgeoisie. Wieso für die Kommunisten?

Der Mensch als Individuum hat die Chance, sich zu emanzipieren. Die Arbeiterschaft als Klasse hat die Chance, sich zu emanzipieren. Die Menschheit in der Geschichte hat die Chance, sich zu emanzipieren. Das ist zu sehen, es sei denn, man sähe die Welt so, wie der Imperialismus uns einreden will, daß sie sei.

Der Inhalt der Kunst, mag sein, ist die am Imperialismus kranke Gegenwart. Die Form, das sind bereits wir.

Die Revolution begeht ihren entscheidenden Fehler, wenn sie sich bloß aus ihrem Verhältnis zum Imperialismus versteht und an ihm klebt als sein seitenverkehrtes Spiegelbild und hypnotisierte Verneinung.

Der Vater dieser bürgerlichen Gegen-Kultur war Leo Tolstoj. Er war eines senilen Tages satt, ein Décadent zu sein, wurde ein Anti-Décadent und fiel aus jedem Blödsinn, den er bis dahin vertreten hatte, in den gegenteiligen Blödsinn. Weil Kunst schön und nicht nützlich war, sollte sie fortan nützlich und nicht schön sein. Weil man Form und keinen Inhalt hatte, sollte man fortan Inhalt und keine Form haben. Weil die, welche die Kunst zu schätzen wußten, Müßiggänger waren, sollte die Kunst sich fortan nach denen, richten, die sie nicht zu schätzen wissen. Aber der Hintern der Dekadenz ist doch nicht weniger dekadent als ihr Antlitz.

Tolstoj's Sohn hieß Shdanow, sein Enkel Mao.

Eingestandenermaßen ist die Kunst eine Waffe. Eingestandenermaßen ist ein Holzhammer eine Waffe. Nach Aristoteles folgt hieraus nicht, daß die Kunst ein Holzhammer sein müsse.

Es folgt eher, daß die Kunst eine um so bessere Waffe sei, je bessere Kunst sie ist.

Alles andere ist nicht Theorie der Revolution, sondern Theorie der Verzweiflung an der Revolution. Wer immer von der Krise redet, redet von seiner eigenen Krise. Die Kommunisten haben Sorgen und sind in keiner Krise, und sie werden nicht auf die Ratschläge derjenigen hören, die ihnen empfehlen, schlechte Verse zu machen.

Aus: Peter Hacks, Essais, Leipzig 1984 S.223/224

Patientenfront-Info
Organ des pathopraktischen Patientenwiderstands Nr. 25/26 Spende: € 4,50,-

WEG MIT §131AußStrG.

Für die Sofortige und Ersatzlose Auflösung des Sterilisations - Paragraphen 131 im Außerstreitgesetz! Dieser verstößt gegen das Recht auf Leben gem. Artikel 85 B-VG, 2 EMRK sowie Art. 6 ZPEMRK und körperliche Integrität gem. Artikel 3 und 8 der EMRK, ebenso gegen Artikel 7 B-VG sowie gegen Artikel 2 StGG. Des Weiteren, verstößt dieser gegen Artikel 6 des Staatsvertrags von Wien.

Das Töten von Patienten durch Ärzte nimmt inzwischen epidemische Ausmaße an. Die Massentötung von Patienten durch Ärzte heutzutage steht der Patientenvernichtung durch Ärzte während des sog. Dritten Reichs in nichts nach. Damals wurde wenigstens noch der eine oder andere Arzt hinterher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehängt. Sollen sie heute dafür straffrei ausgehen? Die Zustände in Österreich heute also schlimmer als während der Nazi-Zeit? Dem ist von der Justiz entschieden entgegenzutreten, will die Justiz nicht zu Gunsten der alle Bereiche durchherrschenden Verfügungsgewalt der Ärzte öffentlich abdanken, was mit der konstitutionell verankerten Gewaltenteilung bekanntermaßen unvereinbar ist. Seite 3

!SCHLUSS MIT EUTHANAZI & PATIENTENTÖTUNG!

Patientenfront-Info

Organ des pathopraktischen Patientenwiderstands

Aus dem Inhalt :

- Beispiel Verfolgungs" wahn" - progressive und reaktionäre Momente einer Krankheit
- Machenschaften einer kriminellen Vereinigung, die unter „Psychozialer Dienst“ firmiert

Kontakt: spkpfue@yahoo.de

ML-LiteraturVertrieb März 2008

schriftliche Bestellungen an: ML-LitVertrieb, 1070 Wien, Stiftgasse 8, MLLitV@yahoo.com; Türkische Vertriebsliste auf Anfrage
web-site: www.geocities.com/MLLitV; teilweise antiquarisch, Postversand nur in Österreich!



GRUNDLEGENDE SCHRIFTEN DES KOMMUNISMUS

MARX/ENGELS/LENIN/STALIN

MELS, Über Gewerkschaften im Kapitalismus	1,00
MELS+Mao, Kampf um Frauenbefreiung (Zitate)	2,00
ME, Manifest der Kommunistischen Partei	1,50
LS, Über Arbeiteraristokratie	2,00

MARX

18. Brumaire des Louis Bonaparte	2,50
Bürgerkrieg in Frankreich (Pariser Kommune 1871)	7,50
Kapital Bd. I - III; versch. Ausgaben ab 25,40	40,00
Kritik des Gothaer Programms	2,80
Lohn, Preis und Profit	2,30
Lohnarbeit und Kapital	2,30
Vorwort u. Einleitung z. Kritik d. Politischen Ökonomie	1,20
Zur Kritik d. Hegelschen Rechtsphilosophie (Einleitung)	1,70

ENGELS

Anti-Dühring	4,40
Entw. d. Sozialismus v. d. Utopie zur Wissenschaft	2,90
Ursprung d. Familie, d. Privateigentums u. d. Staates	8,70

LENIN

Drei Quellen / Karl Marx / Über den Staat	1,50
Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus	3,50
Imperialismus und Spaltung des Sozialismus	0,70
Linker Radikalismus	2,30
Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky	2,00
Staat und Revolution	2,00
Was tun?	4,00
Zu organisatorischen Fragen (eine Ergänzung) Wien 1993	1,50

STALIN

Marxismus und nationale Frage	1,80
Ökonom. Probleme d. Sozialismus in d. Sowjetunion	2,00
Über dialektischen und historischen Materialismus	1,00
Über die Grundlagen des Leninismus	2,40
Über Selbstkritik / Bürokratismus / Massenlinie	0,70
Zur chinesischen Revolution	1,50

ERFAHRUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG

Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang (1938)	7,30
Mao, Über die Praxis und über den Widerspruch	1,00
Mao, Militärische Schriften	11,60
Mao, Über d. richtige Behandlung d. Widersprüche im Volk	0,70
Komintern, Programm d. Kommunist. Internationale (1928)	1,50
KP China, Vorschlag z. Generallinie d. komm. Bewegg. (1963)	3,60

ERFAHRUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Strobl u.a., Geschichte d. österr. Arbeiterbewegung (1865 - 1934)	4,50
Bgl.-demokratische Revolution von 1848 (RF 262)	2,20
KPÖ, Programatische Erklärungen 1921-33	1,80
15. bis 17. Juli 1927 in Wien (Rote Fahne 259)	2,20
Erfahrung d. bewaffneten Kampfs v. Februar 1934 (Komintern-Texte)	1,70
Revolutionäre Lehren des Februar 1934 (Rote Fahne 149)	1,50
Oktoberstreik 1950 (Rote Fahne 242)	2,60
30 Jahre MLPÖ (Programm. Erklärung u. Geschichte; RF 257/1997)	2,30
40 Jahre „Rote Fahne“ (RF 281/2003)	3,00
MLPÖ, Gegen d. Revisionismus (Sammelband aus RF 1963-71)	12,40
MLPÖ, Revolutionierung d. Arbeiterklasse (aus: RF 1963-75)	12,40
MLPÖ, Kritik an der „Großen Polemik“ von 1963 (aus: RF 1979-88)	18,00
Rote Fahne 1963-2003 auf DVD (+R od. -R)	15,00

VON UNS HERAUSGEBENE SCHRIFTEN UND NACHDRUCKE

ZEITSCHRIFT

Proletarische Revolution erscheint vierteljährlich
Jahres-Abo 10,- / Ausland 20,- / Soli-Abo ab 25,- / Probenummer gratis! **2,00**

BROSCHÜRENREIHE: GEGEN DIE HERRSCHENDEN ZUSTÄNDE

Kampf dem Imperialismus! Kampf der EU!	1,10
Kampf dem österreichischen bürgerlichen Staat!	1,10
Kampf den bürgerlichen Gewerkschaften, der Arbeiteraristokratie und Sozialpartnerschaft	1,10
Kampf dem Sozialabbau, Lohnraub und den kapitalistischen Arbeitsbedingungen	1,10

IA*RKP - BROSCHÜREN

Programmatische Thesen (2003-2007, 56 Seiten); auch Türkisch	1,00
Erfahrungen aus dem revolutionär-kommunistischen Parteaufbau in Österreich 2002-2007	1,50
Thesen über Weg zu Revolution und Kommunismus	0,25
Thesen zur Frauenbefreiung (2004) deutsch - türkisch	0,25
Thesen zum imperialistischen Krieg (2003)	0,25
Flugblatt-Sammelhefte (Nachdruck aller Flugblätter und Plakate) Heft 1 bis 11 (1993 - 2006)	je 2,-
Gründungserklärung (12.2.02) dt.-türk., engl.-frz.; serbokroatisch	0,50
Revolution & Streik - Oktober 1917/1950 (2000)	1,10
Zur polit. Situation in Österreich 2000 (schwarz-blau)	1,50

NACHDRUCKE (KOPIE)

Klahr, Zur nationalen Frage in Österreich	0,70
Marx, Produktive u. unproduktive Arbeit (aus MEW 26.1)	1,50
LS, Über zwei Fasen des Parteaufbaus	1,50
Dimitroff, Offensive des Faschismus... (1934)	1,50
Grundbegriffe der politischen Ökonomie	1,00
Komintern (1921), Leitsätze üb. organiator. Aufbau d. KPen	0,80
Losowsky, Streik als Schlacht (RGI 1930)	3,50
Marxist. Arbeiterschulung, Politische Ökonomie (1930)	6,50
Plechanow, Rolle der Persönlichkeit i. d. Geschichte	0,90
RIM, Deklaration der Rev. Internationalist. Bewegung	1,00
Seydewitz, Die große Alternative (Trotzkismus-Kritik 1938)	10,00
Varga, Oder ist der heutige Zustand ein ewiger? (1963)	5,00

LIEDERHEFTE

Demo-Lieder 1, Reih dich ein...	0,40
Liederheft: Vorwärts und nicht vergessen...	0,40
Lieder des Roten Oktober	0,40

LENINISMUS HEFTE

(Moskau 1935 - Nachdruck ca. 960 S.)		Seiten	Zus. 25,-
Heft 1	Was ist Leninismus?	130	3,50
Heft 2	Theorie der proletarischen Revolution	166	4,00
Heft 3	Diktatur des Proletariats	116	3,50
Heft 4	Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus	130	3,50
Heft 5	Agrar- und Bauernfrage	138	3,50
Heft 6	Nationale und koloniale Frage	182	4,00
Heft 7	Strategie und Taktik der proletarischen Revolution	98	3,00
Heft 8	Partei (eigene Zusammenstellung, A4)	300	8,00

AKTUELL:

Auf dem von der Oktoberrevolution gebahnten Weg... (KP China 1968) € 1,-
KP Philippinen: Neue Volksarmee und Volkskrieg (2007) € 1,-
Resolutionen der ICMLPO 2007 € 5,-

IA*RKP-NEUERSCHEINUNG:

Erfahrungen aus dem revolutionär-kommunistischen Parteaufbau in Österreich 2002-2007; Gründungserklärung 2002 mit Ergänzungen 2007 € 1,50

Neuaufgabe:



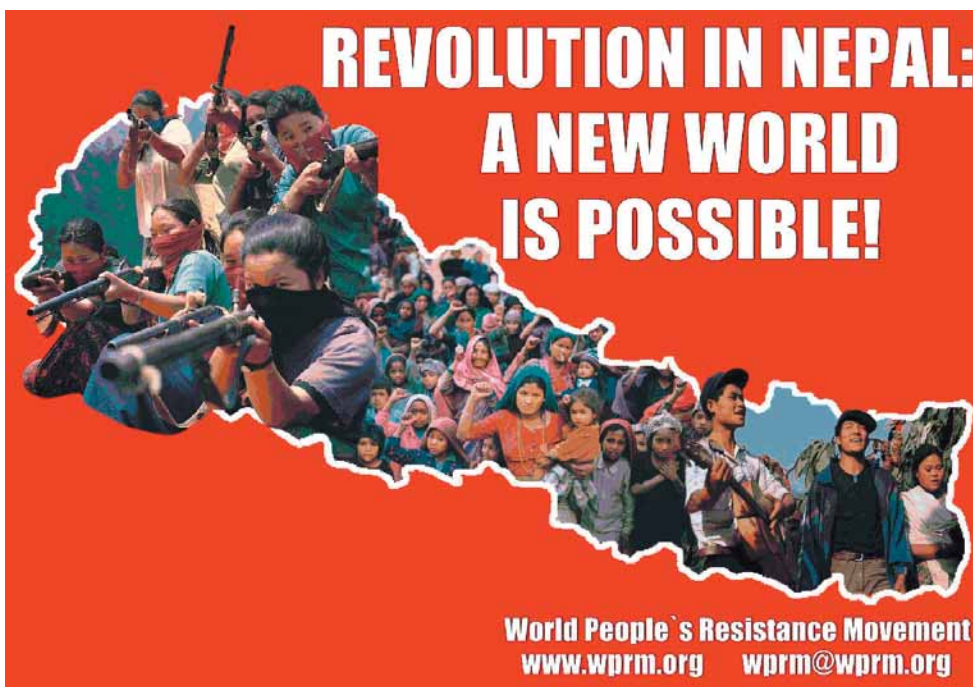
Rote Fahne
Kontakt:
Literaturdienst
Johannesgasse 15
A - 2453 Sommerein

Zeitungen, Sachbücher, Romane und vieles mehr

MARXER LESESTUBE

Vereinslokal des
MARXER LESE- UND STUDIERKLUB
A-1030 Wien, Marxergasse 18
(Ecke Gärtnergasse)
Tel & Fax: 01/7134394

5 min. von U3/U4 Landstrasse
jeden Freitag von 16 bis 20 Uhr und wenn wer da ist



Impressum:

Medienherstellerin, Herausgeberin,
sowie für den Inhalt verantwortlich

IA★RKP

vormal's komak-ml

c/o Stiftingasse 8, 1070 Wien
ia.rkp2017@yahoo.com
www.geocities.com/ia.rkp2017,
(www.komak-ml.tk)

Für unverlangt eingesandte Artikel, Fotos, etc.
wird keine Haftung übernommen. Über den Abdruck
von Gastbeiträgen und Artikeln entscheidet das
Redaktionskollektiv. Nachdruck, mit Quellenangabe,
ausdrücklich erwünscht!

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden
Buchhandlungen / Vereinslokalen auf (und ist dort auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung Frick, 1010 Wien, Schulerstraße 1-3
- Buchhandlung Winter, 1010 Wien, Landesgerichtsstraße 20
- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien, Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Literaturcafé Buchhandlung Lhotsky, 1020 Wien, Rotensterngasse / Ecke Taborstraße
- Marxer Lesestube, 1030 Wien, Marxergasse 18
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hacek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7